blätter des iz3w

nr. 41/42 januar februar 75

Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 0761/74003

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, G. Erhard, J. Geue, F. Hemmerich, E.-H. Flammer, E.-L. Iskenius, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, B. Meier, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.
Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a
Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postcheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Jahresabonnement bei 10 Nummern im In- und Ausland: DM 25,- (Für Rentner, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,-) Sfr. 28,- bzw. 20,- öS 180,- bzw. 135,-
Einzelpreis dieser Doppelnummer: DM 2,80, Sfr 3,20, öS 20,-

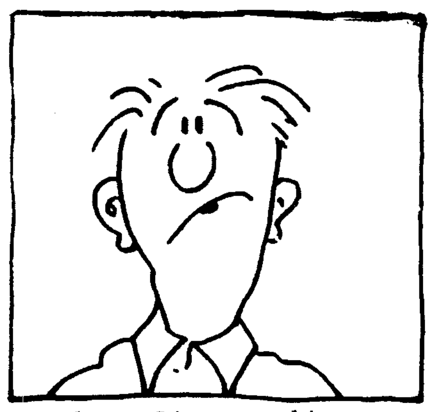
Aufruf: Verhindern Sie eine Katastrophe!

Mit diesem Heft haben die letzten unserer Leser ihre Abonnementsrechnung für 1975 erhalten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Rechnung so bald wie möglich begleichen und uns ggf. auf Fehler in der Berechnung der ausstehenden Beträge hinweisen könnten.

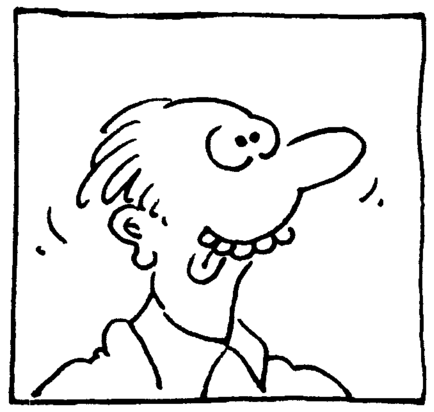
Einige unserer Leser haben mit den in den vorangegangenen Nummern der "blätter des iz3w" verschickten Rechnungen durch ein bedauerliches Versehen keine Einzahlungs-/Überweisungsscheine erhalten. Deswegen liegen allen Heften noch einmal entsprechende Formulare bei. Wenn Sie nicht unter Benutzung dieser Formulare zahlen, beachten Sie bitte, daß die Kontobezeichnungen auf "Aktion Dritte Welt e.V." lauten, da nur die Aktion Dritte Welt eine rechtsfähige juristische Person ist. Zahlungen an das iz3w werden gelegentlich nicht von den Postscheckämtern akzeptiert.

Wir haben uns gefreut, daß eine größere Anzahl von Lesern ihre Abonnementsbeiträge - z.T. erheblich - nach oben aufgerundet haben. Im Gegensatz zu unserer üblichen Praxis können wir uns wegen der Buchungsflut zum Jahresbeginn nicht individuell bedanken, freuen uns jedoch über jede Spende, die es uns möglich macht, den niedrigen Preis der "blätter" trotz der in ungebrochener Kontinuität ansteigenden Kosten zu halten.

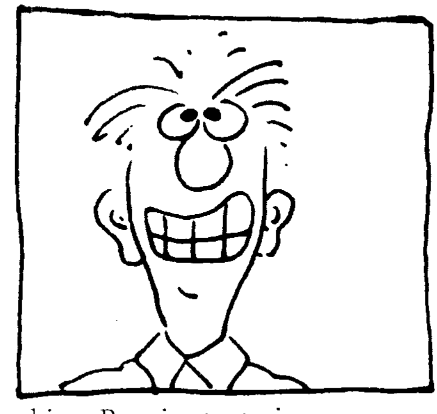

Red.



Denken Sie an die Portoerhöhung...



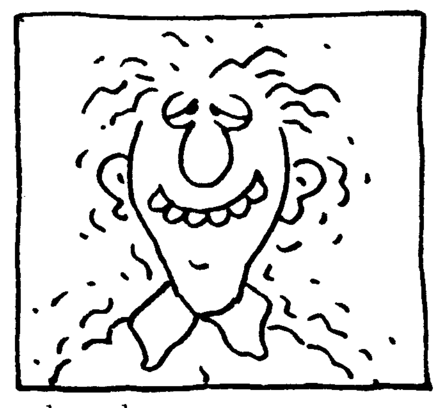
... oder an die Druckkosten,



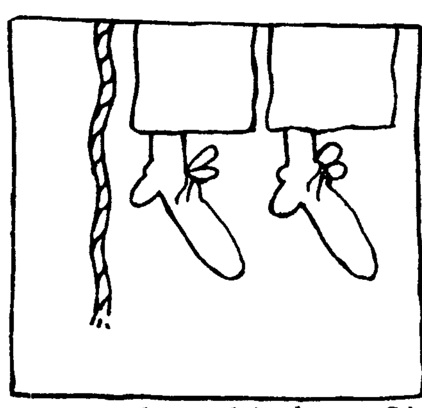
die Papierpreise,



an die gestiegenen Mietkosten...



oder daran, was uns die Mahnungen kosten...



... und verhindern Sie eine Verzweiflungstat unseres Finanzreferenten: Zahlen Sie Ihr Abonnement bitte gleich!

Chronik der Abhängigen Welt

Dezember 74 bis Mitte Januar 75

Afrika

Angola

15./16.1.75 (FR)
Nach nur 4 offiziellen Verhandlungstagen einigen sich in Portimao (Port.) die 3 angolanischen Befreiungsbewegungen, Unita, FLNA und MPLA, mit der portugiesischen Regierung über Zeitpunkt und Modalitäten einer politischen Loslösung Angolas von Portugal. Als Unabhängigkeitsdatum wird der 11.11.1975 genannt. Bis zu dem Zeitpunkt soll eine noch im Januar ins Amt einzuführende Übergangsregierung gebildet werden, in der eine jede der 3 Befreiungsbewegungen mit 4 Ministern und 8 Staatssekretären vertreten sein soll, wobei jedem Minister je ein Vertreter der jeweiligen beiden anderen Befreiungsbewegungen als Staatssekretär zugeordnet sein wird. Als Regierungschef ist ein von portugiesischer Seite zu stellender Hochkommissar vorgesehen, der das Vertrauen aller 3 Befreiungsbewegungen genießt (diese Regelung erwies sich insofern als notwendig, als sich die Befreiungsbewegungen selbst nicht in der Lage sahen, aus ihren eigenen Reihen für das Amt des Ministerpräsidenten eine Person zu bestimmen, die sich in dieser Funktion auf die Loyalität aller 3 Befreiungsbewegungen stützen könnte). Dem portugiesischen Hochkommissar wird als Kontrollorgan ein sog. Präsidialrat zur Seite stehen, der von den Führern der 3 Befreiungsorganisationen gebildet wird. Beschlüsse der Übergangsregierung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu fassen.

Für die Übergangszeit wird Portugal weiterhin 24 000 Soldaten in Angola stationiert haben. Den portugiesischen Soldaten sollen jeweils 8 000 Soldaten der 3 Befreiungsbewegungen zugeordnet sein. Die Führung der von portugiesischer und angolanischer Seite gestellten Armeekontingente liegt bei einem von den Portugiesen und den Befreiungsbewegungen gebildeten "Nationalen Verteidigungsrat". Wie weit sich die Befreiungsbewegungen bereitgefunden haben, ihre restlichen unter Waffen stehenden Guerillakämpfer zu entwaffnen (solches war im Verlauf der Verhandlungen von portugiesischer Seite gefordert worden; NZZ vom 13.1.75), geht aus den vorliegenden Zeitungsmeldungen nicht hervor. Das längere Verbleiben einer größeren Anzahl von portugiesischen Soldaten in Angola entspricht offensichtlich einem Wunsch der MPLA (NZZ vom 13.1.75). In bezug auf militärische Stärke scheint die MPLA, bedingt durch den Abfall Chipendas (vgl. die Chronik der vorausgegangenen Monate), an Überlegenheit gegenüber der FLNA und Unita verloren zu haben. (Demgegenüber scheint sie jedoch in der politischen Mobilisierung zumindest der städtischen Massen erheblich an Boden gewonnen zu haben.)

Die im November 75 zu bildende erste unabhängige Regierung Angolas soll aus freien Wahlen (Ende Oktober) hervorgehen. Als Kandidaten für diese Wahl sollen nur Vertreter der 3 Befreiungsbewegungen zugelassen werden. Die in Angola ansässige weiße Bevölkerung wird somit keine eigenen Kandidaten nominieren können. Von portugiesischer Seite wird der Ausschluß weißer politischer Gruppierungen von den Wahlen u.a. damit begründet, daß die 3 Befreiungsbewegungen Angolas ein mit westeuropäischen Demokratien durchaus vergleichbares politisches Meinungsspektrum anbieten. Beobachter vermuten, daß die Weißenbevölkerung Angolas wohl mehrheitlich die Kandidaten der Unita unterstützen werden und verweisen darauf, daß sich erstere schon jetzt in ihren Interessen von der Unita zufriedenstellend repräsentiert sehen. Die NZZ (vom 11.12.74) äußert in diesem Zusammenhang die Vermutung, daß es mittlerweile auch Kontakte zwischen der Unita und dem Vorster-Regime in Südafrika gibt und daß "die Unita und ihre Führer bei den schwarzafrikanischen Aktivitäten Pretorias eine möglicherweise wichtige Rolle spielen könnte".

Den offiziellen Unabhängigkeitsverhandlungen von Penina ging Anfang Januar ein Treffen der Führer der 3 angolanischen Befreiungsbewegungen in Mombasa (Kenia) voraus, auf dem sich diese über eine gemeinsame Verhandlungsstrategie gegenüber Portugal zu einigen vermochten (NZZ vom 7.1.75). Dieses Treffen war Ende des ausgelaufenen Jahres durch zweiseitige Abkommen der Unita mit der FLNA und mit der MPLA (Neto-Fraktion) vorbereitet worden. In diesen Vorverhandlungen zu Penina konnte sich MPLA-Präsident Neto mit 2 Forderungen durchsetzen, zum einen, daß Chipenda und die von ihm repräsentierte MPLA-Fraktion von den Unabhängigkeitsverhandlungen mit Portugal ausgeschlossen bleibt, und zum anderen, daß die Befreiungsbewegungen gemeinsam Front beziehen gegen die von Zaire an-

gestrebte Loslösung Cabindas von Angola (vgl. Chronik, Heft 40). Das Verdienst für die Einigung der Befreiungsbewegungen untereinander kommt nach Angaben der NZZ (vom 7.1.75) wesentlich Jonas Savimbi, dem Führer der Unita, zu. (Savimbi scheint offensichtlich in eine Art Vermittlerrolle zwischen der MPLA und der FLNA hineingewachsen zu sein.)

Äthiopien

29.11.74 (NZZ)
(vgl. auch die Chroniken der vergangenen Hefte)

General Teferi Benti wird zum neuen Vorsitzenden des Militärrats und damit zum nominellen Staatsoberhaupt Äthiopiens gewählt. Benti war vorher Kommandant der in Asmara (Eritrea) stationierten 2. Division der äthiopischen Streitkräfte. Benti soll - so die NZZ - zu den Befürwortern einer militärischen "Lösung" des Eritrea-Konflikts gehören, während sein Vorgänger, der hingerichtete General Andom, der selbst aus Eritrea stammte, für Verhandlungen mit der ELF plädierte.

Der Generalsekretär der ELF, Osman Saleh Sebi, erklärt auf einer Pressekonferenz in Beirut, Andom sei hingerichtet worden, weil er sich geweigert habe, in verstärktem Maße Truppen in Eritrea einzusetzen.

2.12.74 (NZZ)
In der Auseinandersetzung um das im Ausland deponierte und investierte Vermögen des Ex-Kaisers Haile Selassie konnte die Militärregierung sich jetzt die Zustimmung des Kaisers zur Rückführung des Geldes nach Äthiopien sichern. Allein in der Schweiz sollen etwa 15 Milliarden Dollar deponiert sein!

3.12.74 (FR)
Durch die Hinrichtung Andoms scheinen wieder verstärkt Konflikte zwischen den einzelnen Truppenteilen der äthiopischen Armee aufgebrochen zu sein: Die Dritte Division, deren Kommandant Andom war, riegelt die Provinzhauptstadt Harrar ab und nimmt die Familie des zunächst als Nachfolger für Andom gewählten und jetzt wieder als stellvertretenden Vorsitzenden des Militärrates rangierenden Major Mengistu Haile Meriam gefangen. Von einer Staffel Heeresflieger, die Mengistu daraufhin zur Warnung auf Harrar fliegen läßt, werden zwei Flugzeuge abgeschossen (die FR beruft sich dabei auf Angaben eines westdeutschen Entwicklungshelfers).

21.12.74 (SZ/NZZ)
23.12.74 (FR)
In einem 10-Punkte-Programm verkündet der Militärrat eine, wie sie genannt wird, "nationale Kampagne für die Entwicklung durch Zusammenarbeit, Aufklärung und Arbeit". Äthiopien soll demnach ein "sozialistischer Staat" werden. Als Vorbilder werden China, Cuba und Tansania genannt. Durchsetzungsorgan soll die einzige zur Zeit in Äthiopien zugelassene Partei, der Supreme Progress Council (oberster Fortschrittsrat), sein. Als primäre Aufgaben werden die Verstaatlichung von Industrie, Land und Bodenschätzen genannt. Private Unternehmen und ausländische Investitionen sollen hingegen unter staatlicher Aufsicht weiterbestehen dürfen.

Außenpolitisch - so heißt es weiter in dem 10-Punkte-Programm - strebe Äthiopien gute Beziehungen zu allen Staaten an, insbesondere zu seinen Nachbarstaaten, mit denen es in einer ostafrikanischen Gemeinschaft zusammenarbeiten will.

Befragt nach der Zukunft des US-Stützpunktes in Asmara (vgl. Bericht zur Lage in Äthiopien in den "blättern", Heft 38) erklärt der Leiter der äthiopischen Delegation bei den Vereinten Nationen in Genf, Biftu, der Stützpunkt werde "mehr oder weniger außer Funktion gesetzt".

16 000 Studenten haben inzwischen Addis Abeba verlassen, um auf dem Land Bauern beim Aufbau landwirtschaftlicher Kommunen und Genossenschaften zu helfen. Nach Angaben des Militärrates sollen vor allem Großplantagen in Kollektivfarmen umgewandelt werden.

23.2.74-11.1.75
Straßenkämpfe in Asmara und ein Anschlag auf einen Militär-Konvoi der äthiopischen Armee bilden den Auftakt einer militärischen Großoffensive der Befreiungsfront für Eritrea (ELF) gegen Armee-Einheiten der äthiopischen Zentralregierung. Nach Angaben des Vorsitzenden der ELF, Osman Saleh Sebi, leben bereits 78 % der Bewohner Eritreas in befreiten Gebieten. Nur noch wenige Städte in Eritrea ständen unter Kontrolle der Zentralregierung (FR vom 23.12.74 / NZZ vom 24.12.74).

Die äthiopische Armee steht den neuen Angriffen der ELF offensichtlich stark geschwächt gegenüber: So ließ die in Eritrea stationierte 2. Division der Armee bereits Anfang Dezember erkennen, daß sie nicht bereit sei, gegen die ELF vorzugehen (FR vom 3.12.74). Gleichzeitig wird wiederholt von neuen Sezessions-Bewegungen in den äthiopischen Provinzen Tigre und Begemder (im Nordwesten Äthiopiens) berichtet (FR vom 3.12.74 / NZZ vom 4./5.1.75). Demgegenüber ist für die ELF ein Zuwachs an militärischer Stärke zu verzeichnen: So ließen sich beispielsweise Anfang Dezember 1800 Studenten von der ELF rekrutieren (FR vom 3.12.74). Gleichzeitig kündigt König Feisal von Saudi-Arabien an, daß er der ELF für ihren Unabhängigkeitskampf vermehrte politische wie finanzielle Unterstützung zuteil werden lassen will (SZ vom 11.12.74).

Mit der äthiopischen Zentralregierung verhandeln will die ELF nach wie vor nur auf der Grundlage ihrer Anerkennung als die alleinige Repräsentantin des eritreischen Volkes, der Anerkennung des Rechtes auf eine vollständige staatliche Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien und des Abzuges aller äthiopischen Truppen aus Eritrea (FR vom 11.1.75).

Eritrea ist die industriell am weitesten entwickelte Provinz Äthiopiens. Eritrea verfügt zudem über bescheidene Erdölvorkommen. Mit einer Loslösung Eritreas von Äthiopien würde Äthiopien seinen Zugang zum Meer einbüßen.

2.1.75 (FR) / 3.1.75 (NZZ)
Mit sofortiger Wirkung sind alle Banken und Versicherungsgesellschaften in Äthiopien verstaatlicht worden. Die Geldinstitute werden der Aufsicht der Nationalbank Äthiopiens unterstellt. Auch ausländische Geldinstitute (bzw. deren Anteile) sind von dieser Maßnahme betroffen. Eine Entschädigung wird in Aussicht gestellt.

Guinea-Bissao

19.12.74 (Daily News/Tanz.)
In dem ersten Entwicklungsplan der neuen Regierung von Guinea-Bissao, der demnächst der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll, wird nach Angaben von Luis Cabral die Förderung der Landwirtschaft absolute Priorität haben. Ein weiterer Schwerpunkt in der Entwicklungsplanung wird die Suche nach Bodenschätzen sein. Für Anfang 75 kündigt Cabral die Verstaatlichung der Nationalbank von Guinea an.

Die PAIGC hat sich nach langen schwierigen Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung auf eine Lösung der Unabhängigkeitsfrage für die Kapverdischen Inseln geeinigt. Aus den dazu bislang vorliegenden spärlichen Pressemeldungen geht hervor, daß der genannte Inselkomplex Anfang Juli 75 (5.7.) politisch unabhängig werden soll. Für die Übergangszeit ist die Bildung einer provisorischen Regierung unter Führung eines portugiesischen Hochkommissars (genannt wird der bisherige Kommandeur der Inseln, Almeida d'Eca) vorgesehen. In dieser Regierung sollen 5 PAIGC-Repräsentanten Ministerposten übernehmen. Die erste unabhängige Regierung von Kapverden soll aus freien Wahlen hervorgehen. (Falls sie sich hierbei, wie zu erwarten ist, als stärkste politische Kraft erweisen sollte, beabsichtigt die PAIGC einen politischen Zusammenschluß der Kapverdischen Inseln mit Guinea-Bissao.)

Dahomey

7./8.12.74 (NZZ)
23.12.74 (Newsweck)
Der Ministerrat von Dahomey beschließt die sofortige Verstaatlichung der nationalen Tochtergesellschaften von Shell, BP, Texaco, Mobil Oil und Agip.

Über die Höhe der Entschädigung soll eine Kommission entscheiden.

1969 waren vor der Küste Dahomeys erstmals in bescheidenem Umfang Ölvorkommen entdeckt worden. Die Regierung Dahomeys hofft mittlerweise auf die Entdeckung größerer, zur Förderung rentabler Mengen.

Komoren

19. - 23.12.74 (NZZ/FR/SZ)
In einem Referendum hat sich die Bevölkerung der im Golf von Mozambique gelegenen 4 Koren Inseln (Grundfläche: 2 235 km²; Einwohnerzahl 280 000) für die politische Loslösung von Frankreich entschieden (94 % bei einer Wahlbeteiligung von 93 %).

Nach einer mit den herrschenden politischen Gruppierungen der Komoren getroffenen Absprache wird Frankreich noch für eine staatliche Übergangsperiode von 5 Jahren eigene Vertreter in die Regierung auf den Komoren entsenden.

Die Komoren sind landwirtschaftlich autark; Exportprodukte sind Vanille, Ylang (Grundstoff für Parfumherstellung) und Kopra.

Die derzeit im Parlament bestimmenden Parteien sind die RDPC (Rassemblement démokratique du peuple comorien), nach Angaben der NZZ die Partei der "arabi-

schen oligarchischen Elite", und die vorwiegend von "Staatsbeamten" getragene UDC (Union démocratique des Comores). Außerdem existieren - z.Zt. einflußlose - linke Parteien: die sozialistische Partei (Pasoco), die Parti de l'entente comorienne (PEC) und deren illegale Exilorganisation Molinaco (Mouvement de libération nationale des Comores). Letztere fordern eine sofortige vollständige Loslösung der Komoren von Frankreich.

Mali/Obervolta

18. - 20.12.74 (Le Monde/NZZ/SZ)
Die militärischen Auseinandersetzungen an der Grenze zwischen Mali und Obervolta haben sich erneut verschärft. Bei Gefechten sollen zahlreiche Soldaten getötet worden sein. Beide Seiten beschuldigen sich der Grenzverletzung. Streitobjekt ist seit 13 Jahren - als Folge der willkürlichen Grenzziehung der Kolonialregimes - ein 1150 km langer und 160 km breiter Grenzstreifen ("Agacher"-Gebiet). In diesem Gebiet werden große Mangan-, Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet. Inzwischen vermitteln die Staatspräsidenten von Togo und Senegal in dem Konflikt. Obervolta hat zudem auch Frankreichs Staatspräsident Giscard um Vermittlung gebeten (SZ vom 29.12.74).

Mauretanien

4.12.74 (Le Monde)
10.12.74 (NZZ)
Die Multinationale Erzminen-Gesellschaft Miferma (Société des mines de fer de Mauritanie) ist von der Regierung in Mauretanien verstaatlicht worden. Die Anteilseigner der Miferma sollen entschädigt werden. Die Miferma, eine Gründung des Bankhauses Rothschild in Paris, befand sich zu 95 % in ausländischem Besitz, davon 55,8 % in Besitz französischer Firmen, der Rest in britischem, italienischem und 5 % im Besitz des deutschen Thyssen-Konzerns. Die Miferma bestritt mit einer Jahresproduktion von rund 12 Millionen t Eisenerz etwa 80 % (!) der gesamten Ausfuhren Mauretaniens.

Mozambique

5. - 23.12.74 (SZ; Daily News/Tanz.)
Frelimo-Präsident Samora Machel führt Gespräche mit den Regierungen der DDR, Bulgariens und Rumäniens. Die rumänische Regierung erklärt sich in diesem Zusammenhang bereit, Mozambique von Juni 75 ab finanzielle und personelle Hilfe im Aufbau und Ausbau von Industrien, der Landwirtschaft sowie des Transport-, Bildungs- und Gesundheitswesen zu gewähren. Mit der DDR-Regierung kommt es zum Abschluß eines Abkommens über eine, wie es heißt, "enge fruchtbare Zusammenarbeit" (über Einzelheiten dieses Abkommens ist aus den uns vorliegenden Pressemeldungen nichts zu entnehmen).

7.12.74 (Blick d. die Wirtschaft)
Der Bau des Cabora Bassa-Staudamms ist soweit fertiggestellt, daß jetzt mit der Flutung (Füllung des Stausees) begonnen werden konnte. Wie vom AGM-Komitee in Bonn gemeldet wird, ist es den an dem Bau des Staudammes beteiligten ausländischen Firmen bislang nicht gelungen, die Frelimo zu einer Übernahme der von Portugal eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zu bewegen. Von seiten der Frelimo-Führung heißt es dazu, man untersuche bislang noch die wirtschaftlichen Probleme des Cabora Bassa-Staudamms für die mozambiquanische Wirtschaft. Wenn dennoch inzwischen mit der Flutung begonnen wurde, so deshalb, weil ansonsten durch die jetzt einsetzende Regenzeit (Hochwasser) die Fertigstellung des Staudammes



Karrikatur der südafrikanischen Zeitung "Transvaler" zum Antirassismus-Programm (7.8.73)

(d.h. der Abschluß des ersten Bauabschnittes) um 4 Monate hätte verschoben werden müssen.

Von seiten der am Bau des Cabora Bassa-Staudammes beteiligten deutschen Firmen (44 % der Aufträge) wird Cabora Bassa mittlerweile als Verlustgeschäft bezeichnet. Diese Angabe könnte nach Meinung der FR (vom 15.1.75) zumindest auf die Elektrokonzerne zutreffen, die die Lieferverträge für die erste Baustufe zu Festpreisen abgeschlossen haben.

Obwohl sich die Frelimo weiterhin unentschieden zeigt bezüglich ihrer Pläne für Cabora Bassa, rechnet ein Sprecher der südafrikanischen Zamco (Konsortium der auf südafrikanischer Seite am C.B.-Staudamm beteiligten Firmen) sogar mit einer Vorverlegung des Ter-

mins für die Aufnahme der ersten Cabora Bassa-Stromlieferungen an Südafrika (von August auf Mai 75; die Stromlieferungen würden danach noch vor der endgültigen Unabhängigkeit Mozambiques aufgenommen werden).

11.12.74 (FR)
In dem jetzt veröffentlichten Abschlußbericht einer von der UNO eingesetzten Untersuchungskommission werden die in den letzten Jahren immer wieder in die Öffentlichkeit gelangten Berichte über Massaker, die in Mozambique von der portugiesischen Armee an der afrikanischen Bevölkerung verübt worden sein sollen (Wiriyamu, Chawola, Joao, Zambeze...), weitgehend als zutreffend bezeichnet. Der UNO-Bericht spricht von mindestens 1000 Afrikanern, die in den letzten 3 Jahren von portugiesischen Truppen (in Zambeze unter Beteiligung rhodesischer Soldaten) außerhalb der "regulären" Kriegshandlungen gefoltert und getötet worden sind.

20.12.74 (AFP Interafr. News Survey)
Die Frelimo scheint in der Weißen-Bevölkerung an Vertrauen zu gewinnen: So registrieren mozambiquanische Grenzbehörden jetzt einen Rückstrom von Mozambiquanern portugiesischer Abstammung, die nach dem weißen Putschversuch vom September in großer Zahl aus Mozambique nach Südafrika geflohen waren.

20.12.74 (Daily News/Tanz.)
Nach Angaben von Frelimo-Vizepräsident dos Santos benötigt Mozambique dringend Nahrungsmittelhilfe. So seien zur Zeit infolge der während des Befreiungskrieges entstandenen Zerstörungen annähernd 1 Mill. Menschen in Mozambique ihrer Existenzgrundlage beraubt. Durch den jetzt einsetzenden Rückstrom von mozambiquanischen Flüchtlingen aus Malawi, Tanzania und Sambia wird diese Zahl noch weiter anwachsen.

Nigeria

13.1.75 (NZZ)
In den drei wichtigsten Häfen des Landes sind mehr als 50 000 Dockarbeiter in den Streik getreten; Anlaß dazu ist die Weigerung der Regierung, die privaten Unternehmer zu den gleichen Lohnerhöhungen zu zwingen, wie sie die Regierung 10 Tage zuvor den staatlichen Bediensteten Nigerias zugestanden hatte. Diese Lohnerhöhungen reichten z.T. bis an 100 % heran.

Rhodesien/Zimbabwe

9./10.12.74 (FR/Daily Telegraph)
Ergebnislos bleiben erste direkte Verhandlungen zwischen dem Regime Smith und den rhodesischen Befreiungsbewegungen sowie der in Rhodesien als Partei zugelassenen ANC (African National Council). Diese in Lusaka abgehaltenen dreitägigen Verhandlungen kamen auf Initiative des sambischen Staatspräsidenten Kaundas und des südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster zustande. Ihnen waren bereits im November ein geheimgehaltenes Treffen von Regierungsvertretern aus Sambia mit der Vorster-Regierung in der SAR und wenig später dann auch separate Treffen Kaundas mit den jeweiligen Führern der schwarzen Widerstandsgruppen Rhodesiens - vermutlich im Beisein von Machel (Frelimo) und Khama (Botswana) - vorangegangen. Kaunda hatte dabei seinen Verhandlungspartnern einen Plan zur Lösung der Rhodesienfrage vorgelegt, der auf folgenden 5 Punkten aufbaut: 1) Einigung der bislang rivalisierenden schwarzen Widerstandsbewegungen in Rhodesien (ZANU, ZAPU, ANC und FROLIZI) auf eine gemeinsame Verhandlungsführung; 2) Waffenstillstandsabkommen der militärisch operierenden Befreiungsbewegungen (das gilt zur Zeit im wesentlichen nur für die ZANU) mit der Smith-Regierung und den auf Regierungsseite kämpfenden südafrikanischen Polizeitruppen (insgesamt etwa 3000 Mann); 3) Abhalten einer offiziellen rhodesischen Verfassungskonferenz in Lusaka oder Dar es Salaam, auf der Übereinkunft zu erzielen sei über: 4) sofortige Parität der schwarzen und weißen Sitzverteilung im rhodesischen Parlament; und 5) nach Ablauf einer auf wenige Jahre bemessene Übergangszeit (2 oder 3 Jahre) Ausschreibung allgemeiner Wahlen, bei denen alle Rhodesier, Weiße wie Schwarze, über ein gleiches Stimmrecht verfügen (Guardian vom 5.12.74).

Nach Angaben des Daily Telegraph lag das Scheitern der Verhandlungen in Lusaka (diese Verhandlungen verstanden sich wohlbemerkt nur als Vorverhandlungen für eine offizielle rhodesische Verfassungskonferenz) darin begründet, daß Smith keine Bereitschaft zeigte, den rhodesischen Widerstandsbewegungen bindende Zusagen für den in Punkt (5) des Kaunda-Planes geforderten Machtwechsel in Rhodesien zu machen. Unter dieser Bedingung seien dann auch ihrerseits die Befreiungsbewegungen nicht bereit gewesen, mit Smith und den in Rhodesien operierenden südafrikanischen Polizeitruppen für die Zeit bis zur Einberufung einer Verfassungskonferenz einen Waffenstillstand abzuschließen (einen Waffenstillstand, der sie der Möglichkeit beraubt hätte, aus der jetzt in Rhodesien einsetzenden Regenzeit strategischen Gewinn zu ziehen).

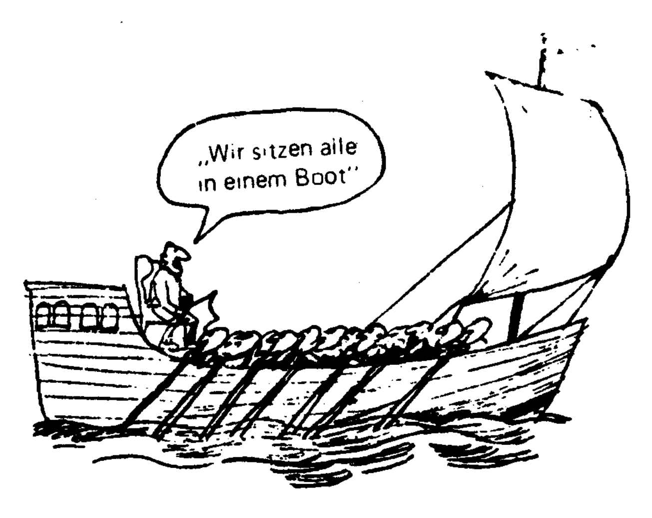
Beobachter sehen in dem Abbruch der Lusaka-Verhandlungen durchaus noch kein generelles Scheitern der Rhodesien-Initiative Kaundas und Vorsters. Vermutet wird, daß zumindest Vorster entschlossen ist, unter allen Umständen eine Lösung der Rhodesien-Frage herbeizuführen und in diesem Sinne Smith zu weitergehenden Konzessionen zwingen wird. Die Vorster-Regierung, so wird argumentiert, hätte ein vitales Interesse daran, aus den Verwicklungen in Rhodesien herauszukommen - dies, um zum einen der auf Expansion drängenden südafrikanischen Wirt-

schaft einen freieren Zugang zu den schwarzafrikanischen Märkten zu verschaffen (vgl. in dieser Chronik die Meldungen zu Südafrika) und um zum anderen mit den neuen schwarzen Nachbarregierungen im Norden, d.h. mit Angola und Mozambique (sowie mit einem früher oder später dann doch von Afrikanern regierten Zimbabwe), zu einem erträglichen Einvernehmen zu kommen. An letzteren knüpfe Vorster vor allen Dingen die Erwartung, daß die genannten Staaten von etwaigen Plänen Abstand nehmen, den afrikanischen Guerilla-Krieg nun auch noch nach Südafrika hineinzutragen bzw. eigenständigen Befreiungsbewegungen auf südafrikanischem Territorium politische und militärische Unterstützung zu gewähren.

Unter starkem Verhandlungsdruck steht die Smith-Regierung freilich auch aufgrund der Lage im "eigenen" Land (vgl. den Lagebericht zu Rhodesien in den "blättern", Heft 38). Hierzu vermerkt u.a. die Neue Züricher Zeitung (vom 7./8.12.74), daß inzwischen auch Teile des rhodesischen Militärs gegenüber der Regierung haben durchblicken lassen, daß der Guerilla-Krieg gegen die Befreiungsbewegungen militärisch nicht mehr zu gewinnen ist - dies vor allen Dingen deshalb, weil zu erwarten ist, daß der rhodesischen Armee spätestens von Juni 1975 ab (Unabhängigkeit Mozambiques) neben der Front im Norden noch eine weitere Front im Osten (zur Grenze nach Mozambique hin) entstehen wird.

10.12.74 (SZ)
In der sambischen Hauptstadt Lusaka kommen die in Rhodesien kämpfenden afrikanischen Befreiungsbewegungen ZANU (Zimbabwe African National Union), ZAPU (Zimbabwe African People Union) und FROLIZI (Front for the Liberation of Zimbabwe) überein, mit dem ANC (African National Council) eine Art politische Einheitsfront zu bilden. Ab sofort wollen die Befreiungsbewegungen je 3 Vertreter in den Exekutivrat des ANC delegieren. Innerhalb von 4 Monaten soll dann auf einem Parteikongreß des ANC, an dem sich auch die genannten Befreiungsbewegungen beteiligen, ein neues ANC-Führungsgremium gewählt werden und ein neues Parteiprogramm ausgearbeitet werden. Der ANC soll von da ab die einzige in Rhodesien tätige afrikanische politische Organisation sein (Guardian vom 9.12.74). In einer anläßlich dieses Einigungsbeschlusses abgegebenen gemeinsamen Erklärung wird von den beteiligten Gruppen die, wie es heißt, "Unvermeidbarkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes bis zur Erreichung einer totalen Unabhängigkeit Zimbabwes" betont.

12.-14.12.74 (NZZ/SZ/FR)
Die Smith-Regierung auf der einen und die Führer des afrikanischen Widerstandes auf der anderen Seite verbreiten widersprüchliche Meldungen zur Frage eines Waffenstillstands in Rhodesien: Während von Muzorewa (ANC), Sithole (ZANU) und Nkomo (ZAPU) auf einer gemeinsam abgehaltenen Pressekonferenz betont wird, zu einer Einstellung der Kampftätigkeit erst dann bereit zu sein, wenn mit der Smith-Regierung eine Einigung über den Zeitpunkt und Verhandlungsbedingungen für eine Verfassungskonferenz erzielt sei, erklärt Smith in einer Radio- und Fernsehansprache, er hätte in Gegenleistung zu einem Amnestie-Versprechen für alle politischen Gefangenen und der Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für ZANU- und ZAPU-Angehörige von schwarzer Seite die Zusicherung erhalten, "alle Kampftätigkeit in Rhodesien einzustellen" und eine Verfassungskonferenz ohne Vorbedingungen zu akzeptieren. Tatsächlich leitet die Smith-Regierung in der Folgezeit, wenn auch zögernd, die Entlassung inhaftierter afrikanischer Widerstandskämpfer ein, während umgekehrt aus den Kampfgebieten im Norden Rhodesiens von einer Feuereinstellung berichtet wird (FR vom 23.12.74).



17.12.74 (FR)
Die im Exekutivrat des ANC zusammengeschlossenen afrikanischen Widerstandsbewegungen präzisieren ihre an die Smith-Regierung gerichteten politischen Forderungen: Analog zum Kaunda-Plan wird eine sofortige Stimmenparität im rhodesischen Parlament und parallel dazu eine zwischen Schwarzen und Weißen ausgewogene Besetzung der Ministerposten in der rhodesischen Regierung angestrebt. Nach einer Übergangszeit von 2 bis 3 Jahren soll dann die Parlamentsmehrheit und die Regierungsmacht in afrikanische Hand übergehen. Gefordert wird im weiteren: Aufhebung des Siedlungsgesetzes (dieses Gesetz unterscheidet zwischen schwarzem und weißem Siedlungsland und weist darüber hinaus den in Rhodesien ansässigen Stämmen jeweils ein fest umrissenes Siedlungsgebiet zu), Annullierung aller Rassengesetze, Entzug der den afrikanischen Stammeshäuptlingen eingeräumten Privilegien (wie in Südafrika paktieren auch in Rhodesien die alten Stammesaristokratien offen dem weißen Minderheitsregime), Amnestie für alle politischen Gefangenen.

In einer Antwort auf die genannten Forderungen der rhodesischen Widerstandsbewegungen formuliert Smith wörtlich: "Solange ich lebe, wird es in Rhodesien keine schwarze Regierung geben."

2.-10.1.75 (FR/NZZ)
In die laufenden Bemühungen um eine Lösung der Rhodesienfrage schaltet sich jetzt auch die englische Regierung ein. Während einer zehntägigen Afrikareise trifft der britische Außenminister Callaghan u.a. auch mit Kaunda und Vorster zusammen. Ein von Callaghan gewünschtes Gespräch mit den Führern der rhodesischen Widerstandsbewegungen kommt nicht zustande, da Smith es ablehnt, Callaghan nach Rhodesien einzuladen und zugleich auch den Führern der ANC-Einheitsfront eine Ausreise nach Lusaka verwehrt. Verschiedene Äußerungen Callaghans zur Rhodesienfrage deuten darauf hin, daß die britische Regierung gegen Smith und für die schwarze Einheitsfront in Rhodesien Partei ergreifen will.

11.1.75 (FR)
Smith stoppt die Freilassung inhaftierter afrikanischer Befreiungskämpfer. Als Grund dafür nennt Smith fortgesetzte Verletzungen der Waffenruhe seitens der Befreiungsbewegungen.

15.1.75 (NZZ)
Der Sprecher einer ZANU-Exilgruppe in Nairobi fordert die Fortführung des bewaffneten Kampfes in Rhodesien. Er kritisiert im weiteren den Beitrittsbeschluß der ZANU zum ANC. Mit diesem Beschluß laufe die ZANU Gefahr, "ihre Identität zu verlieren". Nach Meinung der genannten Gruppe ist die Verschmelzung der ZANU mit dem ANC auf Druck des sambischen Ministerpräsidenten Kaunda zustande gekommen. Die Gruppe wirft Kaunda darüber hinaus vor, ihr neuerdings die Möglichkeit versperrt zu haben, von sambischem Territorium aus nach Rhodesien Radiosendungen auszustrahlen.

Sambia

14./15.12.74 (SZ)
Die sambische Regierung hat gemäß einem Beschluß des Rates der kupferproduzierenden Länder (CIPEC) Maßnahmen zur Einschränkung seiner Kupferproduktion um jährlich 10 % (= 70 000 t) eingeleitet.

Zur CIPEC gehören außer Sambia noch Chile, Peru und Zaire. Diese Länder dekken etwa 70 % des Weltexportes an Kupfer. Der Kupferpreis ist von April 1974 von 1,52 Dollar je Pfund auf weniger als die Hälfte, nämlich 60 Cent, gefallen (SZ 14./15.12.74).

Südafrikanische Republik/Namibia

5.12.74 (NZZ)
Nach Angaben verschiedener südafrikanischer Zeitungen soll sich der südafrikanische Ministerpräsident Vorster im September zu Gesprächen mit Houphouet-Boigny (Präsident der Elfenbeinküste) und Senghor (Präsident von Senegal) in Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, aufgehalten haben. Zu dem Gespräch sollen zudem auch Regierungsvertreter aus Gabun hinzugezogen worden sein (Spiegel vom 9.12.74). Laut der Johannesburger "Sunday Times" habe die südafrikanische Regierung darüber hinaus regierungsamtliche Kontakte zu Tanzania, Zaire und Nigeria hergestellt. Im November soll es schließlich noch, so der Daily Telegraph (4.12.74), auf südafrikanischem Territorium zu Gesprächen der Regierung Vorster mit sambischen Regierungsvertretern gekommen sein.

Beobachter werten diese auffällige diplomatische Aktivität der südafrikanischen Regierung als einen neuen Versuch Vorsters, Südafrika aus der politischen und wirtschaftlichen Isolierung auf dem schwarzafrikanischen Kontinent herauszuführen. Den Anstoß dazu liefert offensichtlich die veränderte Situation in Mozambique und Angola sowie die sich allmählich zuspitzende Lage in Rhodesien. Südafrika sieht sich jetzt seiner weißen Vorposten im Norden beraubt und hat von daher Grund zu der Befürchtung, daß seine neuen Nachbarn im Norden bestrebt sein werden, den afrikanischen Befreiungskrieg nun auch noch nach Südafrika hineinzutragen bzw. eigenständige Bewegungen dieser Art auf südafrikanischem Territorium tatkräftig zu unterstützen.

> **„Bonn möchte wie bisher eine Trennungslinie zwischen politischen Sympathien (gemeint sind wohl Sympathien mit der schwarzen Bevölkerung) und wirtschaftlichen Interessen ziehen. Auf den Handelsverkehr mit Südafrika werde die Bundesregierung wie bisher keinen Einfluß ausüben."**
> **(Geihoff, Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Bonn, nach Neue Zürcher Zeitung, 29.1.1975)**

Vorsters sog. Friedensoffensive (so etikettiert die südafrikanische Presse die diplomatische Aktivität Vorsters) scheint aber auch im Dienst der wirtschaftlichen Interessen zu stehen. Die südafrikanische Wirtschaft drängt auf eine Eroberung schwarzafrikanischer Märkte, sieht sich jedoch in ihrem Expansionsstreben durch Boykott-Beschlüsse der schwarzafrikanischen Staaten stark gehandikapt (freilich werden zwar Beschlüsse dieser Art immer von einzelnen schwarzafrikanischen Staaten mißachtet, dennoch stellen sie sich im allgemeinen als lästige Fessel dar).

Im Gegensatz zu der von Vorster in ähnlicher Weise 1971 gestarteten diplomatischen Offensive (eine Offensive, die an der Haltung der OAU zur Rhodesienfrage und zur Apartheid-Politik in Südafrika scheiterte), scheint Vorster dieses Mal zu Konzessionen bereit: So gab Vorster mittlerweile wiederholt zu verstehen, daß er zum einen die Smith-Regierung in der Rhodesienfrage zu einem Kompromiß zwingen will, der auch für die Staaten der OAU akzeptabel ist, und

daß er zum anderen, in bezug auf Südafrika selbst, fortfahren will, gewisse rassische Restriktionen aufzuheben oder zu lockern (damit scheinen zunächst allerdings nur bestimmte optische Korrekturen gemeint zu sein: rassisch gemischte Sportmannschaften, Beseitigung von "Whites-Only-Zeichen" an Lifttüren, Ruhebänken u.ä.).

10.12.74 (FR)
Nach einer Umfrage eines südafrikanischen Meinungsforschungs-Instituts sind in den vier bevölkerungsreichsten südafrikanischen "Homelands" (Stammes-Reservate) mindestens 2/3 der insgesamt 6 Mill. Einwohner unmittelbar von Not und Arbeitslosigkeit betroffen. Das Pro-Kopf-Einkommen in den genannten Homelands läge mit umgerechnet 30 DM im Monat um ein 18-faches niedriger als das Durchschnittseinkommen weißer Südafrikaner. Die Umfrage ergab weiter, daß sich unter der stadtansässigen Bevölkerung der Homelands und unter jungen Leuten mit besserer Schulbildung eine ablehnende Haltung gegenüber der von der Vorster-Regierung betriebenen Politik der territorialen Apartheid durchzusetzen beginnt (Ziel dieser Politik ist es, die in den städtischen Zentren und in den von weißen Farmern okkupierten Landregionen Südafrikas ansässigen Schwarzen zu einem Wanderproletariat zu machen, das im staatsrechtlichen Sinne in den Homelands "beheimatet" ist und dem folglich auch - formal korrekt - außerhalb der Homelands jedes politische Mitbestimmungsrecht vorenthalten werden kann).

12.12.74 (FR)
Sechs führenden Mitgliedern des südafrikanischen "Christian Instituts" sind behördlicherseits die Reisepässe entzogen worden. Das Institut hatte in den vergangenen Monaten wiederholt durch kritische Stellungnahmen zur Rassenpolitik der Regierung Vorster auf sich aufmerksam gemacht.

16./18.12.74 (SZ)
Die <u>UNO-Vollversammlung</u> hat erneut <u>in mehreren Resolutionen Stellung gegen Südafrika</u> bezogen: Ohne Gegenstimme bei 14 Enthaltungen (darunter die BRD) fordert die Versammlung den Weltsicherheitsrat auf, "wirksame Maßnahmen" (Wirtschafts-Sanktionen) zu ergreifen, um der südafrikanischen Herrschaft in Namibia (vgl. Chronik Heft 39) ein Ende zu setzen. Die Vollversammlung bezeichnet in der genannten Resolution die SWAPO als die "authentische Repräsentantin" des namibischen Volkes.

In einer weiteren Resolution ergeht an den Weltsicherheitsrat die Aufforderung, Sanktionen gegen Länder zu erwägen, die sich nicht an das von der UNO verhängte Waffen-Embargo gegenüber Südafrika halten. Gegen diese Resolution stimmte allein die USA. Die BRD enthielt sich zusammen mit 8 weiteren Ländern ihrer Stimme.

18.12.74 (FR)
Nach Angaben des Statistischen Amtes in Südafrika war im Industrie- und Dienstleistungssektor der südafrikanischen Wirtschaft für das Geschäftsjahr <u>73/74 ein</u> durchschnittlicher <u>Gewinnzuwachs von 44,9 %</u> zu verzeichnen.

<u>Der UN-Sicherheitsrat verurteilt</u> in einer Resolution die, wie es heißt, "<u>anhaltende illegale Besetzung" Namibias</u> und fordert die südafrikanische Regierung auf, Schritte zur Räumung Namibias einzuleiten. Im weiteren ergeht an Südafrika die Anweisung, in Namibia alle politischen Gefangenen freizulassen und politische Flüchtlinge aus Namibia in ihr Heimatland zurückkehren zu lassen.

7.-12.1.75 (NZZ/FR)
Südafrikas Minenwirtschaft erlebt in der <u>Goldmine von Vaal Reefs</u> den größten <u>Arbeitsstreik</u> ihrer Geschichte. Für die Dauer von 4 Tagen sind 12 000 Minenarbeiter im Ausstand. Massive Polizei-Einsätze (zur Öffnung der von den Streikenden gegen Streikbrecher abgeschirmten Grubeneingänge) fordern insgesamt 8 Todesopfer. Zum Streik kam es, als den in der Vaal Reefs-Mine beschäftigten Wanderarbeitern aus Lesotho (Basotho) mitgeteilt wurde, daß die Regierung ihres Heimatlands beabsichtigt, zukünftig jeweils 60 % ihres Lohnes bis zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses in Südafrika auf Banken in Lesotho einzufrieren (der Devisen halber). Diese Maßnahme löste unter den Lesotho-Arbeitern insofern Protest aus, als diese es gewöhnt sind, mit dem in den Goldminen verdienten Geld vor ihrer Rückkehr nach Lesotho in Südafrika den Kauf von Gegenständen zu tätigen, die in Lesotho nur zu erheblich höheren Preisen zu haben sind (Radios, Fahrräder, Wolldecken usw.). Die Arbeiter mußten sich somit zu Recht um einen wesentlichen Teil ihrer Einkommen in der SAR geprellt fühlen.

Stellte sich der Streik in der Vaal Reefs-Mine zunächst lediglich als ein interner Konflikt zwischen den Basotho-Kontraktarbeitern und ihrer Heimatregierung in Lesotho dar, so schien er in seinem weiteren Verlauf eine andere Qualität bekommen zu wollen. Eine Vielzahl von Nicht-Basothos begannen sich dem Streik anzuschließen - und dies vermutlich aus Protest gegen die katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen, wie sie von Wanderarbeitern in südafrikanischen Minen angetroffen werden. (Anzumerken ist hier, daß die Goldminen-Unternehmen nach Angaben der NZZ vom 30. 11.74 seit 1970 aufgrund der gestiegenen Goldpreise eine wahre Ertragsexplosion verzeichnen konnten: So stieg allein in dem Zeitraum zwischen 1970 und 1973 der Brutto-Ertrag pro Tonne geförderten Golderzes von 11,24 Rd. auf 33,48 Rd. Inzwischen dürfte angesichts der weiter gestiegenen Goldpreise der Ertrag pro Tonne noch weit höher liegen.)

Der Streik in der Vaal Reefs-Mine bricht zusammen, als sich die Masse der Wanderarbeiter aus Lesotho entschließt, umgehend in ihr Heimatland zurückzukehren.

> "Die Mängel eines ungebildeten Menschen werden durch die Zwangs=losigkeit, mit der man ihn Dank seiner einfachen Verfassung und Ignoranz als wirtschaftliches Aktivum ausbeuten kann, wieder ausgeglichen"
>
> aus: Christian Express, SAR
> zit. nach: M. Braun, "Das schwarze Johannesburg"

17.1.75 (Mitteilung der Anti-Apartheid-Bewegung, BRD/West-Berlin)

Der deutsche Energie-Konzern STEAG erstellt zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Unternehmen UCOR eine Studie zur Wirtschaftlichkeit des Baus einer Uran-Anreicherungsanlage in Pelindaba, Südafrika. Die für den Bau der Anlage notwendigen Technologien sind zu einem wesentlichen Teil von deutschen Forschern der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe (GFK) entwickelt worden. Das Natur-Uran, das in der Anlage von Pelindaba verarbeitet werden soll, wird aus südafrikanischen Gruben und vermutlich auch aus Gruben in Namibia bezogen werden. Mit dem in Pelindaba angereicherten Uran sollen in erster Linie Kernkraftwerke in der BRD beliefert werden. Südafrika hofft, hohe Gewinne aus der Anlage in Pelindaba zu ziehen. Zugleich wird Pelindaba Südafrika in die Lage versetzen, eigene Atombomben herzustellen.

Die Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe ist zu 90 % eine bundeseigene Einrichtung (10 % Baden-Württemberg). Über die zu 75 % im Bundesbesitz befindliche VEBA ist die Bundesregierung wesentlich auch an der STEAG (Steinkohlen Elektrizitäts AG, Essen) beteiligt. Die südafrikanische UCOR (Uranium Enrichment Corporation, Pelindaba) ist zu 100 % im Besitz der südafrikanischen Regierung.

Tschad

9./10.12.74 (Le Monde/FR/SZ)
Bei einem Angriff der Regierungstruppen gegen Einheiten der Befreiungsbewegung Front de libération nationale du Tschad (FROLINAT) sind 18 französische Offiziere und 150 Soldaten der Regierungstruppen getötet und mindestens drei Flugzeuge abgeschossen worden. Eine diesbezügliche Meldung der FROLINAT wurde von Militärkreisen in Paris bestätigt.

Die FROLINAT wird angeblich aus Libyen mit Waffen versorgt. Die Regierung des Tschad hat indes Frankreich um weitere Hilfe bei der "Reorganisation" ihrer Truppen gebeten.

Zaire

5.12.74 (Die Welt)
Die ASSINEZ (Association Internationale d'Industrialisation du Nord Est du Zaire) beschließt einen Drei-Stufen-Plan zur industriellen Erschließung der Nordost-Region Zaires. Die erste Planstufe sieht für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren die Investition von etwa 160 Mill. DM in sieben Projekten vor. Es geht dabei im einzelnen um den Bau einer Zementfabrik, einer Ölschieferanlage, einer Aufbereitungsanlage für Wolframit und Cassiferit sowie einer Bergbausprengstoff- und einer Hohlglasanlage. Die Prioritäten der zweiten und dritten Planstufe, für die weitere Investitionen in Höhe von 200-700 Mill. DM veranschlagt sind, sollen bei der Errichtung von Aufbereitungs- und Verarbeitungsanlagen für Eisenerz und Zinn, sowie dem Aufbau einer chemischen Industrie liegen.

Die ASSINEZ ist eine Gründung des Comité d'Initiative International und der Regierung von Zaire.

In dem genannten Comité sind unter Federführung der KHD-Industrieanlagen AG, Tochtergesellschaft der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, die Firmen Siemens, Wasag-Chemie und die italienische Astaldi-Gruppe zusammengeschlossen.

Die BRD-Regierung hat sich bereit gefunden, die Vorhaben der ersten Planstufe des ASSINEZ-Projektes mit zinsverbilligten Kapitalhilfe-Krediten zu fördern. Für die darüber hinaus geplanten Vorhaben sind weitere Kredite in Aussicht gestellt. Die "Welt" merkt dazu an, daß die Belieferung der RDB mit den über das ASSINEZ-Projekt erschlossenen Rohstoffen für die BRD zukünftig eine "bedeutende Rolle" spielen kann.

bem / siba

Arabische Länder u. Vorderasien

Ägypten

16.1.75 (FR)
Der ägyptische Staatspräsident Anwar el Sadat spricht sich für die Bildung eines "dritten Blocks" als Gegengewicht zu den USA und der Sowjetunion aus - einem Block, dem außer den arabischen Staaten und den Entwicklungsländern auch die Staaten Westeuropas angehören sollen. Nach Sadats Worten ist Ägypten nicht bereit, sich einem der beiden Supermächte anzuschließen. Dieser Umstand sei auch der Hauptgrund für die Schwierigkeiten, die Ägypten mit den beiden "Lagern" hat.

23.1.75 (KVZ)
Die schon im Dezember begonnenen Aus-

einandersetzungen zwischen Regierung und Arbeitern haben sich mittlerweile verschärft (Streiks, Demonstrationen). Die Arbeiter protestieren gegen die ständig steigenden Preise bei gleichbleibend niedrigen Löhnen. Der Mindestlohn eines Industriearbeiters beträgt in den staatlich kontrollierten Werken (Schwerindustrie) umgerechnet 1,15 DM pro Tag. (Ein Minister verdient dagegen im Monat 1800 DM). Die Inflationsrate liegt zur Zeit bei 50 %; die Versorgungslage ist äußerst schlecht, da die Grundnahrungsmittel rationiert und teuer sind.

Irak

3.1.75 (FR)
In der militärischen Auseinandersetzung zwischen der irakischen Regierung und den nach Autonomie strebenden Kurden im Norden des Landes ist es laut Berichten irakischer Regierungstruppen gelungen, den größten Teil der kurdischen Rebellentruppen in einen schmalen Gebirgsstreifen an der Grenze zum Iran abzudrängen. Dort liegen die Iraker offenbar jedoch ständig unter iranischem Artillerie-Feuer. Iranische Einheiten sollen dazu nachts regelmäßig die Grenze überschreiten. Einem Bericht der Londoner Zeitung "Times" (vom 14./15.12.74) zufolge soll der Irak gegen die aufständischen Kurden inzwischen Phosphorgranaten (von der UdSSR)geliefert) einsetzen. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen die Genfer Konvention.

Iran

3.1.75 (SZ)
Frankreich und Iran beschließen eine Zusammenarbeit bei der Produktion angereicherten Urans. Dazu ist bei einem Kostenaufwand von 5,5 Mrd. DM der Bau einer Uran-Anreicherungsanlage bei Triastin im Rhonetal vorgesehen. Neben dem Iran und Frankreich werden sich an diesem Vorhaben auch die Länder Spanien, Italien und Belgien beteiligen. Der Iran soll 10 % des bei Triastin aufbereiteten Urans beziehen.

Israel

6.1.75 (FR)
Israel erwartet für das kommende (am 1. Juli beginnende) Haushaltsrechnungsjahr von den USA Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar (6,2 Mrd. DM).

Jordanien

16.12.74 (SZ)
Der jordanische Regierungschef Ritai erklärt die Bereitschaft Jordaniens, eine palästinensische Exilregierung anzuerkennen, betont aber gleichzeitig, daß diese ihren Sitz nicht in Jordanien haben könne.

Libyen

14.1.75 (FR)
Staatschef Ghaddafi will eigenen Angaben nach sein Land zu einer Atommacht machen.

Oman

7.1.75
Die linksgerichtete Volksfront für die Befreiung von Oman (PFLO), die in der von ihr kontrollierten Provinz Dhofar gegen das Regime des Sultans Kabus Bin Said kämpft, hat nach eigener Darstellung eine Neujahrsoffensive gegen die durch eine persische Brigade verstärkten Truppen Bin Saids unternommen, bei der 157 gegnerische



Pardon

„. . . war aber auch Zeit, daß die Bundesregierung zur Sicherung neuer Energiequellen etwas unternommen hat"

Soldaten (Perser und Regierungssoldaten) gefallen sein sollen (vgl. Chronik, Heft Nr. 39).

20.1.75 (FR)
Die US-Regierung schließt mit dem Sultan von Oman ein Abkommen über die Einrichtung einer amerikanischen Militärbasis auf der zu Oman gehörenden Insel Masira.

Palästinensische Befreiungsbewegungen

6.1.75 (FR)
Nach Angaben des Führers der PLO, Yassir Arafat, sind in den vergangenen 10 Jahren israelischen Militäraktionen gegen Palästinenser insgesamt 37 600 Menschen zum Opfer gefallen.

7./8.12.74 (NZZ)
Die PLO bezichtigt den Irak, palästinensische "Splittergruppen" zu unterstützen und damit zu einer Spaltung der palästinensischen Befreiungsbewe-

gungen beizutragen. Abu Nidal, der Chef der mit irakischer Unterstützung gegründeten "Palästinensischen Befreiungsfront", einer der kleineren Gruppen, die mit der "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (unter Führung von Georges Habasch) zusammen die sog. "Front der Zurückweisung" bilden, soll sich im Irak selbst aufhalten. Die in der "Front der Zurückweisung" vereinigten Gruppen werfen der PLO u.a. vor, nicht entschieden genug gegenüber Israel die Interessen der Palästinenser zu verteidigen (vgl. Chronik, Heft 39).

20.12.74 (SZ)
Die palästinensische Befreiungsarmee (PLA) erwartet von den arabischen Staaten eine weitere finanzielle Unterstützung in Höhe von 62,5 Mio. Dollar. Die PLA untersteht der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Ihre Stärke schätzt man auf etwa 20 000 Mann, von denen die überwiegende Zahl in die Streitkräfte Ägyptens, des Irak und Syriens integriert sind.

Saudi-Arabien

5.12.74 (SZ)
Frankreich wird Saudi-Arabien Waffen im Wert von 4 Mrd. Francs (etwa 2,4 Mrd. DM) liefern, darunter hochentwikkelte Raketen und Panzer. Desweiteren plant Saudi-Arabien ein größeres Waffengeschäft mit den USA.

Zukunftsmarkt: Arabische Staaten!

Wollen Sie Teile oder Ihre gesamte Produktion in diese Staaten verlegen?

Wir beschaffen arabisches Kapital u. Partner

Unsere arabischen Mitarbeiter führen für Sie Marktanalysen durch, beraten Sie bei der Standortwahl und über das herrschende Steuerrecht dieser Länder. Nutzen Sie unser know-how und weltweiten Verbindungen. Anfragen unter HH 2987 an Handelsblatt, 4 Düsseldorf, Postfach 1102

Handelsblatt 22.11.74

Spanisch Sahara

13.12.74 (NZZ)
Auf Antrag des Kolonialausschusses der UNO-Vollversammlung soll der internationale Gerichtshof in Den Haag über die politische Zukunft von Spanisch Sahara entscheiden (vgl. dazu Chronik, Heft 38/39/40).

lin

Lateinamerika

10.1.75 (NZZ)
US-Kongreß hat ein neues Handelsgesetz erlassen, das es der Regierung erlaubt, zollpolitische Maßnahmen gegen all jene Länder zu ergreifen, die sich zu Rohstoffpreiskartellen zusammengeschlossen haben. Das Gesetz richtet sich vor allem gegen die zwei wichtigsten öl-produzierenden Länder Lateinamerikas, Venezuela und Ecuador. Beide Länder gehören der OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) an.

Argentinien

Ein Untersuchungsausschuß des argentinischen Parlaments vermochte vor einigen Monaten die Hintergründe zu einem Liefervertrag aufzuhellen, den 1968 die Konzerne Siemens und ITT über ihre argentinischen Tochtergesellschaften mit der staatlichen argentinischen Telefongesellschaft ENTel abgeschlossen hatten. Obwohl dieser im Juni letzten Jahres annullierte Vertrag immerhin ein Volumen von 629 Dollar aufwies, enthielt er keinerlei Kostenvorausberechnungen und bindende Preisfestlegungen. Die Konzerne konnten demzufolge die von ihnen an die ENTel gelieferten Anlagen und Geräte zu Preisen verrechnen, die ihnen eine durchschnittliche Gewinnrate von ca. 44 % sicherten (die normalen Gewinne von Siemens und ITT in Argentinien lagen in dem Zeitraum zwischen 1968 und 1974 um durchschnittlich 30 % niedriger; Siemens: 32,5 %; ITT: 28 %). Der genannte Untersuchungsausschuß warf den Konzernen darüber hinaus vor, seit Jahren in Argentinien in großem Umfang Steuerhinterziehung zu betreiben (Siemens: in Höhe von 3,8 Mill. Dollar; ITT: 59 % der Steuerschuld gegenüber dem argentinischen Staat). Die Konzerne verführen dabei in der Weise, daß sie sich über ihre Tochtergesellschaften in Argentinien mit Halbfertigprodukten zu extrem niedrigen Preisen beliefern lassen. Sie sichern sich hierüber einen unbesteuerten Gewinn-Retransfer und bringen zugleich ihre, infolge der künstlich niedrig gehaltenen Exportpreise (Lieferungen an die Konzern-Mutter) mit negativer Gewinnbilanz arbeitenden Tochtergesellschaften, in den Genuß von Steuervergünstigungen und Steuerprämien seitens des argentinischen Staates. (Hierbei handelt es sich übrigens um eine, in allen Teilen der Welt von multinationalen Konzernen angewandte Form von Steuerhinterziehung.)

In Argentinien sieht es weiterhin so aus, daß die Enthüllungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die betroffenen Konzerne keine rechtlichen oder finanziellen Konsequenzen nach sich ziehen werden. Bislang jedenfalls sind von der argentinischen Regierung weder Rückzahlungsforderungen für die dem Staat zugefügten Vermögensschäden erhoben worden, noch ist von ihr ein gerichtliches Vorgehen gegen die Konzerne angekündigt worden. Die mit großem publizistischem Aufwand in Aussicht gestellte Verstaatlichung von Siemens Argentina (Siemens-Tochter), Standard Electric Argentina (ITT-Tochter) sowie Italo Argentina (insbesondere Schweizer Kapital) soll, wie erneut zu erfahren ist, auf den Telephonbau beschränkt bleiben. Die Monopolstellung der genannten Konzerne auf dem argentinischen Elektromarkt dürfte damit weiterhin unangetastet bleiben (Argent.-Info Nr. 2 der "Argentinien Koordina-

tion", W.-Berlin, Jan. 75 / Cronista Comercial 10./17./19.6.74).

16.12.74 (SZ)
Seit dem Amtsantritt von Präsidentin Martinez de Peron sind nach offiziellen Angaben bei politischen Attentaten und Razzien der Polizei in Argentinien insgesamt 189 Menschen ums Leben gekommen. Die überwiegende Zahl der Attentate geht zweifelsfrei auf das Konto der AAA (vgl. Chronik, Heft 39 und 40).

21.-24.12.74 (SZ/Le Monde/NZZ)
Auf staatliche Anordnung hin müssen die Zeitung Crónica, eine der größten argentinischen Presseorgane, und die Zeitung La Calla, die dem linken Flügel der "Radikalen Partei" nahesteht, ihr Erscheinen einstellen. Die Zahl der seit dem Amtsantritt Juan Perons im Juni 73 verbotenen Presseorgane ist hiermit auf 10 angestiegen. Es handelt sich dabei mit 2 Ausnahmen nur um links-gerichtete Blätter (NZZ vom 17.8.74). Die jetzt verbotene "La Calla" hatte sich in der letzten Zeit wiederholt kritisch mit dem Schicksal der politischen Gefangenen in Argentinien auseinandergesetzt und die engen Verbindungen von Regierung und Polizei mit der Terrororganisation AAA zur Sprache gebracht.

Das Erscheinungsverbot für die Zeitung "Crónica" dürfte seine Erklärung in der jüngsten Kritik der Zeitung an der Haltung der Regierung in der Malvinas-Frage haben. Der Regierung war vorgeworfen worden, in dem seit langem schwelenden Rechtsstreit Argentiniens mit Großbritannien um den staatlichen Souveränitäts-Anspruch über die Falkland-Inseln (in Argentinien "Malvinas" genannt) nicht mit der nötigen Entschiedenheit aufzutreten. Die Malvinas-Frage ist jetzt wieder aktuell geworden, nachdem Versuchsbohrungen ergeben haben, daß sich im Bereich der Falkland-Inseln ausgedehnte Erdöllager befinden. (Mittlerweile bemühen sich bereits in London eine Reihe von Erdöl-Gesellschaften um die Bohrkonzessionen.)

23.12.74 (NZZ)
Die Zahl der politischen Häftlinge in Argentinien soll mittlerweile auf 1200 Personen angewachsen sein. Ihre Namen werden meist nicht bekanntgegeben, ebenso der Ort, an dem sie festgehalten werden, sowie der Grund ihrer Verhaftung.

Brasilien

6.12.74 (SZ)
Auf einem Kongreß von Vertretern indianischer Stammesgruppen aus Argentinien, Paraguay, Bolivien, Venezuela und Brasilien, protestieren die Kongreßteilnehmer in einem Manifest gegen die anhaltende Vertreibung lateinamerikanischer Indianer aus den wenigen, ihnen in Lateinamerika noch verbliebenen Reservaten. Von letzterem sind derzeitig insbesondere die Indianer des Amazonasbeckens betroffen. Ohne jede Rücksichtnahme auf die dort noch lebenden ca. 100 000 Indianer treibt die brasilianische Regierung seit einigen Jahren in forciertem Tempo die wirtschaftliche Erschließung des Amazonasbeckens voran. Amazonas-Indianern, deren Reservate von der Zivilasionsmaschinerie überrollt werden, bleibt in der Regel nur die Wahl zwischen Flucht oder Verkauf ihrer Arbeitskraft - das letzte zu Bedingungen, wie sie uns nur aus Sklavenhaltergesellschaften bekannt sind. Ein Teil der Indianer fällt allerdings immer auch nach dem ersten Kontakt mit den "Kolonisatoren" einer Reihe von Krankheiten zum Opfer, gegen die sie in ihrer jahrhundertelangen Isolation keine Abwehrkräfte entwickeln konnten.

Zur Erschließung des Amazonasbeckens trägt u.a. die EWG mit einem zinsverbilligten Kredit von 100 Mill. Dollar bei (Handelsblatt vom 12.12.74). Zu den Nutznießern der im Amazonas landwirtschaftlich erschlossenen Gebiete gehört an vorderster Stelle VW do Brasil, einer Tochter des deutschen VW-Konzerns (vgl. die Chronik Heft 38).

7.12.74 (FR) / 17.12.74 (NZZ)
Mit einem jetzt von Kuwait der brasilianischen Regierung gewährten Kredit in Höhe von 1 Mrd. Dollar dürfte die Auslandsverschuldung Brasiliens die 20-Milliarden-Marke (Dollar) erreicht haben (nach letzten Angaben des Finanzministeriums machte sie 19 Mrd. Dollar auf). Die Auslandsverschuldung Brasiliens wird zur Zeit insbesondere durch ein enormes Handelsdefizit in die Höhe getrieben: Für das Jahr 1974 stehen Exportmehreinnahmen von 7,4 Mrd. Dollar (16 %) einem Zuwachs an Importkosten von 12,5 Mrd. Dollar (105 %) gegenüber. Zugleich tragen aber auch Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Kreditgebern, Gewinntransfers ausländischer Konzerne und Zahlungen für ausländische Patente und anderem Know How zur wachsenden Auslandsverschuldung Brasiliens bei.

12.12.74 (NZZ)
Offiziellen Angaben nach soll die staatliche Monopolgesellschaft Petrobas vor der Küste bei Campos in Brasilien auf umfangreiche Erdöllager gestoßen sein. Die Fundstätten sollen eine Tagesproduktion von 400 000 Barrels möglich machen. Das wäre die doppelte Menge des derzeitigen Erdölverbrauchs in Brasilien. Erdölexperten halten diese regierungsamtlichen Angaben für maßlos übertrieben. Politische Beobachter vertreten deshalb die Ansicht, daß die Regierung mit der genannten Erfolgsmeldung lediglich der Krisenstimmung im Lande (bedingt durch die hohe Inflationsrate von zur Zeit 34 %, der defizitären Zahlungsbilanz und dem rapiden Absinken der wirtschaftlichen Wachstumsrate) entgegenwirken will.

21./22.12.74 (SZ)
Die Internationale Juristenkommission zählt in Brasilien mehr als zwanzig 1974 inhaftierte oppositionelle Parla-

..mentarier, Gewerkschaftsführer, Anwälte und Journalisten, über deren weiteren Verbleib behördlicherseits keinerlei Auskunft zu erhalten ist.

10.1.75 (FR)
Der größte Bettwäscheproduzent der BRD, die Zell Schönau AG, lagert einen Teil ihrer Produktion nach Brasilien aus. Die Firma folgt darin einem bewährten Muster kapitalistischer Gewinnmaximierung: Verlagerung der Produktion in ein Billig-Lohn-Land, wobei weiterhin auf Märkten mit hohem Preisniveau verkauft wird.

18.1.75 (FR)
Eine jetzt bekannt gewordene Bilanz über das zehnjährige Wirken der nationalen Wohnungsbank BNH (Banco Nacional da Habitaco) wirft ein charakteristisches Licht auf die Sozialpolitik der in Brasilien regierenden Militärs: Ihrem Gründungsstatut nach soll die genannte Bank ausschließlich dem Zweck der Finanzierung von Wohnungen für Angehörige der unteren Schichten dienen. Dieser Bestimmung nach arbeitet die Bank mit einem Kapital, das ihr wesentlich aus einer von brasilianischen Arbeitern zu leistenden achtprozentigen Lohnabgabe zufließt. Aus der Bilanz der Bank geht demgegenüber hervor, daß von den ursprünglich geplanten 5 Mill. Wohnungseinheiten nur etwa 1,2 Mill. fertiggestellt worden sind, wovon ca. 80 % Luxus- und Mittelklasse-Wohnungen sind mit Mieten bis zu 800 Cruzeiros pro Monat (durchschnittlicher Monatslohn eines brasilianischen Arbeiters: 340 Cruzeiros). Die verbleibenden 20 % an Billig-Wohnungen weisen in der Regel erhebliche Baumängel auf, liegen oft unerträglich weit von den Arbeitsstätten ihrer Bewohner entfernt und sind zumeist infrastrukturell (Abwässeranschluß, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Trinkwasserversorgung usw.) völlig unterversorgt.

Bolivien

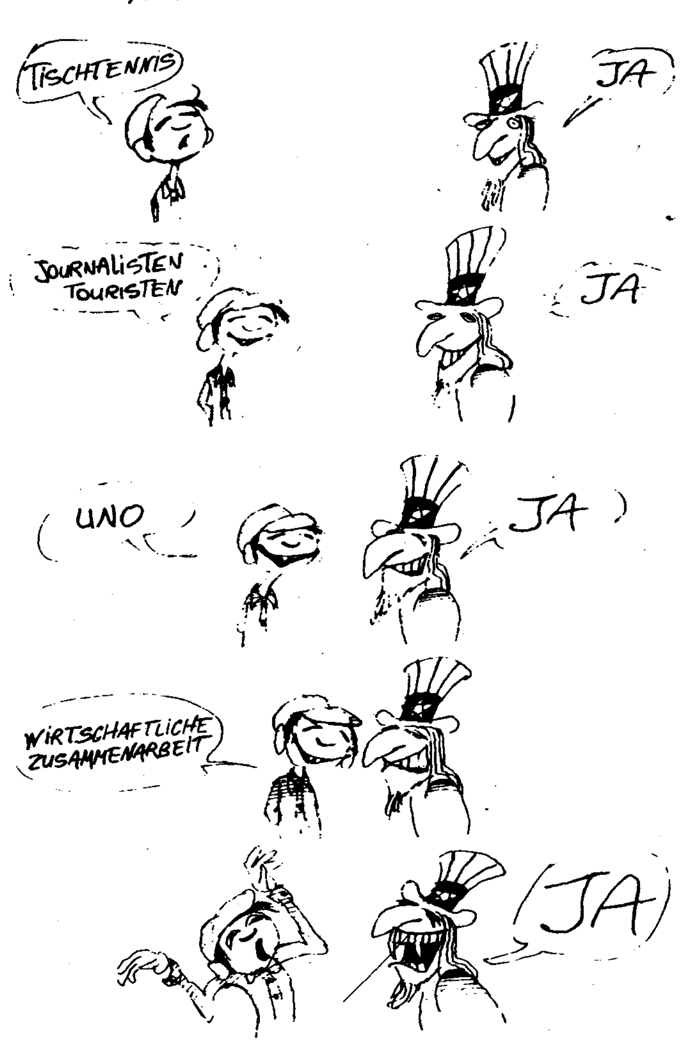
10.1.75 (FR)
Beamte der bolivianischen Sicherheitspolizei dringen in die Residenz des Erzbischofs von La Paz ein und verschleppen den belgischen Pater E. de Wasseige. De Wasseige hat in der Residenz Zuflucht gesucht, um sich einer Ausweisung aus Bolivien zu widersetzen. Die Ausweisung war in Reaktion auf eine Stellungnahme de Wasseiges angeordnet worden, in der er der Regierung Banzer vorwarf, in Bolivien permanent die Menschenrechte zu verletzen.

Seitdem die Bischöfe Boliviens sich öffentlich für eine Generalamnestie für politische Häftlinge und für die Aufhebung des Gewerkschaftsverbotes eingesetzt haben, gilt das Verhältnis zwischen Kirche und Regierung in Bolivien als äußerst angespannt (SZ vom 17.12.74).

15.-18.1.75 (NZZ/FR)
In der größten Zinngrube Boliviens streiken 10 000 Arbeiter gegen die von der Regierung verfügte Schließung dreier lokaler Radiosender. Über die Radiosender hatten die Minenarbeiter wiederholt gegen die Regierung kritisch Stellung bezogen.

Chile

Gemäß einem Beschluß der CIPEC (Zusammenschluß der 4 wichtigsten Kupferexportierenden Länder: Chile, Peru, Zaire und Sambia) hat mittlerweile auch Chile seinen Kupferexport für die Dauer von 3 Monaten um 10 % gedrosselt (vgl. dazu in dieser Chronik die Meldung zu Sambia).



Mit der Exporteinschränkung suchen die CIPEC-Länder (sie bestreiten zusammen etwa 3/4 des Kupferweltexportes) dem gegenwärtigen Preiszerfall auf dem Kupfermarkt entgegenzuwirken. Kenner der Branche bezweifeln allerdings den Erfolg dieser Aktion. Zum einen sei Kupfer zunehmend durch synthetische Stoffe substituierbar, und zum anderen verfüge die Londoner Kupferbörse über ausreichende Reserven, um das zu erwartende Defizit im Kupferangebot über einige Zeit hin auszugleichen (Blick durch die Wirtschaft vom 7.12.74 / Chile-Nachrichten Nr. 22).

Die Freilassung politischer Gefangener (zahlenmäßig sorgfältig dosiert) im Austausch gegen politische und wirtschaft-

liche Konzessionen seitens ausländischer Regierungen. Nach diesem Muster geht die Junta zur Zeit in der internationalen Diplomatie vor. Dieses Konzept scheint vielfach insofern erfolgreich, als die Junta auf diese Weise einer Reihe von ausländischen Regierungen die schon lange gewünschte Legitimation (gegenüber der kritischen Öffentlichkeit im eigenen Land) dafür verschafft, mit Chile wieder in vollem Umfang politisch und wirtschaftlich ins Geschäft zu kommen. ("Wir können nicht anders, da ja Leben und Tod der politischen Häftlinge in Chile auf dem Spiel stehen.") Die "Erpressung" mit dem Schicksal der politischen Häftlinge gereichte jetzt auch der BRD-Regierung zu einem vermutlich sehr willkommenen Anlaß, die wirtschaftlichen politischen Verbindungen zu Chile wieder neu zu beleben. Im Austausch gegen 15 Häftlinge (verhandelt wurde zunächst über 42) fand sich die Bundesregierung bereit, Chile wieder in den Kreis der Empfängerländer bundesdeutscher Entwicklungshilfe aufzunehmen. Vereinbart wurde die Auszahlung eines noch zur Regierungszeit von Allende zugesagten Kapitalhilfekredites in Höhe von 21,5 Mrd. DM (NZZ und FR vom 15.1.75; vgl. dazu auch den Chile-Beitrag in der vorliegenden Nummer der "blätter").

29.11.74 (NZZ)
Die Konferenz der nord- und lateinamerikanischen Mitgliedsländer der ILO (Internationale Organisation für Arbeit) beschloß, die regierungs-offizielle chilenische Delegation nicht mehr als rechtmäßige Vertreterin Chiles in der ILO anzuerkennen. Zukünftig sollen im Exil lebende chilenische Gewerkschaftler zur Konferenz eingeladen werden.

5.12.74 (KVZ)
Beamte des chilenischen Geheimdienstes betreiben mittlerweile in der BRD eine Bespitzelung chilenischer Flüchtlinge.

12.12.74 (Le Monde)
23.12.74 (NZZ)
Die in der Zeit Allendes enteignete chilenische Telephongesellschaft, die vormals vom ITT-Konzern kontrolliert wurde, soll jetzt endgültig verstaatlicht werden. Anstelle der von ITT selbst veranschlagten Entschädigungssumme von <u>95 Mill. Dollar</u> hat sich die Junta zur Zahlung von sogar <u>125 Mill. Dollar</u> bereitgefunden.

20.12.74 (Il Manifesto, Lotta continua)
5000 Arbeiter der größten Papierfabrik Chiles in Santiago streiken gegen die Entlassung von Arbeitern und die Weigerung der Firmenleitung, sich in ihren Lohnzahlungen an die von der Junta festgesetzten Mindest(Hunger-)Löhne zu halten.

21.12.74 (Le Monde)
Dem Christdemokrat M. Fuentealba, der sich gegenwärtig in Europa aufhält, ist von der Junta die Rückreise-Erlaubnis nach Chile entzogen worden. (Gleiches war im Oktober seinem Parteikollegen Leighton widerfahren.) Fuentealba soll in seiner Partei für eine Zusammenarbeit der Christdemokraten mit der chilenischen Linken plädiert haben.

21.12.74 (FR)
Vier Chilenen, die an der Universität Konstanz einen Arbeits- bzw. Studienplatz angeboten bekamen, erhalten von der Landesregierung Baden-Württemberg keine Arbeits- bzw. Aufenthaltserlaubnis.

9.1.75 (KVZ)
Bei einer von Soldaten durchgeführten Razzia töten Widerstandskämpfer einen uniformierten US-Amerikaner, der allen Anzeichen nach ein vom US-Verteidigungsministerium beauftragter Berater der chilenischen Militärs war.

11./12.1.75 (NZZ)
Die Junta kündigt die Beteiligung privaten Kapitals an 12 staatlichen Banken sowie die völlige Reprivatisierung von 6 staatlichen Banken an. Gleichzeitig sollen ausländische Banken den inländischen rechtlich gleichgestellt werden.



INGERENCIA
EINMISCHUNG

15.1.75 (FR)
Den von Staatsminister Wischnewski bei seinen Verhandlungen mit der chilenischen Junta in Santiago "freigehandelten" 15 chilenischen Häftlingen wird von der Landesregierung in Baden-Württemberg die Aufenthaltsgenehmigung in Baden-Württemberg verweigert. Nach dem Verteilerschlüssel der Landes-Innenministerien wäre Baden-Württemberg an der Reihe gewesen, die chilenischen Flüchtlinge aufzunehmen. Obgleich führende SPD-Politiker die Haltung der Filbinger-Regierung als "inhuman" kritisieren, ist kein SPD-regiertes Land bereit, helfend einzuspringen. Die Chilenen, unter denen sich u.a. auch der ehemalige chilenische Außenminister Almeida befindet, nehmen daraufhin eine Einreiseerlaubnis nach Rumänien wahr (vgl. Chile-Beiträge im vorliegenden Heft).

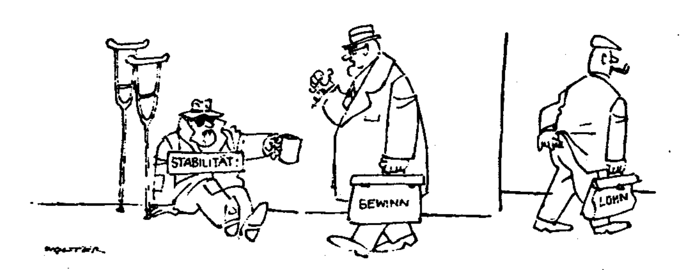
Kolumbien

26.11.74 (Excelsior/Mex.)
In verschiedenen Teilen von Kolumbien demonstrieren Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. (Für einige lebenswichtige Nahrungsmittel ist gegenüber dem Vorjahr ein Preisanstieg von mehr als 200 % zu verzeichnen.) Die Demonstration wird von der Polizei und dem Militär des Landes gewaltsam aufgelöst.

Mexico

7.12.74 (SZ)
Nach dem Scheitern der letzten Außenministerkonferenz der OAS-Staaten (vgl. die Chronik Heft 40) droht nun Mexico mit einem Austritt aus der OAS, falls die Organisation nicht völlig neu konzipiert werde. Mexico plädiert in diesem Zusammenhang insbesondere für einen Ausschluß der USA. Zugleich fordert es alle lateinamerikanischen Länder auf, wieder bilaterale Beziehungen zu Kuba aufzunehmen.

18.12.74 (SZ)
Die Weltbank will Mexico im Verlauf der nächsten 4 Jahre ein zinsverbilligtes Darlehen von 1,2 Mrd. Dollar und einen Kredit in Höhe von 200 Mill. Dollar zu normalen Konditionen gewähren. Mexico wird damit nach Indien der zweitgrößte Kreditnehmer der Weltbank.



„Kriegen Sie den Hals niemals voll? Mein Partner hat doch schon gegeben"

4.12.74 (NZZ)
16.12.74 (Newsweek)
Nach einem mehrmonatigen Großeinsatz, bei dem mehr als 20 000 Soldaten eingesetzt worden sind, gelingt es dem mexicanischen Militär, den Guerillaführer Luccio Cabanas zu stellen (und umzubringen). Cabanas genoß unter armen Bauern großes Ansehen. Er suchte sie immer wieder gegen die Übergriffe staatlicher Behörden zu verteidigen. Die von ihm geführte Guerilla-Gruppe, die sich "Partei der Armen" nennt, fordert ein sozialistisches Mexico.

Peru

4.12.74 (NZZ)
Die peruanische Regierung hat per Dekret die Todesstrafe für Urheber, Mitwisser und "Komplizen" politischer Morde und Anschläge eingeführt. Die Täter sollen innerhalb von 48 Stunden vor Gericht gestellt und verurteilt werden. In dieser Maßnahme findet die politische Krisenstimmung ihren Ausdruck, die in Peru seit der im August vorgenommenen Verstaatlichung der bedeutendsten Presseorgane des Landes um sich gegriffen hat. Ehemalige Zeitungsdirektoren und Journalisten sollen gemeinsam mit rechtsgerichteten Oppositionspolitikern bereits ein gemeinsames Vorgehen gegen die Regierung planen (NZZ vom 10.12.74). Einige Tage vor der Verkündung des Dekrets waren zwei Regierungsmitglieder einem Attentat entkommen (NZZ vom 5.12.).

6.1.75 (FR)
Landarbeiter und Kleinbauern betreiben seit Sommer 74 in der peruanischen Provinz Adahuaylas die Besetzung großer Land-Besitztümer. Sie haben auf diese Weise die in der genannten Provinz stagnierende Landreform selbst in die Hand genommen. Auch über massive Polizei-Einsätze soll es der Regierung bislang nicht gelungen sein, die Bauern von dem besetzten Land zu vertreiben (Leserbrief des Komitees Europa-Lateinamerika, Frankfurt).

8.1.75 (NZZ)
Die Southern Peru Copper Co (amerikanisches und niederländisches Kapital) plant Investitionen in Südperu im Werte von 620 Mio. Dollar. Die Finanzierung läuft wesentlich über die Chase Manhatta Bank und die Export-Import-Bank (beide USA).

Uruguay

15.1.75 (BfC Außenhandelsdienst)
Die Regierung Bordaberry hat ein neues Investitionsgesetz erlassen. Das Gesetz räumt ausländischen Firmen ein, sobald sie mehr als 3 Jahre in Uruguay tätig gewesen sind, ihre jährlichen Gewinne und gegebenenfalls auch das gesamte von ihnen investierte Kapital ohne Einbußen in ihr Mutterland zu retransferieren.

bsm / eli / bast

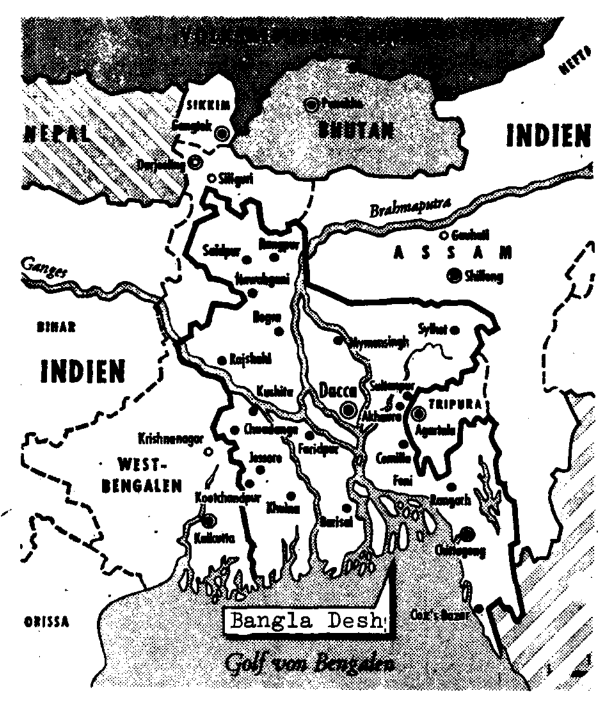
Asien

Bangla Desh

30.12.74/6.1.75 (NZZ/FR/Le Monde)
Die regierende Awami-Liga unter Premierminister Mujibur Rahman erläßt einen Katalog von Notstandsgesetzen, der die Regierung quasi mit absoluten Vollmachten ausgestattet. Sie erhält u.a. das Recht, jede politische Organisation zu kontrollieren oder aufzulösen, Versammlungen und Demonstrationen zu verbieten und eine scharfe Pressezensur durchzuführen. Die Notstandsgesetze erlauben es zudem, die Hortung von Lebensmitteln, Sabotage und Vergehen gegen die, wie es heißt, "nationalen Interessen" des Landes mit der Todesstra-

fe zu belegen. Bereits eine Woche zuvor hat die Regierung den Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt und alle verfassungsmäßigen Rechte aufgehoben.

Mit den sich jetzt schein-legal verschafften Vollmachten erhofft sich die Regierung, die sich rapide zuspitzende innenpolitische und wirtschaftliche Krise des Landes unter Kontrolle zu bekommen. Die Krise findet ihren Ausdruck u.a. in einer durch die Flutkatastrophe des letzten Jahres ausgelösten unvorstellbaren Hungersnot in weiten Teilen des Landes, in einem blühenden Schwarzmarkthandel, in einer massiv um-sich-greifenden Korruption und in einem, hauptsächlich aus der Korruption resultierenden, totalen Versagen der staatlichen Administration. (So soll letzterem zufolge die Jute-Produktion in Bangla Desh - aus der Jute-Produktion fließen Bangla Desh 80 % seiner Deviseneinnahmen zu - seit 1972 um ca. 45 % zurückgegangen sein; vgl. dazu die Chronik, Heft 40.) Hinzu kommt ein wachsender politischer Widerstand gegen das Regime Mujibur - ein Widerstand, der stellenweise auch bewaffnet geführt wird. So sollen in den letzten 3 Jahren annähernd 3000 Mitglieder der Awami-Liga Anschlägen zum Opfer gefallen sein.



Die Aussichten für eine Überwindung der derzeitigen katastrophalen Wirtschaftslage in Bangla Desh scheinen gering. Dies schon deshalb, weil eine Vielzahl von Awami-Mitgliedern, bis in die höchsten Regierungs- und Verwaltungsposten hinein, selbst in Korruptionsfälle und Schwarzmarktschiebereien verwickelt sind. Ausgestattet mit den nötigen rechtlichen Vollmachten (Notstandsgesetze) vermag Mijibur Rahman jetzt allerdings noch rigoroser gegen die oppositionellen Kräfte in seinem Land vorzugehen. Dazu steht ihm mittlerweile übrigens auch eine 1600 Mann starke Privatarmee, die "Rakhi Bahini", zur Verfügung, die nach Auskunft der FAZ besser ausgerüstet sein soll als die reguläre Armee Bangla Deshs.

<u>Birma</u>

7.12.74 (FR)
10 000 Studenten und buddhistische Mönche bringen während der staatlichen Totenfeier den Sarg mit der Leiche des am 25.11. gestorbenen ehemaligen UN-Generalsekretärs U'Thant an sich. Sie bahrten ihn in der Universität auf. Mit diesem Akt wollten sie erzwingen, daß die burmesische Regierung für U'Thant ein Mausoleum errichtet (SZ vom 12.12.74). U'Thant ist ein persönlicher Freund des vor 12 Jahren von General Ne Win aus dem Amt des Premierministers vertriebenen U Nu (heute in Indien lebend).
Die Demonstranten werden von Militärs und Polizei überwältigt; 4-5000 Personen werden verhaftet. In Reaktion darauf stecken Studenten, Arbeiter und buddhistische Mönche in Ragun öffentliche Gebäude in Brand und zerstören Verkehrseinrichtungen. Die Regierung ruft über das Land zum ersten Mal seit der Unabhängigkeitserklärung 1948 offiziell das Kriegsrecht und über die Hauptstadt den Ausnahmezustand aus.

13.12.74 (NZZ) / 17.12.74 (SZ)
Burmesische Militärgerichte verurteilen insgesamt 63 Personen zu hohen Gefängnisstrafen. Nach inoffiziellen Angaben warten noch mehr als 2000 Personen auf derartige Sondergerichtsurteile.

<u>Indien</u>

7.12.74 (Blick durch die Wirtschaft)
Nach einer Mitteilung des Erdölministers K.D. Malaviya sind vor der indischen Küste in der Nähe Bombays die bisher wahrscheinlich größten Erdölvorkommen des Landes entdeckt worden. Die mögliche tägliche Förderungskapazität könnte zwischen 1500 und 2500 Barrel (= 238 500 l - 397 500 l) liegen und würde damit den Erdöl-Eigenbedarf Indiens abdecken.

14./18.12.74 (Le Monde/NZZ)
In Indien ist die Gesamterzeugung an Nahrungsgetreide seit fünf Jahren rückläufig. Sie hat 1970-71 108 Mill. t betragen, 1971-72 105 Mill. t, 1972-73 95 Mill. t und 1973-74 102 Mill. t. Nach sehr optimistischen Schätzungen werden es dieses Jahr nicht mehr als 103 Mill. t sein. Währenddessen stieg im gleichen Zeitraum die Bevölkerung Indiens um ca. 60 Mill. auf 606 Mill. an. Da das absolute "Existenzminimum" Indiens im Moment bei ca. 106 Mill. t liegt, muß Indien in den nächsten acht Monaten mindestens 3 Mill. t Getreide einführen, um eine Hungerkatastrophe zu verhindern. Bis jetzt haben die USA

300 000 t (auf Kreditbasis) und die EG 1 000 000 t Weizen zugesagt (davon 300 000 t kostenlos, die restlichen 700 000 t zu einem niedrigen Preis).

Da in Indien die Verteilung von knappen Gütern den Gesetzen einer Klassengesellschaft gehorcht, sagen die genannten Zahlen nur die halbe Wahrheit über die real anzutreffende Ernährungslage aus: So ist es zusätzlich wichtig zu wissen, daß der größte Teil der in Indien unter Marktbedingungen angebotenen Nahrungsmittel auf dem Schwarzmarkt verkauft wird. Hier können jedoch infolge überhöhter Preise regelmäßig nur Angehörige der relativ kleinen indischen Mittel- und Oberschicht ihre Nahrungsmittelbedürfnisse decken. Die unterschichtigen Massen hingegen sind, soweit sie ihre Bedürfnisse nicht aus eigener Produktion von Nahrungsmitteln oder aus einer Entlohnung in Naturalien decken können, auf die staatlichen "fair price shops" verwiesen. Diese Läden sind jedoch total unterversorgt (im letzten Jahr standen ihnen anstatt der mindest erforderlichen 10 Mill. t an Nahrungsgütern nur 1,7 Mill. t zur Verfügung). Sie verzeichnen zudem gerade für die Grundnahrungsmittel Reis und Weizen seit einiger Zeit enorme Preissteigerungen (1974 für Reis: 40 %; für Weizen nahezu 100 %; demgegenüber liegt die allgemeine Preissteigerungsrate bei "nur" 30 %). Angesichts dieser Lage kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Indien eine Hungersnot bereits vorhanden ist - und dies nicht mehr nur in einzelnen chronisch überbevölkerten oder von Witterungsunbilden heimgesuchten ländlichen Regionen, sondern auch überall dort, wo Menschen auf eine Nahrungsmittelversorgung über den Markt angewiesen sind (also insbesondere in den städtischen Zentren). Nur so erklärt es sich beispielsweise auch, daß in Indien annähernd 70 % der Kinder unter 6 Jahren an chronischer Unterernährung leiden.



4.1.75 (FR)
Der indische Eisenbahnminister L.N. Mishra wird bei einem Sprengstoffanschlag in dem nordindischen Bundesstaat Bihar getötet. In Bihar, einer der rückständigsten und ärmsten Regionen Indiens, läuft schon seit März 74 eine Massenbewegung unter der Führung des Gandhianers Jayaprakash Narayan, die auf einen Sturz der Landesregierung (Kongreßpartei und Kommunistische Partei) hinarbeitet. Dieser wird Korruption und "parteipolitische Selbstsucht" vorgeworfen (vgl. Chronik, Heft 40).

Mishra selbst wird beschuldigt, in einer Korruptionsaffaire um die Vergabe von Importlizenzen verwickelt zu sein. Als Eisenbahnminister trägt Mishra zudem die unmittelbare Verantwortung für die brutalen Methoden, mit denen die indische Regierung den Eisenbahnerstreik vom April 74 unterdrückte (vgl. Chronik, Heft 35 und 36/37).

8.1.75 (FR)
Die State Bank of India, mit einem Bilanzvolumen von ca. 12 Milliarden DM die größte Bank Indiens, eröffnet eine Niederlassung in Frankfurt. Die BRD ist in den letzten Jahren hinter Großbritannien zum größten Handelspartner Indiens aufgestiegen.

9.1.75 (NZZ)
Die Vereinigten Arabischen Emirate und Indien gründen eine gemeinsame Kommission zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Während die Emirate Erdöl zu, wie es heißt, "höchst günstigen Bedingungen" liefern wollen, will Indien diesen Ländern personelle und technologische Hilfe beim Aufbau von Industrien gewähren. Ein ähnlicher Vertrag war im November bereits zwischen Indien und dem Iran zustande gekommen (vgl. Chronik, Heft 39).

18./20.1.75 (FR)
Die Dockarbeiter in den indischen Häfen streiken für höhere Löhne. Mehr als 150 Frachtschiffe liegen fest und können nicht entladen werden. Die Regierung erklärt den Streik für illegal und beauftragt Armee-Einheiten mit der Löschung der Schiffsladungen.

Kambodscha

4.12.74 (SZ)
Im südasiatischen Raum ist mittlerweile die Regenzeit zu Ende gegangen. Entsprechend haben in Kambodscha die Kämpfe zwischen dem Roten Khmer und der Armee des Lon Nol-Regimes wieder an Schärfe zugenommen. Trecks entwurzelter Bauern, die einst vor den Bombenteppichen der US-Amerikaner in die von Lon Nol kontrollierten Städte geflüchtet waren, streben aufgrund einer sich hier zuspitzenden Massennot (Inflation, Arbeitslosigkeit, Hunger) zurück in die vom Roten Khmer befreiten Gebiete.

Phnom Penhs Bevölkerung (heute etwa 2 Mill.; das entspricht einem Viertel der Gesamtbevölkerung Kambodschas) hat sich nach dem vom amerikanischen CIA initiierten Putsch im März 1970 (Vertreibung Prinz Sihanouks) verdreifacht, Ergebnis der bis August 73 andauernden Flächenbombardements auf Gebiete, in denen Einheiten des Roten Khmers vermutet wurden.

17.12.74 (SZ)
Die Kambodschanische Exilregierung unter Prinz Sihanouk ist nicht bereit, die UNO im Konflikt mit dem Lon Nol-Regime in Phnom Penh vermitteln zu lassen. UNO-Generalsekretär Waldheim war von Lon Nol aufgefordert worden, sich um die Einleitung von Friedensgesprächen in Kambodscha zu bemühen. Wenn es der UNO, so heißt es diesbezüglich in einer Stellungnahme der Exilregierung, wirklich um Gerechtigkeit und Frieden in Kambodscha gehe, so müsse ihr Generalsekretär in Washington über eine Beendigung der "illegalen und verbrecherischen Einmischung der USA in die internen Angelegenheiten Kambodschas" verhandeln.

16.1.75 (KVZ)
US-Präsident Ford beantragt beim amerikanischen Kongreß zusätzliche Militärhilfe-Kredite für Kambodscha. Die für das Rechnungsjahr 1974/75 bewilligten Gelder in Höhe von 200 Mill. Dollar sind nach Angaben der US-Regierung bereits aufgezehrt. Die zur Zeit an das Lon Nol-Regime gehenden Zahlungen kämen inzwischen schon aus einem Notfond (75 Mill. Dollar) der Regierung.

Zuvor hatte das US-Repräsentantenhaus mit einer Mehrheit von 11 Stimmen eine Streichung der Militärhilfe für Kambodscha gefordert.



14.1.75 (NZZ)
Ab 1. Januar hat der Rote Khmer eine Offensive an allen Fronten rings um Phnom Penh eingeleitet. Dabei wurden wichtige, von den USA errichtete Stützpunkte erobert und eine Reihe von Vororten Phnom Penhs befreit; drei wichtige Fernstraßen wurden unterbrochen (1,1.75 FR). Die Hauptversorgungswege zur Hauptstadt, der Mekong-Fluß und der Flughafen Pochentong liegen jetzt im direkten Feuerbereich des Roten Khmer. Zwei Drittel des Flußlaufes werden von ihm kontrolliert.

14.1.75 (NZZ) / 15.1.75 (FR)
Die vom Roten Khmer eingeschlossene Hauptstadt soll durch eine US-Luftbrükke von Thailand aus mit Kriegsmaterial, Treibstoff und Lebensmitteln versorgt werden. US-Präsident Ford hat dieser Maßnahme bereits zugestimmt.

Pakistan

16.10.74/23.12.74 (NZZ/SZ)
In letzter Zeit häufen sich Drohungen des pakistanischen Premierministers Z.A. Bhutto, die Streitkräfte des Landes mit Atomwaffen auszurüsten, falls eine zuverlässige nationale Verteidigung mit modernen konventionellen Waffen nicht gewährleistet sei. Damit will Bhutto offensichtlich eine Aufhebung des 1965 verfügten amerikanischen Waffenembargos erzwingen.

9.10.74 - 10.1.75 (SZ/NZZ/Le Monde)
Mit massivem Einsatz von Heer (75 000 Soldaten) und Luftwaffe und mit raffinierten Verhandlungstaktiken (Amnestieangebote, Geldprämien etc.) gelang es der pakistanischen Zentralregierung im ausgelaufenen Jahr, den Aufstand der

um Autonomie kämpfenden Stämme in der Provinz Belutschistan niederzuwerfen. Der Krieg zwischen der Zentralregierung und den Stämmen war im Februar 1973 ausgebrochen, nachdem Bhutto die von der oppositionellen National Awami Party gestellte Provinzregierung Belutschistans aufgelöst und ihre Mitglieder verhaftet hatte. Bhutto warf der Regierung vor, die Zusammenarbeit mit der Zentralregierung zu verweigern und, unterstützt von Afghanistan, eine Bewaffnung der Stämme der Provinz zu betreiben. Die Angehörigen der ehemaligen Provinzregierung sind heute noch in Haft.

Die Hauptgründe für das massive militärische Vorgehen Bhuttos gegen die Belutschen sind zum einen in der erfolgreichen Bangla Desh-Sezession von 1971 zu suchen, d.h. in der Sorge davor, daß sich solches noch einmal in bezug auf Belutschistan wiederholen könnte, und zum anderen in dem Reichtum Belutschistans an Bodenschätzen wie Erdöl, Phosphate und Eisenerz. Amerikanische, iranische und auch deutsche Firmen hatten vor Ausbruch des Belutschenkrieges bereits damit begonnen, in Belutschistan zu investieren, und die pakistanische Regierung unterstützte sie dabei durch den Aufbau eines Verkehrs- und Energienetzes.

Während des Aufstandes konzentrierten sich die Belutschen in ihrer Kriegsführung auf gezielte Anschlage gegen Brücken, Straßen, Brunnen, Produktionsanlagen u.ä. und auf einen in den Bergen geführten Guerillakrieg.

Genauere Informationen über die Hintergründe und den Verlauf des Belutschenkrieges sind in Pakistan gegenwärtig nicht zu erhalten. Der eine Alleinherrschaft anstrebende Premierminister Bhutto regiert zur Zeit immer noch auf der Grundlage eines 1973 verhängten Ausnahmerechtes. Die politische Opposition und die Presse des Landes sind von daher seit längerem mundtot gemacht.

Philippinen

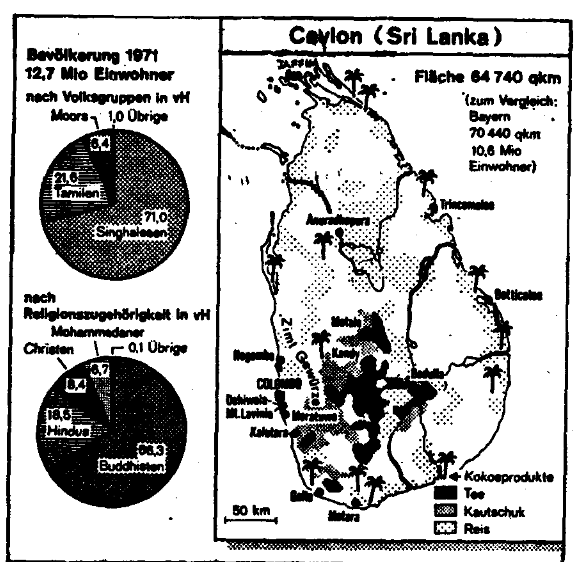
6.12.74 (SZ)
Mehr als 1000 Befreiungskämpfer und Sympathisanten der "Neuen Maoistischen Volksarmee" (nicht zu verwechseln mit der moslimischen Sezessionsbewegung im Süden der Philippinen) haben sich den Behörden gestellt. Es handelt sich um die zweite Massenkapitulation innerhalb eines Monats. Seit 1972 kam es nach offiziellen Angaben zu insgesamt 38 schweren Zusammenstößen zwischen Regierungssoldaten und maoistischen Verbänden.

Der Erzbischof von Manila, Saime Sin, hat vor Pressevertretern in Hongkong auf Fälle von Folterungen politischer Häftlinge auf den Philippinen hingewiesen. Sin forderte die Regierung auf, klar zu sagen, was den politisch Verfolgten strafrechtlich vorgeworfen werde und ihnen nach einer offiziellen Anklage ein korrektes Gerichtsverfahren zu gewähren.

12.12.74 (NZZ/SZ)
Der philippinische Präsident Marcos hat die Freilassung von 622 der insgesamt 1165 politischen Gefangenen des Landes (offizielle Zahlen) bekanntgegeben. Eine Amnestie für politische Gegner, die angeblich in eine Verschwörung gegen ihn verwickelt waren, lehnte er ab.

Sri Lanka

23.12.74 (NZZ/FR)
Nach einem 2 1/2jährigen Prozeß wird der Führer der Volksbefreiungsbewegung "Janatha Vimukhti Peramunna", Rohana Wijeweera, zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weitere 28 Mitglieder zu Gefängnisstrafen unterschiedlicher Länge. Im April 1971 haben Tausende von meist jungen Ceylonesen unter Führung Wijeweeras gegen die Regierung Bandaranaike rebelliert. Die Regierung schlug den Aufstand gewaltsam nieder. Um weiteren Unruhen vorzubeugen - sie können sich aufgrund der allgemeinen Korruption und der ständigen Nahrungsmittelknappheit in Ceylon jederzeit wiederholen - hat die Regierung jetzt auch eine Reihe von Notstandsgesetzen erlassen. Danach ist jegliche Kritik an der Verfassung unter Strafe gestellt. Mit den Gesetzen will die Regierung zudem gegen verschiedene Linksgruppen vorgehen, denen vorgeworfen wird, ihre Mitglieder paramilitärisch auszubilden.

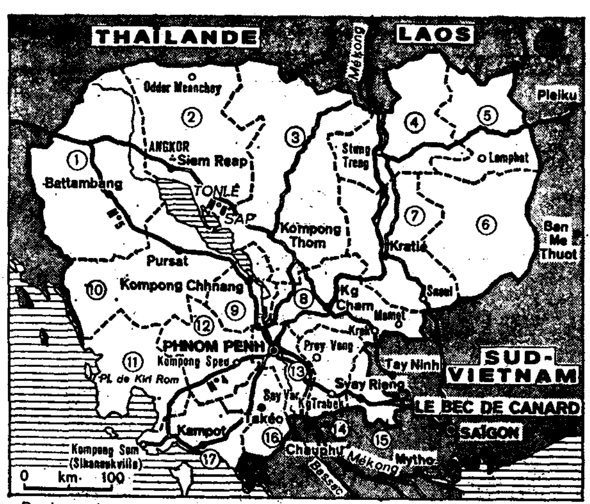


29.11.74 (NZZ) / 6.12.74 (SZ)
72 führende Oppositionelle Südkoreas gründen den "Nationalkongreß für die Wiederherstellung der Demokratie", eine Einheitsfront aller, wie es heißt, demokratischen Kräfte aus Politik, Kirchen, Hochschulen, Massenmedien und den Künsten. Der Kongreß wird u.a. auch von der offiziell zugelassenen Oppositionspartei im südkoreanischen Parlament, der Partei der "Neuen Demokraten", und von der "Vereinigten So-

zialistischen Partei" unterstützt. (Die Parlamentsabgeordneten der Partei der "Neuen Demokraten" - die Partei stellt 57 von 163 Abgeordnete - boykottieren bereits seit 4 Wochen die Arbeit des südkoreanischen Parlaments und versuchen gegenwärtig, durch einen Dauer-Sitzstreik die Verabschiedung von Parlamentsvorlagen, u.a. die Budget-Vorlage für 1975, zu blockieren.) In einer öffentlichen Deklaration des genannten Oppositionskongresses wird die sofortige Annullierung der vom Park-Regime im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahre verhängten Notstandsverordnungen (vgl. Chronik, Heft 36/37) und die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen gefordert. Der Kongreß versteht sich seiner Deklaration nach als Koreas "Dritte Kraft" und gibt sich in diesem Sinne auch betont antikommunistisch. Die Regierung Park scheint sich dem Kongreß gegenüber zunächst abwartend verhalten zu wollen.

10.12.74 (NZZ)
Die Regierung bestätigt 32 Todesurteile gegen Mitglieder eines angeblich nordkoreanischen Spionageringes.

27.12.74 (NNZ)
Park macht der Opposition im Lande erste Zugeständnisse: Zwei der schärfsten Notstandsdekrete wurden aufgehoben. Im Rahmen einer Weihnachtsamnestie sind am 24.12. zudem annähernd 3000 Häftlinge vorzeitig entlassen worden. Von der Amnestie sind allerdings etwa 200 Personen ausgenommen, die mit dem oben genannten oppositionellen Nationalkongreß in Verbindung gebracht werden.



Provinces de :
1 - Battambang 2 - Siem-Reap 3 - Kompong-Thom 4 - Stung Treng 5 - Ratanakiri 6 - Mondolkiri 7 - Kratié 8 - Kompong-Cham 9 - Kompong-Chhnang 10 - Puthiaat 11 - Kohkong 12 - Kompong-Speu 13 - Kandal 14 - Prey-Veng 15 - Svay-Rieng 16 - Takéo 17 - Kampot

Thailand

27.12.74 (FR)
Die thailändische Regierung hat für den 26. Januar 1975 Parlamentswahlen ausgeschrieben. 42 politische Parteien sind zugelassen. Innerhalb dieses Parteien-Spektrums dürfte die Sozialistische Partei Thailands unter den Kleinbauern und Arbeitern des Landes eine breite Wählerschicht finden. Die Sozialistische Partei wendet sich, ihrem Programm nach, insbesondere gegen die Korruption in Staat und Verwaltung (vgl. dazu Chronik, Heft 38) und gegen die Stationierung von US-Truppen in Thailand. Daneben fordert sie u.a. eine Bodenreform, die Verstaatlichung der thailändischen Schlüsselindustrie und die sofortige Anerkennung der VR China und Nordkoreas.

30.12.74 (NZZ/FR/SZ)
Unter massivem Druck von Politikern, Studenten und der Presse hat die thailändische Regierung den am 27. Dezember aus seinem Exil in den USA zurückgekehrten ehemaligen thailändischen Ministerpräsidenten Thanom Kittikachorn erneut ausgewiesen. Maßgeblich auf Betreiben des thailändischen Studentenverbandes hin war Kittikachorn vor 14 Monaten von König Bhumibol aus seinem Amt als Ministerpräsident entlassen und des Landes verwiesen worden. Kittikachorn hat sich u.a. massiver Korruption schuldig gemacht.

Vietnam

Bei anhaltendem wirtschaftlichen Niedergang und wachsendem politischen Widerstand in den städtischen Zentren (vgl. Chronik, Heft 39 und 40), sieht sich das Regime Thieu jetzt auch wieder in verstärktem Maße militärisch unter Druck gesetzt. Diesem Druck seitens der FLN (Vietcong) steht die Armee der Saigoner Regierung aufgrund der vom amerikanischen Kongreß erzwungenen 30-prozentigen Kürzung der US-Militärhilfe (vgl. Chronik, Heft 38) und infolge rapide gestiegener Kosten insbesondere für Munition (im ausgelaufenen Jahr um 20 %) und für Treibstoff (um mehr als 100 %) spürbar geschwächt gegenüber: So mußten mittlerweise beispielsweise die aufwendigen Flächenbombardements oder der Verbrauch an Artillerie-Munition drastisch reduziert werden (letztere soll zur Zeit auf ein Fünftel eingeschränkt sein). Die aus Sparsamkeitsgründen erzwungene Enttechnisierung der Armee schlägt sich zwangsläufig in empfindlich höheren Gefallenenziffern nieder. Diese wiederum forcieren die ohnehin schon seit längerer Zeit zu beobachtende Kriegsmüdigkeit in den unteren Rängen der Armee. Hier ist allerdings auch daran zu erinnern, daß dem Thieu-Regime für 1975 immerhin (trotz der genannten Kürzungen) wiederum 700 Mill. Dollar an Militärhilfe aus der USA zur Verfügung stehen und Ford sich derzeitig um eine Aufstockung dieses Betrages in Höhe von 300 Mill. Dollar bemüht).

Zur wirtschaftlichen Misere des Saigoner Gewaltregimes sei anzumerken, daß sich nach offiziellen Angaben die Inflationsrate bei 48 % und die Arbeitslosenrate bei 15 % eingependelt hat. Entsprechend der hohen Inflationsrate ist in den letzten 2 Jahren das reale

Pro-Kopf-Einkommen in den von Saigon kontrollierten Gebieten um weitere 20 % gesunken (offizielle Angabe; zudem eine Durchschnittszahl, die nur mittelbar etwas über die tatsächlichen Einkommens-Einbußen der unterschichtigen Bevölkerung aussagt!).

7.12.74 (SZ)
Im Rahmen eines von der Saigoner Regierung angekündigten Sparprogrammes plant die Regierung, die mittlerweile zu Hunderttausenden aus den Kampfgebieten - und hier insbesondere vor den Flächenbombardements der amerikanischen und Saigoner Luftwaffe - in die städtischen Zentren geflohenen Bauern zu zwingen, wieder in ihre entvölkerten Dörfer zurückzukehren. Die Flüchtlinge leben zu einem großen Teil in KZ-artigen Lagern, wo sie auf eine Ernährung durch die Regierung angewiesen sind.

7.12.74 (SZ/NZZ)
Die zur Zeit im Mekong-Delta stattfindende Reisernte hat dort zu einer Verschärfung der Kampftätigkeit geführt. Die Erfolge der FLN in diesem Gebiet - weite Teile davon gelten inzwischen als befreit - zeigen, daß auch hier die bäuerliche Bevölkerung sich zunehmend vom Thieu-Regime abwendet.

Die Sowjetunion hat der Provisorischen Revolutionsregierung in Südvietnam (PRR) umfangreiche Wirtschaftshilfe zugesagt. Gemäß einem jetzt geschlossenen Vertrag wird die Sowjetunion Maschinen, Dünger, Traktoren u.ä. in die befreiten Gebiete liefern.

13.12.74 (SZ)
Das Oberkommando der Saigoner Armee beziffert seine Verluste an Soldaten seit dem Abschluß des Pariser Abkommens mit 26 401 Gefallenen, 107 563 Verwundeten und 14 608 Vermißten.

17.12.74 (SZ)
Nach Darstellung der schwedischen Regierung sei es in erster Linie die Regierung in Saigon, die sich einer Aushöhlung des Pariser Abkommens schuldig gemacht habe. Thieu habe sich nicht an die Bestimmungen über die Waffenruhe gehalten, die Bildung eines Nationalen Versöhnungsrates abgelehnt und bislang immer noch keine freien Wahlen ausgeschrieben.

21.12.74 (SZ)
36 südvietnamesische Geistliche kündigen für Ende Januar die Konstituierung einer "Nationalversammlung zur Rettung des Pariser Vietnamabkommens" an. Die Geistlichen beschuldigen in diesem Zusammenhang die USA:

- weiterhin in großer Zahl Militärberater in Südvietnam stationiert zu haben (nach Angaben aus Nordvietnam etwa 25 000);
- die südvietnamesischen Streitkräfte massiv mit amerikanischem Kriegsmaterial zu versorgen;
- die amerikanischen Militärstützpunkte in Südvietnam nicht aufgelöst, sondern den Saigoner Streitkräften übergeben zu haben;
- zu annähernd 80 % die Ausgaben des Saigoner Staatshaushaltes zu tragen.

9.1.75 (NZZ)
Die Befreiungsstreitkräfte in Südvietnam können seit Mitte 1974 erhebliche Geländegewinne verzeichnen, dies insbesondere als Ergebnis der Anfang Dezember eingeleiteten militärischen Offensive. Eingenommen wurden in den Dezember- und ersten Januarwochen insgesamt 22 Distriktstädte, darunter 5 Distrikthauptstädte (das sind Duc Phong, Hung Long, Dong Luan, Tanh Linh und Phouc Binh).
Mit Phouc Binh fiel der FLN die Herrschaft über die gesamte Phouc-Long-Provinz zu. Damit hat sie ihren Einflußbereich im Nordosten von Saigon bis zur Grenze nach Kambodscha ausdehnen können. Sie verfügt hierdurch jetzt über gesicherte Nachschubwege ins Mekong-Delta (Spiegel 13.1.75).

10./11.1.75 (FR)
Im US-Kongreß formiert sich eine starke Opposition gegen das Vorhaben Präsident Fords, die US-Militärhilfe für Südvietnam um 300 Mio. Dollar aufzustocken. Der Demokrat Mansfield äußert hierbei die Ansicht, daß eine weitere Unterstützung Saigons nur zu "vermehrtem Töten und zu verstärkten Kämpfen" führen müsse. Es gilt z.Zt. als sicher, daß sich die Mehrheit der beiden Häuser ablehnend verhalten wird.

12./13.1.75 (NZZ) / 13.1.75 (FR)
Nach Angaben eines hohen Pentagon-Mitarbeiters haben amerikanische Aufklärungsflugzeuge der Saigoner Luftwaffe Lenkungshilfe bei der Bombardierung des Hauptquartiers der FLN in Loc Ninh gegeben. Saigon bestreitet diese Meldung zwar, räumt jedoch ein, daß amerikanische Flugzeuge regelmäßig Aufklärungsflüge über Nord- und Südvietnam vornähmen.

13.1.75 (FR)
"Westliche" Militärberaterexperten in Saigon vertreten die Ansicht, daß Thieu in der letzten Phase des Kampfes um Phouc Binh in einer für die Saigoner Armee schon äußerst schwierigen Lage wissentlich noch ein in seiner Stärke unzureichendes Truppenkontingent von 1000 Soldaten in die Stadt geworfen habe - dies offenbar in der Absicht, um aus dem Fall von Phouc Binh ein besonders blutiges Spektakel zu machen, mit dem weltweites Aufsehen zu erregen und der US-Kongreß zu einer Verstärkung seiner Militärhilfe für Saigon zu bewegen ist.

lot / jür

IDEOLOGIEKRITIK 14

Wem nützt nutzlose Produktion ?

Nutzlose Produktion - ein Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen?

1. Zusammenfassung

Es gibt nutzlose Produktion. Geplante Verschleißproduktion sowie die Herstellung einer Vielzahl von nur scheinbar unterschiedlichen Waren sind Beispiele dafür.

Derartige Produktionen sind für den Käufer der Ware nutzlos, sie können aber für den Verkäufer nützlich (d.h. gewinnbringend) sein. Die Verkäufer können also ein Interesse an nutzloser Produktion haben.

Nutzlose Produktion trägt zur Sicherung des Beschäftigungsgrades ebenso bei wie nützliche Produktion. Nutzlose Produktion und damit die Aufrechterhaltung eines bestimmten Beschäftigungsgrades aufgrund von nutzloser Produktion sind Erscheinungsformen privatwirtschaftlicher Produktion.

Unter sozialistischen Produktionsbedingungen ist nutzlose Produktion zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit nicht erforderlich.

2. Nutzlose Produktion

Pfeifenraucher können heutzutage zwischen 650 Tabaksorten wählen, Käseliebhaber zwischen 200 Käsesorten. Wem solche Wahl Qual bereitet, kann sich eines von 100 Mitteln gegen Kopfschmerzen aussuchen (von denen allerdings nur sehr wenige wirkliche medizinische Unterschiede aufweisen; die übrigen Unterschiede bestehen in Namen, Verpakkung und Preis).

Eine ähnliche Scheindifferenzierung gibt es bei Waschmaschinen, wovon in der BRD über zwei Dutzend Typen angeboten werden. Wirkliche Unterschiede bestehen nur zwischen 6 der angebotenen Maschinen.

40-50 % aller Investitionen bei Daimler Benz sind durch Typenwechsel bedingt (1). 1972 waren das ca. 400 Mio DM. Dieser Prozentsatz ist übrigens ziemlich repräsentativ für die Automobilbranche insgesamt. Der Mercedes, Modell 75, ist vielleicht ein bißchen länger und ein bißchen breiter als Modell 74, er hat vielleicht 10 PS mehr und fährt in der Spitze 193 km/Std. anstatt nur 189 km/Std. Insgesamt sind es 33 Veränderungen (oder 47 oder 58, das ist hier im Augenblick auch gleichgültig), es ist einfach besser, das Modell 75!

Als Porsche vor noch nicht allzu langer Zeit Pläne für ein Langzeitauto (also ein besonders haltbares Auto) vorlegte, stieß die Firma auf Empörung in der Branche. Die Produktionspläne sind mittlerweile wieder verschwunden. Was soll das auch, ein Auto, das man 20 Jahre fahren kann?

"Jedes Auto, das Brasilien auf die Straße schickt, versagt 50 Menschen ein gutes Autobusnetz. Jeder verkaufte Kühlschrank verringert die Aussicht, daß ein öffentlicher Kühlraum gebaut wird. Jeder Dollar, der in Lateinamerika für Ärzte und Krankenhäuser ausgegeben wird, kostet hundert Menschenleben. Hätte man jeden Dollar für die Bereitstellung unschädlichen Trinkwassers ausgegeben, so hätte man hundert Menschen das Leben retten können." (2)

Man weiß, daß es technisch möglich wäre, Glühbirnen zu produzieren, die praktisch unbegrenzt haltbar wären.
Man weiß, daß man mit sehr geringen Mehrkosten den Autos fabrikmäßig nichtrostende Auspuffanlagen einbauen könnte.
Man weiß, daß die Milliardenausgaben für Werbung die Aufgabe haben, den Verkauf von Waren zu ermöglichen, die (nach Art und/oder Menge) ohne Werbung nicht hätten produziert zu werden brauchen.

Kurz: man weiß, daß es nutzlose Produktion gibt. (3)

Auch wenn der Bereich der nutzlosen Produktion noch ungenügend erforscht ist (das gilt vor allem für die geplante Verschleißproduktion) und obwohl man sich im Einzelfall häufig nicht wird einigen können, ob einzelne Waren bzw. manche ihrer Bestandteile nützlich sind oder nicht. Letzteres liegt u.a. daran, daß die Beurteilung der Nützlichkeit einer Ware nicht unabhängig vom Ausmaß der Bedürfnismanipulation der Urteilenden sein wird. (4)
Mit anderen Worten: der leicht beeinflußbare Konsument wird viel eher die Nützlichkeit einer Ware (oder bestimmter Bestandteile einer Ware) behaupten als der kritisch-distanzierte Käufer.
Es wird vielleicht nicht möglich sein, eine Einigung über die Frage herbeizuführen, ob anstelle von 200 Käsesorten nicht auch 20 ausreichten oder ob man doch 40 Sorten zur Befriedigung der unterschiedlichen Käsebedürfnisse zur Auswahl haben sollte. Wenn die Käseliebhaber (also die Käufer, nach deren

Bedürfnissen sich die Produktion richten sollte) sich mit 40 Sorten zufrieden geben, dann ist offenbar, in der tatsächlichen Produktion von 200 Sorten eine nutzlose Produktion von 160 Käsesorten enthalten. Der Arbeitsaufwand zur Produktion dieser 160 Sorten wäre überflüssig. (5)

Wenn man sich auch über die Anzahl der notwendigen Käsesorten vielleicht nur schwer wird einigen können: daß eine geplante Verschleißproduktion eine nutzlose Produktion ist, darüber wird es auf der Seite der Käufer keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Demgegenüber existiert aber auf der Seite der Verkäufer eine ganz andere Vorstellung davon, was eine nutzlose Produktion ist und was nicht.

Die Produktion der 199. Käsesorte ist für die Verkäufer dann nützlich, wenn ihr Verkauf einen "befriedigenden" Gewinn erbringt. Die alljährlichen "Neuerungen" an den Autos sind für die Verkäufer dann nützlich, wenn sie "fortschritts- und modebewußte Käufer" finden, also solche, die immer das neueste Modell fahren "müssen".

Die Produktion von Glühbirnen, die von Zeit zu Zeit kaputt gehen, ist für den Verkäufer nützlich. Die Produktion von dauerhaft haltbaren Glühbirnen wäre für den Verkäufer nicht nützlich. Denn wenn die Leute mit dauerhaften Glühbirnen versorgt wären, müßte die Produktion eingestellt werden; die Gewinnquelle wäre versiegt.

Was das Ganze zum Ausdruck bringen soll: den Verkäufer einer Ware (den Kapitalisten) interessiert allein der gewinnbringende Verkauf (also die Realisierung der Ware als Tauschwert), wohingegen die Nützlichkeit der Ware für den Käufer (also der Gebrauchswert der Ware) für ihn (den Verkäufer) durchaus nebensächlich ist. Mit anderen Worten: das Prinzip der privatwirtschaftlichen Produktion, also das Prinzip der Gewinnerzielung, "ist seinem Inhalt nach gleichgültig gegenüber der Natur der Erzeugnisse, deren Produktion und Verkauf die Verwertung des Kapitals vermitteln." (W. Hofmann)

Das heißt nun keineswegs, daß die privatwirtschaftliche Produktionsweise keine nützlichen Dinge hervorbringen würde. Würde sie sich aber auf die Produktion nützlicher Dinge beschränken, so würde sie sich vermutlich bald ihr eigenes Grab schaufeln. Würde z.B. die Werbung gestoppt (und damit der Grad der Selbstbestimmung der Käufer erhöht), so würden sich zweifellos tiefgreifende Verkaufsrückgänge und damit dann auch große Produktionsrückgänge einstellen. Massenarbeitslosigkeit, kurz: eine Wirtschaftskrise wäre die Folge.

Nutzlose Produktion gewinnt dort an Bedeutung, wo Personengruppen ein deutlich höheres Einkommen beziehen, als zum Kauf ihrer individuell benötigten nützlichen Waren (6) notwendig ist, wo also der Verkauf nützlicher Waren nicht ausreicht, die in einem Land vorhandenen Geldeinkommen in kaufkräftige Nachfrage zu verwandeln. So wird in der Regel mit steigendem Geldeinkommen eines Landes auch die nutzlose Produktion ansteigen.

Ein Beispiel: die jährlichen Ausgaben für die Pudelpflege in den USA sind höher als die Volkseinkommen mancher afrikanischer Entwicklungsländer. Die Produktion der "Ware Pudelpflege" (sicherlich ein Bestandteil der nutzlosen Produktion) ist nun wohl unter anderem ein Ausdruck dafür, daß die Pudelbesitzer in den USA ihre Grundbedürfnisse (Wohnung, Nahrung, Kleidung etc.) befriedigen können und darüber hinaus noch Geld zur Verfügung haben. Dieses "überschüssige" Geld abzuschöpfen, d.h. in kaufkräftige Nachfrage zu verwandeln, ist die vornehme Aufgabe privater Unternehmer (und eine kapitalistische Notwendigkeit zur Verhinderung einer Krise). Wie diese Abschöpfung geschieht (mit welcher Art Waren), das ist aus der Sicht der Verkäufer dieser Waren gleichgültig.

In den meisten Entwicklungsländern gibt es auch nutzlose Produktion. Die zumeist extrem ungleiche Einkommensverteilung hat zur Folge, daß die wenigen Reichen bei den Verkäufern von Sportwagen, Luxusvillen, Farbfernsehgeräten usw. zur Kasse gebeten werden, während die Masse der Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebt. Zwar haben diese Massen sehr intensive Bedürfnisse nach nützlichen Gütern, da sie aber aufgrund ihrer Armut nicht in der Lage sind, eine kaufkräftige (d.h. dem Verkäufer einen Gewinn erbringende) Nachfrage zu entfalten, wird für sie eben nichts und für die Reichen stattdessen nutzloses Zeug produziert.

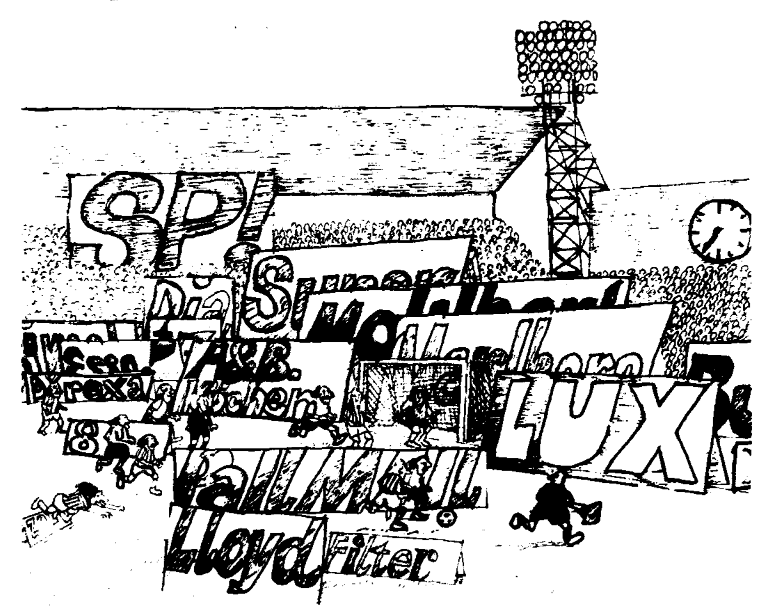
3. Nutzlose Produktion und Beschäftigungsgrad

In bezug auf die Beschäftigung von Arbeitskräften besteht zwischen der Produktion nützlicher und der Produktion nutzloser Waren kein Unterschied: die Herstellung von Fahrrädern erfordert ebenso einen Arbeitseinsatz wie die Planung von verkaufsfördernden "Neuerungen" an Mercedes-Wagen des Baujahres 1975. Der Beschäftigungsgrad im Kapitalismus ist abhängig von den Gewinnerwartungen der Unternehmer.

"Unterbeschäftigung ist vorhanden, weil die Unternehmer ihre Profite eingebüßt haben", wie es einmal Keynes, der "Vater" der modernen westlichen Wirtschaftswissenschaft, ausdrückte. Ob die Gewinne durch Produktion und Verkauf nützlicher oder nutzloser Waren wieder gesteigert werden (und sich so der Beschäftigungsgrad wieder erhöht), ist im Prinzip gleichgültig

(wenn auch Keynes in gewissen Situationen gerade die nutzlose Produktion für wirksamer hielt bei der Überwindung von Arbeitslosigkeit als die nützliche Produktion (7)). Insoweit ist auch der Umkehrschluß richtig: ein Stopp bei der Produktion nutzloser Waren hat ebensolche Rückgänge der Beschäftigung zur Folge wie ein Stopp bei der Produktion nützlicher Waren.

Dieser Zusammenhang taucht nun aber nicht selten als "Argument" in etwa der folgenden Form auf: zwar sei nicht alles nützlich, was bei uns (z.B. in der BRD) produziert wird. Würde man aber die Produktion von nutzlosen Waren (bzw. von nutzlosen Bestandteilen von Waren) einstellen, so würden Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Und zwar zumindest jene Menschen, deren Arbeit darin besteht, nutzlose Waren zu produzieren (8). So weit ist dieser Gedankengang wohl kaum zu widerlegen.



Man geht dann aber häufig noch weiter und behauptet, nutzlose Produktion sei notwendig zur Sicherung des Beschäftigungsgrades, und zwar unabhängig von der Art und Weise, wie die Produktion in einem Land gestaltet sei. Mit anderen Worten: die Notwendigkeit, den Beschäftigungsgrad auch durch nutzlose Produktion zu sichern, sei kein spezifisch privatwirtschaftliches, sondern ein allgemeingültiges Problem: jede Wirtschaftsordnung sei gleichermaßen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit auch auf nutzlose Produktion angewiesen.

Diese Behauptung soll im folgenden am Beispiel des technischen Fortschritts in der Glühbirnenproduktion näher überprüft werden (9). (In ähnlicher Weise könnten Beispiele aus allen Bereichen der nutzlosen Produktion herangezogen werden.)

Um den Zusammenhang besser deutlich machen zu können, seien für die Ausgangssituation (= Phase I) folgende Modellannahmen getroffen:

- Die Arbeitsbevölkerung in einem Land besteht aus 1 Mio Personen.
- 10 000 Personen (= 1 % der Arbeitsbevölkerung) sind mit der Herstellung von nicht-haltbaren Glühbirnen beschäftigt.
- Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 8 Stunden.
- 990 000 Personen (alle Beschäftigten mit Ausnahme der Glühbirnenproduzenten) geben pro Monat insgesamt 10 Mio DM zum Kauf von Glühbirnen aus.
- Diese 10 Mio DM fließen den Glühbirnenproduzenten als Einkommen zu (jeder soll 1000 DM erhalten, angenommen ist also eine Gleichverteilung der Einkommen).

So weit die Definition der Ausgangssituation, die in diesem Beispiel gleichermaßen für ein Land mit kapitalistischer und eines mit sozialistischer Produktionsweise Gültigkeit haben soll.

Die Phase II wird nun ausgelöst durch die Erfindung von unbegrenzt haltbaren Glühbirnen.

Die Frage stellt sich nun, wie sich diese Erfindung als ein Ausdruck des technischen Fortschritts zum einen unter kapitalistischen und zum anderen unter sozialistischen Verhältnissen der Produktion auswirkt.

Unter kapitalistischen Bedingungen

ist es zunächst einmal ganz offen, ob die Erfindung der unbegrenzt haltbaren Glühbirnen eine industrielle Nutzbarmachung zur Folge hat, d.h. ob die haltbaren Glühbirnen überhaupt produziert werden oder nicht.

Wenn sie aber produziert werden, ist der Zeitpunkt dafür offen. Denn die privaten Unternehmer in der Glühbirnenproduktion wissen, daß die Produktion von Glühbirnen dann überflüssig wird, wenn die Bevölkerung erst einmal mit dauerhaft haltbaren Glühbirnen versorgt ist. D.h.: die industrielle Nutzbarmachung der Erfindung von unbegrenzt haltbaren Glühbirnen würde bald zur Einstellung der Glühbirnenproduktion führen. Die Unternehmer, die bisher durch die Produktion und den Verkauf von Glühbirnen einen Gewinn erzielten, dürften kein besonderes Interesse daran haben, ihre Gewinnquelle selbst zum Versiegen zu bringen. Zumindest werden sie wohl versuchen, die Einführung der Produktion der dauerhaft haltbaren Glühbirnen hinauszuzögern. (Das Verhindern oder Hinauszögern der Produktion haltbarer Glühbirnen stellt dann eine geplante Verschleißproduktion dar, also gewissermaßen eine Ausbeutung der Käufer von Glühbirnen.)

Es soll nun angenommen werden, daß es schließlich doch zur Produktion von dauerhaft haltbaren Glühbirnen kommt (10).

Nachdem die Bevölkerung dann mit den neuen Glühbirnen eingedeckt ist, wird die weitere Produktion von Glühbirnen unnötig (11). Das heißt: die bisherigen Glühbirnenproduzenten brauchen nicht länger Glühbirnen zu produzieren. Die Frage ist: was geschieht mit ihnen?

Zunächst werden sie sicherlich entlassen und damit arbeitslos. Was weiter aus ihnen wird, hängt nicht unwesentlich von der konjunkturellen Lage des Landes ab. Wenn diese Lage günstig ist, dann werden die entlassenen Glühbirnenproduzenten (oder wird zumindest ein Teil von ihnen) anderswo eine Beschäftigung finden. Wenn die konjunkturelle Lage schlecht ist, werden vermutlich nur wenige in kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz finden.
In jedem Fall werden die ehemaligen Glühbirnenproduzenten zunächst eine Bedrohung ihrer Existenz erfahren. Sie sind vom technischen Fortschritt (der Produktion haltbarer Glühbirnen) persönlich geschädigt (12).

Unter sozialistischen Bedingungen

gibt es kein Interesse, die Einführung des technischen Fortschritts zu verhindern oder hinauszuzögern. Die Erfindung der dauerhaft haltbaren Glühbirnen wird also in Phase II nicht auf Eis gelegt, sondern möglichst schnell industriell nutzbar gemacht. Das heißt aber auch: es wird keine Glühbirnenproduzenten mehr geben, sobald die Bevölkerung mit den neuen Glühbirnen versorgt ist.

Die bisherigen Glühbirnenproduzenten werden an anderer Stelle wieder in den Produktionsprozeß integriert. Bis zu diesem Zeitpunkt erhalten sie ihren Lohn weiter. Dafür garantiert die Gesellschaft, die eine Existenzbedrohung ihrer Mitglieder infolge von Arbeitslosigkeit (wie unter kapitalistischen Bedingungen) nicht zuläßt (13).

Durch die (befristete) Weiterzahlung des Lohnes an die früheren Glühbirnenproduzenten ergibt sich für die Gesellschaft - im Vergleich zu Phase I, als die neuen Glühbirnen noch nicht erfunden waren - keinerlei zusätzliche Belastung. Das läßt sich leicht anhand der Zahlenangaben des Modellbeispieles verdeutlichen: die bisherigen Käufer von Glühbirnen (14) leisten an die bisherigen Produzenten von Glühbirnen monatliche Zahlungen in Höhe von DM 10 Mio, also in Höhe ihrer früheren monatlichen Ausgaben beim Kauf von Glühbirnen. Durch diese Regelung werden sich die ehemaligen Käufer von Glühbirnen in dieser Übergangszeit einkommensmäßig nicht besser, aber auch nicht schlechter stellen als vor der Erfindung der haltbaren Glühbirnen. Die Zahlungen der früheren Glühbirnenkäufer an die früheren Produzenten nehmen dann in dem Maße ab, wie die früheren Glühbirnenproduzenten neue Arbeitsbereiche finden. Wenn alle eine neue Beschäftigung (und damit eine neue Einkommensquelle) gefunden haben, werden die Zahlungen der ehemaligen Glühbirnenkäufer eingestellt. Auf sie (und damit auf die Gesellschaft, denn Glühbirnen verwenden alle) ist somit der Nutzen der Erfindung übergegangen. Sie haben einen realen Einkommenszuwachs, denn sie brauchen für Glühbirnen nichts mehr auszugeben.

Aber damit nicht genug: wenn man einmal (zur Verdeutlichung) annimmt, daß die früheren Glühbirnenproduzenten sich nach der Übergangszeit gleichmäßig auf die übrigen Produktionsbereiche (Nahrungsmittelindustrie, Wohnungsbau etc.) verteilen, so ergeben sich zwei Möglichkeiten:

- entweder kann die Produktion in den übrigen Bereichen gesteigert werden, weil dort jetzt mehr Arbeitskräfte beschäftigt sind, oder
- es kann in diesen Bereichen dieselbe Produktionsmenge in kürzerer Arbeitszeit hergestellt werden.

Da in diesem Modellbeispiel die früheren Glühbirnenproduzenten gerade 1 % der Arbeitsbevölkerung ausmachen, könnte also entweder die Produktion in den übrigen Bereichen um 1 % gesteigert oder die Arbeitszeit (bei gleicher Produktionsmenge wie vorher) um 1 % verringert werden (15).

Werbekunst oder: der Text unserer Anzeigen

Wenn Sie im Kranz Ihrer Geschäftsfreunde und schöner Frauen bei wohlgepflegtem, schäumendem Sekt sitzen, während Ihr behaglicher, vornehmer und taktvoller Haushalt Sie umgibt, dann vergessen Sie nicht, unseren Luxusapparat "Kokmés" bei der Hand zu haben. Die faszinierende Wirkung Ihrer festlichen Geselligkeit wird dadurch noch erhöht; keine elegante und gepflegte Frau von Welt ist ohne denselben denkbar. "Kokmés" ist ohne jede schädliche Nebenwirkung, weil es überhaupt keine hat. Wir fabrizieren es nur, um die hohen Anzeigenpreise wieder hereinzubringen, und wir inserieren, um fabrizieren zu können. Und so symbolisieren wir, was uns am meisten am Herzen liegt: die deutsche Wirtschaft-!

Kurt Tucholsky 1927

Welche der beiden Möglichkeiten im Einzelfall zu wählen ist, dürfte abhängig sein vom Entwicklungsstand des betreffenden Landes. In einem sozialistischen Entwicklungsland z.B. müßte wohl die Produktionssteigerung der Arbeitszeitverkürzung vorgezogen werden, während in einem sozialistischen Industrieland eher die Arbeitszeitverkürzung der Produktionssteigerung vorzuziehen wäre.

In einer sozialistischen Wirtschaft hat die Forschungstätigkeit das Ziel, zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität (d.h. zu steigenden Produktionsmengen bei gleichbleibendem oder zu gleichen Produktionsmengen bei verringertem Arbeitseinsatz) und/oder zu Qualitätsverbesserungen beizutragen.

Unter kapitalistischen Bedingungen hat die technische Forschungstätigkeit dem Gewinnziel zu dienen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist dann ein mögliches Nebenprodukt der technischen Veränderungen, nicht aber das Ziel dieser Veränderungen.

Daß diese beiden Dinge nicht identisch sind, zeigt die Existenz von nutzloser Produktion und ganz besonders die Existenz von geplanter Verschleißproduktion.

»... der dunkelblaue Pkw, mit weißem Dach, Chromzierleisten, Halogenscheinwerfern und Nebelschlußleuchte, Sportfelgen, Schmutzfängern und Luxus-Auspuff-Blenden im Rallye-Stil, Steinschlagschutz, Kompressor-Dreiklangfanfare, Antenne und Dachgepäckhalter, stand am Rande der Böschung, während die vier Passagiere im Innern des Wagens eine Brotzeit hielten... Würstchen, Roastbeef, Bier, Milch, Cola, Schokolade, Kekse, Kaugummi, Zigaretten, Eiscreme, Pommes frites, gebratene Hähnchen, Erdnüsse, Kuchen, Sodawasser, Eier, Salz, Senf und Brot mit Butter... Sie aßen ausgiebig und mit Behagen inmitten von... Radio, Ablagebrett, Ventilator, Trachtenpuppe, Amulettplakette, Blumenvase, Staubtuch, Papierservietten, Schneebesen, Kompaß, Stickkissen und Kartentasche ...«

Nutzlose Produktion ist eine spezifische Erscheinungsform kapitalistischer Produktion. Dort ist nutzlose Produktion "nützlich" für jene, die aus ihr einen privaten Gewinn ziehen.

In einer Wirtschaftsordnung, in der die Möglichkeit privater Gewinnerzielung nicht besteht, existiert auch kein Interesse an nutzloser Produktion.

Bei privatwirtschaftlicher Produktion trägt die nutzlose Produktion zur Aufrechterhaltung des Beschäftigungsgrades bei und erfüllt insoweit eine wichtige Stabilisierungsaufgabe des Systems.

In einer sozialistischen Wirtschaft gibt es keinerlei Veranlassung zu nutzloser Produktion. Es existieren genügend nützliche Tätigkeiten (und damit Beschäftigungsmöglichkeiten). Und wenn die Bevölkerung ausreichend mit nützlichen Waren versorgt ist und trotzdem noch Arbeitskräfte verfügbar sind, dann können diese Arbeitskräfte in den bestehenden Produktionsbereichen zusätzlich tätig werden. Auf diese Weise läßt sich Stück für Stück die Arbeitszeit in einem Land verringern. Und das ist ja wohl letztlich auch das Ziel aller technischen Entwicklung.

fh

Anmerkungen

1) Das erklärte der Vorstandsvorsitzende, Zahn, in der Hauptversammlung über das Geschäftsjahr 1970. Vgl. Blick durch die Wirtschaft vom 9.11.71

2) I. Illich, Geplante Armut als Frucht technischer Hilfe, S. 134, in: ders., Almosen und Folter, München 1970

3) Die bürgerliche Ökonomie kennt keine nutzlose Produktion. Der Kaufakt als solcher ist für sie hinreichender "Beweis" für die Nützlichkeit der gekauften Ware.
In der Regel besteht die nutzlose Produktion in einzelnen Bestandteilen von Waren, nicht in den Waren insgesamt (also z.B. in den laufenden, großenteils unsinnigen "Neuerungen" am Auto, nicht im Auto, insoweit es "im Kern" ein Fortbewegungsmittel darstellt.

4) Zur Literatur über die Bedürfnismanipulation vgl. z.B.: R. Zoll (Hrsg.), Kritik, Bd. 4: Manipulation der Meinungsbildung, Köln und Opladen 1971; V. Packard, Die geheimen Verführer, Düsseldorf und Berlin 1968; W.F. Haug, Kritik der Warenästhetik, 4. Aufl., Frankfurt 1973, bes. Teil 1 und 3

5) Genau genommen wäre nur ein Teil des Arbeitsaufwands zur Produktion der 160 Sorgen überflüssig; nämlich jener Arbeitsaufwand, der die Unterschiede zwischen den 40 Sorten und den 160 Sorten bewirkt. Würden die 160 Käsesorten nicht mehr angeboten, so müßten wahrscheinlich wesentlich größere Mengen von den übriggebliebenen 40 Käsesorten produziert werden. (Die 40 Sorten dürften dann verstärkt nachgefragt werden.) Ein Teil des früheren Arbeitsaufwands zur Produktion der 160 Sorten geht also jetzt in die verstärkte Produktion der 40 Sorten.

6) Nützliche Waren (nützliche Produktion) wären hier zu verstehen als Mittel zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse (Wohnung, Nahrung, Kleidung, Heizung, Fortbewegung etc.) Diese nützlichen Mittel zur Bedürfnisbefriedigung müßten ohne nutzlosen Bestandteil sein.

7) Vgl. dazu die Auseinandersetzung mit Keynes bei W. Hofmann, Theorie der Wirtschaftsentwicklung, 2. Aufl., Berlin 1971, bes. S. 207-216

8) Sobald diese Leute aber arbeitslos werden, so entfällt auch (zumindest teilweise) ihr Einkommen als Nachfrage auf dem Markt. Dadurch können sich weitere negative Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad ergeben (negative Multiplikatoreffekte).

9) Dieses Modellbeispiel weist - wie jedes Modell - vereinfachte Annahmen auf. So soll der grundlegende Mechanismus ohne Nebensächliches deutlich gemacht werden. Aus diesem Grund wurde auch ein etwas ungewöhnliches (wenn auch keineswegs unmögliches) Beispiel gewählt, in dem aufgrund einer Erfin-

CIA

Die Rolle des CIA in der amerikanischen Aussenpolitik

Die CIA (Central Intelligence Agency) ist - wie schon nach der U2 Affaire (1) und der mißglückten Invasion in der Schweinebucht (2) - ins Gerede gekommen. Präsident Ford und Außenminister Kissinger mußten nach gescheiterten Vernebelungsversuchen zugeben, daß die Agentur am Sturz von Präsident Allende maßgeblich beteiligt war. Außerdem hat der Geheimdienst auch Inlandsaufklärung betrieben, was ihm vom Gesetz her verboten war.

Seither wird allerorten die Kontrolle des Geheimdienstes gefordert, seine Unternehmungen werden beschimpft als "billige Täuschungsmanöver und halsbrecherische Abenteuer, die hauptsächlich die kranken Hirne und die schmutzigen Eigeninteressen der Geheimdienstler befriedigen, sie Pläne für machthungrige Führer erfinden lassen, die diese ruhelos verfolgen, um ihrer selbstsüchtigen politischen Zwecke willen" (3). In der bürgerlichen Presse wird der Eindruck erweckt, daß die CIA ein außer Kontrolle geratenes Instrument der amerikanischen Regierung ist, das es gilt, wieder zu einer sinnvollen Anwendung zu bringen.

Genau diese These soll jedoch verschleiern, was die CIA in Wirklichkeit ist: Eine Organisation, die von der amerikanischen Regierung bewußt und planvoll eingesetzt wird, um die Interessen der USA in anderen Ländern mit illegalen, betrügerischen und gewaltsamen Mitteln zu sichern.

Die Rolle der CIA innerhalb der Geheimdienste der USA

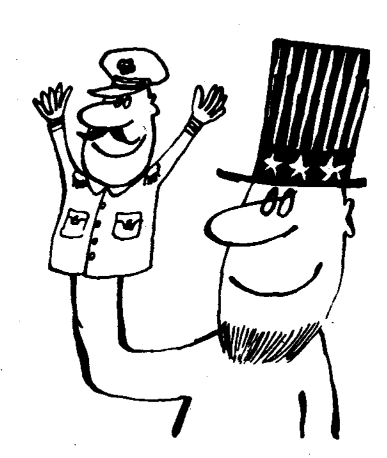
"Ganz offensichtlich ist die CIA nicht die Nabe - noch ist ihr Direktor das Haupt der US-Nachrichtengemeinde. Die manchmal glanzvolle unverbesserliche Agentur ist lediglich ein Zweig einer viel größeren zwischenministeriellen Föderation, die vom Pentagon dominiert wird... Die primäre Aufgabe der CIA ist es nicht, die Beziehungen des US-Nachrichtenwesens zu koordinieren oder auch nur fertige nationale Nachrichten für die Politiker zu liefern. Ihre Aufgabe ist es - zum Guten oder zum Bösen - die verdeckte Politik der Regierung zu führen." (4)

Diese Aussage des ehemaligen CIA-Mannes Marchetti dürfte in gewisser Weise zutreffen, da dieser sich durch seine hohen Stellungen innerhalb der Agentur einen sicher sehr weitgehenden Überblick über das US-Nachrichtenwesen verschaffen konnte. Die CIA ist nach Budget und Personal ein relativ kleiner Geheimdienst. Während die Armeegeheimdienste zusammen 55 000 Angestellte und ein Budget von 1,5 Mrd. US-Dollar haben oder die Nationale Sicherheitsbehörde 24 000 Angestellte und 1,2 Mrd. US-Dollar, muß sich die Agentur mit vergleichsweise bescheidenen 16 500 Angestellten und 750 Mill. US-Dollar begnügen. Insgesamt erhält sie nur etwa 10 % der Summe, die von den USA für ihre Geheimdienste (zehn an der Zahl) ausgegeben wird. Mit diesen Mitteln werden nach Angabe von R.M. Bisell, einem ehemaligen Abteilungsdirektor der CIA, hauptsächlich verdeckte Operationen finanziert. Darunter versteht er:

"1. Nachrichtenbeschaffung, vorwiegend Spionage oder die Erlangung von Informationen durch geheime Mittel;

2. verdeckte Aktionen mit dem Versuch, die internen Angelegenheiten anderer Länder - manchmal "Intervention" genannt - mit geheimen Methoden zu beeinflußen." (5)

Nach genau diesen Erfordernissen ist auch die Agentur in sich strukturiert (6).



PRESIDENCIA

Größe und Kosten der CIA
(angenäherte Werte)

	Personal	Dollar Mill.
Büro des Direktors	400	10
Heimliche Dienste (Direktorium der Operationen)	6000	443
Spionage, Gegenspionage	(4200)	(180)
Verdeckte Aktionen	(1800)	(260)

Direktorium für Management und Dienstleistungen	5300	110
Kommunikationen	(2000)	(70)
Andere Unterstützung	(3300)	(40)
Direktorium für Nachrichten	3500	70
Analyse	(1200)	(50)
Informationsaufbereitung	(2300)	(20)
Direktorium für Wissenschaft und Technik	1300	120
Technische Sammlung	(1000)	(50)
Forschung und Entwicklung	(300)	(70)
	16500+	750++

\+ Fast 5000 Angehörige der CIA dienen in Übersee, die Mehrzahl (60-70 %) sind Angehörige der Heimlichen Dienste. Von dem Rest sind die meisten Kommunikationsoffiziere und anderes Hilfspersonal.

++ Nicht eingeschlossen der Kontingent-Fonds des Direktors.

Die Abteilung "Heimliche Dienste" erhält bei weitem das meiste Personal und Geld. Die anderen Abteilungen leisten zum Teil nur Hilfsdienste. Die Dominanz der "Dienste" zeigt sich auch bei der Besetzung der Führungspositionen der Agentur. Der jetzige Chef der CIA, Colby, war, genauso wie sein Vorvorgänger Helms, vorher Direktor der "Heimlichen Dienste" (7).



INTELLIGENZ

INTELIGENCIA

Aktivitäten der "Heimlichen Dienste"

Spionage, Gegenspionage

Auf diesem Sektor hat die CIA bis jetzt sehr unterschiedliche "Erfolge" zu verzeichnen. Während sie es bisher fast nie fertigbrachte, Agenten in die Sowjetunion oder in die VR China einzuschleusen, war sie dafür um so erfolgreicher bei der Rekrutierung von Mitarbeitern in "verbündeten Ländern" und in den Ländern der Dritten Welt.

Subversive Maßnahmen und Propaganda

Mit der Anwerbung von Agenten gerade in Entwicklungsländern ist meist etwas ganz anderes beabsichtigt, als sie für die USA zu spionieren lassen. Sie sollen als Instrumente der CIA verwendet werden, unauffällig in die Politik dieser Länder einzugreifen. So versucht die Agentur, Studenten aus Entwicklungsländern, die sich in den USA aufhalten, anzuwerben. Wenn diese dann in ihre Heimatländer zurückkehren, steigen sie meist in hohe Positionen auf und können unter Umständen der CIA wertvolle Dienste leisten. Vielleicht werden sie jahrelang überhaupt nicht benötigt, aber dann kann ihnen wie im Falle Chiles wichtige Bedeutung zukommen. Sie können Artikel, die vom CIA stammen, in die Zeitungen lancieren, ohne daß die Herkunft dieser Artikel jemals bekannt wird, sie können, wenn sie im Regierungsapparat oder in den Gewerkschaften sitzen, die Politik der Regierung behindern. Auch bei der Anwerbung von ausländischen Offizieren war die Agentur sehr aktiv. So stand z.B. Georgios Papadopoulos, Anführer des Putsches in Griechenland und Diktator, schon 1952 auf den Gehaltslisten der CIA (5).

Wenn die angeworbenen Agenten ihre Aufgaben nicht befriedigend erfüllen oder wenn ihre Zahl zu gering ist, so besticht die Agentur Politiker, Beamte, Journalisten und Wirtschaftsmanager des betreffenden Landes.

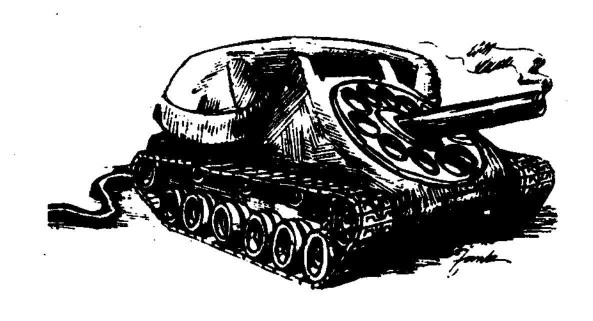
Diese Methoden reichten schon oft aus, die amerikanischen Interessen abzusichern. Manchmal genügen diese Aktivitäten nicht, wie im Falle Chiles. Dann beginnt die CIA, gezielt auf den Sturz der Regierung hinzuarbeiten. Sie versucht, möglichst viele Bevölkerungsgruppen gegen die Regierung zu mobilisieren. Man unterstützt die Oppositionsparteien und finanziert ihre Pressekampagnen, man leistet Militärhilfe, um die Offiziere für die Politik der USA zu gewinnen, man finanziert über den amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL/CIO, der in einigen Spitzenpositionen CIA-Agenten beschäftigt, Streiks gegen die Regierung.

Daß diese Praktiken auch nach dem Putsch in Chile angewendet werden, zeigte sich im Sommer 1974, als in Italien die AFL/CIO versuchte, die italienischen Gewerkschaftsverbände CISL und UIL zu spalten und eine antikommunistische Gewerkschaftszentrale zu organisieren (8).

Um die Öffentlichkeit in den USA und in den westlichen Industrieländern über die Zustände in bestimmten Ländern zu täuschen und damit die Rechtfertigung für eine Intervention zu erhalten, spielt man amerikanischen Journalisten Material zu, um sie zu Leitartikeln im Sinne der CIA zu veranlassen. So geschehen 1972, als ein Bericht von ITT-Repräsentanten aus Santiago mit dem Vermerk "Vertraulich" von Geheimdienstlern an einen amerikanischen Journalisten

weitergeleitet wurde, der in seinem Artikel auch prompt die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme nahen sah. Nebenbei bemerkt, waren die ITT-Leute in Chile ehemalige CIA-Agenten.

Wo man ein Land nicht infiltrieren kann, wie zum Beispiel in der VR China, versucht die Agentur durch Abwurf von Propagandamaterial aus Ballons die Bevölkerung zu indoktrinieren. Diese Aktivitäten hatten zwar keinen durchschlagenden Erfolg, aber sie reichten aus, um Bevölkerung und Führung der Volksrepublik zu verunsichern, da das Material absolut echt aussah und eine Opposition innerhalb des Landes vortäuschte, die gar nicht bestand.



Sonderoperationen

Unter Sonderoperationen versteht die CIA militärische Aktionen, die gegen ein Land oder bestimmte Gruppen eines Landes gerichtet sind, ohne daß jedoch die amerikanische Regierung oder die Armee offen beteiligt ist. Solche Operationen wurden - ohne nennenswerte Erfolge - zuerst gegen Nordkorea und die VR China durchgeführt. Es folgten Unternehmen in Guatemala, Kongo, Kuba, Laos, Kambodscha, Vietnam, um nur einige zu nennen. CIA-Chef Colby bezeichnete den Krieg in Laos, von dem man lange Zeit überhaupt nicht wußte, daß es ihn gab, als das erfolgreichste Unternehmen, das die CIA jemals durchgeführt hat. Geplant wurde dieser Krieg von 250 CIA-Operatoren, unterstützt durch eine CIA-eigene Luftfahrtgesellschaft. Gekämpft wurde jedoch von 30 000 Meo-Kriegern (Stamm in Laos) in der Armee Clandestine. Dieser Krieg war weit billiger und erregte in der Öffentlichkeit weniger Aufsehen als der, den die offiziellen Streitkräfte der USA zur gleichen Zeit in Vietnam führten. Mittlerweile kann man davon ausgehen, daß die CIA nach dem offiziellen Rückzug der Amerikaner auch in Vietnam verstärkt tätig ist.

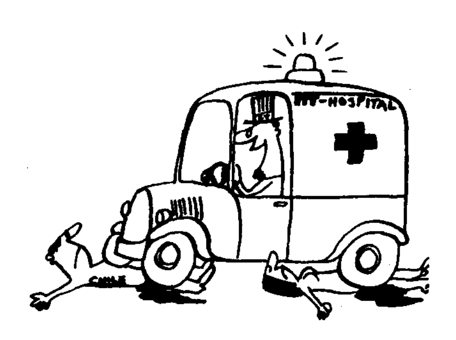
Diese Sonderoperationen werden von der amerikanischen Regierung offiziell geleugnet, sie dienen jedoch als letztes Mittel, die Interessen der USA zu verteidigen, nachdem alle anderen Geheimdiensttricks versagt haben, oder nachdem die amerikanischen Streitkräfte, aus welchen Gründen auch immer, nicht eingesetzt werden können.

Hilfsorganisationen der Agentur

Um ihre umfangreichen Aktivitäten in der ganzen Welt durchführen zu können, hat sich die CIA eine Reihe von Gesellschaften zugelegt, die auf den ersten Blick nichts anderes als normale Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen sind.

Darunter sind besonders die Luftfahrtgesellschaften, insgesamt sechs, hervorzuheben. Die drei bedeutendsten sind Air America, Air Asia und die Civil Air Transport. Wahrscheinlich ist die Agentur der größte Unternehmer auf diesem Sektor. Wenn die Flugzeuge nicht gerade zu Bombenflügen, Nachschubtransporten oder ähnlichem verwendet werden, führen sie ganz normale zivile Flüge durch. Die Civil Air Transport war jahrelang sogar die offizielle Fluggesellschaft von Formosa. Den zur Zeit merkwürdigsten Auftrag hat die Air America übernommen. Sie "hilft" in Vietnam den Waffenstillstand zu überwachen, indem sie die Flüge der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission durchführt.

Außer den Luftfahrtgesellschaften besaß und besitzt zum Teil auch heute noch die CIA Radiosender wie Radio Freies Europa, Radio Liberty, Sender auf Formosa, Sender vor Kuba. Diese dienen in erster Linie dazu, Propaganda für die "Errungenschaften" der USA und des Kapitalismus zu machen und Bemühungen, ein anderes Gesellschaftssystem zu errichten, in Mißkredit zu bringen. Wegen der offensichtlichen Erfolglosigkeit dieser Propagandasender zieht sich die CIA langsam aus ihnen zurück.



AMBULANCIA

Wichtiger für die Agentur sind zur Zeit ihre Niederlassungen in den internationalen Geld- und Schwarzmarktzentren wie Hongkong, Genf, Buenos Aires, New York usw. Sie verschieben auf dem schwarzen Markt sämtliche Währungen, um dadurch für die Operationen in den einzelnen Ländern mehr Kapital zu erhalten. So konnte die CIA, laut Newsweek, aus acht Mill. Dollar für ihre Aktivitäten in Chile auf dem schwarzen Markt vierzig Mill. Dollar machen.

Verantwortung für die CIA

"Die CIA muß besser überwacht werden" oder "klopft den Geheimdienstlern endlich auf die schmutzigen Finger", so

und ähnlich lauten die Forderungen in der bürgerlichen Presse nach den jüngsten Ereignissen in Chile und in den USA selbst. Es wird dabei geflissentlich übersehen, daß alle wichtigen Aktionen vom Präsidenten selbst oder vom Nationalen Sicherheitsrat, einem 40er Ausschuß mit Henry Kissinger als Vorsitzendem, gebilligt werden müssen. Genau dieser verantwortungsbewußte und um den Weltfrieden so bemühte Herr sagte in einer Sitzung dieses Gremiums über Chile: "Ich verstehe nicht, warum wir dastehen und zusehen sollten, wie ein Land wegen der Unverantwortlichkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird." (9)

Die Unternehmungen der CIA sind ein beständiges Mittel der amerikanischen Außenpolitik. Es wird dann eingesetzt, wenn man mit diplomatischen Überredungsversuchen oder Drohungen nicht mehr weiterkommt. Offiziell wird dies natürlich bestritten. Für jede Aktion wird deshalb eine Tarngeschichte erarbeitet, die die Regierung im Falle eines Scheiterns des Unternehmens als offizielle Version des Vorfalles publiziert. Wenn es jedoch wie im Falle der Invasion in der Schweinebucht oder im Falle Chiles gelingt, die Tarnung wegzuziehen, dann steht dahinter immer nur die berühmt-berüchtigte CIA. Die amerikanische Regierung benutzt die Agentur dann als Watschenmann, auf den man kräftig einschlägt, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Die Geheimdienstler sind dies schon gewohnt, es gehört sozusagen zu ihrem Beruf, von der Regierung offen "getadelt" zu werden. Natürlich wissen sie, daß dies alles Theater ist, denn in Wirklichkeit tut man von Regierungsseite her alles, die Aktivitäten der Agentur möglichst zu vernebeln. Man berief jetzt z.B. eine Untersuchungskommission mit Rockefeller an der Spitze. Interessanterweise war der jetzige Vizepräsident schon einmal Mitglied einer Kommission von "unabhängigen Personen", die die CIA überwachen sollte. Obwohl sie dies jahrelang tat, fand die Kommission an den Tätigkeiten der Agentur nichts auszusetzen, außer, daß sie noch effizienter hätte arbeiten können. Genauso wird diese neue "Untersuchung" vermutlich auch verlaufen.

Zu verlangen, daß der Geheimdienst endlich kontrolliert wird, ist deshalb einfach lächerlich und stellt eine bewußte Verdummung der Bevölkerung dar. Wenn es gilt, jemanden zu kontrollieren, dann diejenigen, die in der CIA ein Mittel sehen, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA im Ausland zu verteidigen. Daß dies nicht möglich ist, hat wohl die Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren deutlich gezeigt. Was für Schlüsse daraus zu ziehen sind, bleibt jedem selbst überlassen. Die bürgerliche Presse sorgt sich auf jeden Fall über diese Entwicklung, aber in einer anderen Richtung, als man erwarten könnte: "Eine zu penetrante Durchleuchtung der Geheimdienstpraktiken könnte auch die berechtigte Funktion eines Geheimdienstes lähmen. Bei dem Enthüllungs- und Reinlichkeitsfanatismus, der durch die Watergate-Affaire in Amerika geweckt worden ist, könnte der Geheimdienst das nächste prominente Opfer werden, weil die 'unsichtbare Regierung' im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit einfach nicht überleben kann." (9)

Irgendwo ist diese Sorge verständlich. Denn wenn die CIA tatsächlich durchleuchtet würde, dann wäre sie sicher nicht das letzte "Opfer".

ms



GESUNDER APPETIT?

APETENCIA

Anmerkungen

1) Die U2-Affaire ereignete sich 1960. Ein Spionageflugzeug der CIA wurde über der Sowjetunion abgeschossen. Der Pilot überlebte und diente den Russen als Beweis der amerikanischen Spionagetätigkeit.
2) 1961 versuchten Exil-Kubaner unter Anleitung der CIA und mit Unterstützung der amerikanischen Luftwaffe in Kuba zu landen. Mit dieser Invasion versuchte der Geheimdienst, Fidel Castro wieder zu stürzen. Dieser Versuch scheiterte jedoch. Die Rolle des CIA kam ans Licht, als Castro gefangengenommene Piloten vorweisen konnte, die aussagebereit waren.
3) Der Spiegel, 28. Jg. 1974, Nr. 42, S. 168
4) Victor Marchetti/John D. Marks, CIA, Stuttgart 1974, S. 145
5) ebd., S. 448
6) ebd., S. 97
7) Sämtliche Fakten und Sachverhalte sind, sofern nicht anders vermerkt, herausgenommen aus: Marchetti/Marks, a.a.O.
8) vgl. Il Manifesto, 19.9.1974
9) Neues Forum, Heft 252, Dez. 1974, S. 24

CHILE

Über Gefangenenhandel ins Chilegeschäft

Die Bundesregierung versprach der chilenischen Militär-Junta Mitte Januar 1975 die Auszahlung eines 21 Mio DM-Kredites, jener Junta, die in einem blutigen Putsch am 11.9.73 die demokratisch gewählte Allende-Regierung gestürzt hatte.

Diese Zusage der SPD-Regierung steht im krassen Gegensatz zu ihren Äußerungen anläßlich des ersten Jahrestages des Militärputsches in Chile, in denen sich die SPD gegen jede finanzielle Unterstützung der Junta ausgesprochen hatte.

Die 21 Millionen sind Teil eines 45 Mio DM-Kredites, der Chile unter der Regierung Allende völkerrechtlich verbindlich zugesichert worden war (Badische Zeitung 14.1.75); bemerkenswerterweise kam es jedoch nie zu seiner Auszahlung - die Allende-Regierung bot nach kapitalistischen Gesichtspunkten kein wirtschaftlich günstiges Investitionsklima -, ein Sachverhalt, der sich inzwischen geändert hat.

Die Bundesregierung machte allerdings die Auszahlung des Kredites von der Freilassung einer Gruppe chilenischer Gefangener abhängig, unter ihnen der ehemalige Unidad Popular-Außenminister Clodomiro Almeyda (Badische Zeitung 14.1.75). So sollen vorgeschobene humane Motive die wahren politischen und wirtschaftlichen Interessen verschleiern.

Nach einem Verteilungsschlüssel erfolgt die Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen turnusgemäß durch die einzelnen Bundesländer. Im Dezember 74 war das Land Baden-Württemberg an der Reihe, die genannte Gruppe von 15 Chilenen aufzunehmen. Die CDU-Landesregierung verweigerte den politischen Gefangenen jedoch die Aufnahme mit der Begründung: "... daß die 15 Funktionäre in Chile hohe Staatsämter bekleidet hätten und führende Mitglieder der extrem linksorientierten sozialistischen oder radikalen Partei gewesen seien" (Badische Zeitung 20.12.74). In diesem Sinn äußerte sich Ministerpräsident Filbinger bereits in einer Stellungnahme zum Flüchtlingsproblem vom 21.1.74: "Das Land Baden-Württemberg hat klar und deutlich seine Bereitschaft geäußert, Flüchtlinge aus Chile aufzunehmen... Die Hilfsbereitschaft findet ihre Grenze, wo Personen um Aufnahme nachsuchen, die eine Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung darstellen" (Badische Zeitung 21.1.75). In der letzten Sitzung des Landeskabinetts wurde die Aufnahme von chilenischen Gefangenen erneut abgelehnt. Innenminister Schiess begründete die Haltung der Landesregierung mit der Feststellung, die Aufnahme dieser Personen verletze die Sicherheitsinteressen Baden-Württembergs. Das Land könne zusätzlich zu den aktuellen Sicherheitsproblemen, die es im Zusammenhang mit dem Baader-Meinhof-Komplex habe, nicht noch ein weiteres Sicherheitsrisiko auf sich nehmen (Stuttgarter Zeitung 25.1.75).

Der Landtag lehnte es mit den Stimmen der CDU ab, das Flüchtlingsproblem im ständigen Ausschuß weiter zu behandeln (Badische Zeitung 25./26.1.75).

So betrachtet die Landesregierung alle jene als Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung, die auch von den heute in Chile Herrschenden als ihre Gegner betrachtet und verfolgt werden. Mit ihrer Einstellung nimmt sie den Gefangenen in vielen Fällen die Möglichkeit, den KZ's Chiles und damit Folter oder Tod zu entkommen.

Besonders makaber wird in diesem Fall die Verweigerung der Aufnahme dadurch, daß 13 von den 15 Chilenen Mitglieder der 'Radikalen-Partei' Chiles sind. Die 'Radikale-Partei' ist als sozialdemokratische Partei vergleichbar mit der SPD und nennt sich deshalb nicht ohne Grund deren Schwester-Partei. Sie trat im 19. Jahrhundert für die radikale Trennung zwischen Kirche und Staat ein und trägt seitdem den Namen 'Radikale-Partei'. Die restlichen 2 Chilenen sind Mitglieder der sozialistischen Partei, darunter UP-Außenminister Almeyda, der mit Bundesminister Maihofer befreundet ist (Badische Zeitung 13.1.75). (Almeyda durfte am 13.1.75 aus Chile ausfliegen, da das Land Rumänien sich bereit erklärt hatte, ihn aufzunehmen.)

Die Junta ihrerseits hat allen Grund zum Triumph. Sie kann einen Doppelerfolg verbuchen:
a) verdiente sie mit dem Kuhhandel um ihre politischen Gefangenen 21 Mio DM, und
b) konnte sie in der chilenischen Zeitung 'La Segunda' vom 19.12.74 die Ablehnung der 15 Gefangenen wie einen Sieg auf der ersten Seite feiern.

Die Abendzeitung 'La Segunda' ist die drittgrößte Zeitung von Santiago de Chile. Sie gehört der Zeitungskette des Junta-Sprachrohrs 'Mercurio'.



La Segunda

ULTIMA HORA

El Ministro de Hacienda, Jorge Cauas, señaló esta mañana en conferencia de prensa que "el esfuerzo que debe hacerse el próximo año es muy alto, ya que nuestro producto básico, el cobre, está un 40 por ciento bajo el nivel normal, lo que implica una situación financiera relativamente estrecha".

Cauas formuló estas declaraciones al dar a conocer a los periodistas la Reforma Tributaria que será publicada en los próximos días en el Diario Oficial. Dijo "que para enfrentar esta situación, es necesario hacer una distribución equitativa de la carga tributaria y que en esta mejor distribución se van a aliviar los sectores de más bajos ingresos". Añadió que para compensar la baja del precio del cobre será necesario obtener la renegociación de la deuda externa y a la vez, obtener créditos por 200 millones de dólares para compensar la Balanza de Pagos.

Informó también que finalizaron con éxito las conversaciones con los personeros del Fondo Monetario Internacional que vinieron a hacer un estudio de la realidad económica chilena. Ese informe es esencial para que el Fondo Monetario aconseje a los países acreedores de Chile, reunidos en el Club de París, acepten nuevos plazos para el pago de nuestra deuda externa.

CAUAS entregó los principales planteamientos de la Reforma Tributaria [illegible]

ESTADO ALEMAN NO LOS ACEPTA PORQUE "FORMARIAN SEGURAMENTE UNA CENTRAL DE AGITACION POLITICA"

RECHAZAN ASILO A JERARCAS UP

STUTTGART, 19 (DPA).— El Gobierno del Estado federado alemán de Baden-Wurttemberg rechazó acoger en su suelo a 5 ex Ministros y diez altos funcionarios chilenos. [illegible]

"Deutsches Bundesland nimmt sie nicht, da sie sicher eine politische Agitationszentrale aufbauen würden."

K E I N A S Y L F Ü R F Ü H R E R D E R V O L K S F R O N T !

STUTTGART, 19 (DPA)

Die Regierung des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg lehnt es ab, auf ihrem Gebiet fünf ehemalige Minister und zehn hohe chilenische Funktionäre aufzunehmen.

Das Innenministerium antwortete auf das Ersuchen der Bundesregierung in Bonn, Baden-Württemberg habe noch nicht die vorhergesehene Quote an Flüchtlingen aufgenommen:
dies sei nicht möglich, da alle hohe Ämter in Chile bekleidet und der sehr linken Sozialistischen oder der Radikalen Partei angehört hätten."

Zur selben Zeit, als Staatssekretär Wischnewski in Chile die Freilassung der genannten Gruppe von Flüchtlingen aushandelte, um die Auszahlung des Millionenkredits als humanitären Akt aufzupolieren, hielt sich auch ein Mitarbeiter von amnesty international in Chile auf.

Sein Bericht, von dem wir hier Auszüge wiedergeben, gibt eine Vorstellung von den Verhältnissen in Chile im November 74 - Verhältnisse unter einem Regime, dessen Gegner als Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung auch von der baden-württembergischen Landesregierung als 'Sicherheitsrisiko' eingestuft werden.

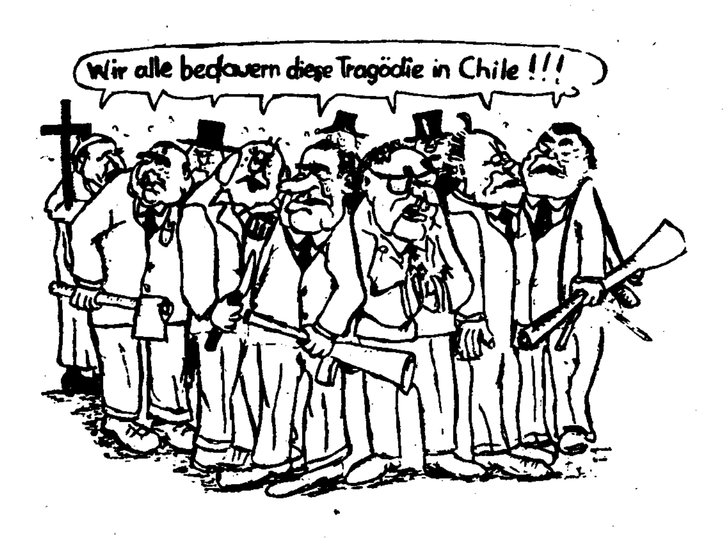
"Die Geheimdienste SIM und DINA, die kaum einer Beschränkung oder Kontrolle unterliegen, haben sich im Verlauf der letzten Monate besser organisiert. Durch Bespitzelung und Überwachung entsteht ein unerträgliches Klima des Mißtrauens. Verhaftung und Folter richten die Betroffenen physisch und psychisch zugrunde.

Ein 41jähriger Arbeiter steht wie ein alter Mann vor mir, er ist nur noch ein Nervenwrack. Er zeigt mir seine 10 cm lange, inzwischen genähte Folternarbe am Bauch und seine von Elektroschocks zernarbten Füße. In der großen Furcht vor erneuter Verhaftung gelang es ihm, in die italienische Botschaft zu fliehen, wo er wenigstens in relativer Sicherheit auf seine Ausreise aus Chile warten kann.

Aber es ist nicht die Folter allein;

die Zustände in den Gefängnissen Chiles lassen die Gefangenen zugrunde gehen. So erhalten z.B. die Gefangenen im Gefängnis Academica de guerra Aera in Santiago täglich nur 800 Kalorien, nur selten können die Angehörigen von draußen mit Lebensmitteln helfen.

Durch eine organisatorische 'Panne' erhielten Anfang November 25 Gefangene im KZ Chacabuco 14 Tage lang überhaupt nichts zu essen. Die Frau von einem dieser Gefangenen erzählte uns, wie ihr Mann 20 kg an Gewicht verloren habe und heute nur noch 43 kg wiegt."



"Am 2. November wurde die Leiche von Lumi Videla, einer MIR-Angehörigen, von außen über die Mauer in den Park der italienischen Botschaft geworfen. Drei frühere Mitgefangene können bezeugen, Lumi Videla noch am 15. und 21. Oktober sowie am 1. November in einem Militärgefängnis Santiagos gesehen zu haben, wo sie grausam gefoltert worden ist. Ihre Mutter hatte am 3. Oktober eine gerichtliche Nachprüfung beantragt, in der sie darlegte, daß ihre Tochter am 21. September von Personen in Zivilkleidung verschleppt worden sei. Das Gericht forderte zuletzt noch einmal am 31. Oktober von den zuständigen Stellen Informationen über den Fall an, jedoch ohne Erfolg. Dies wurde sogar in den chilenischen Zeitungen veröffentlicht.
Schon im September wurde der Ehemann Lumi Videlas ermordet.

Anfang Oktober wurde einer der Flüchtlinge aus der Botschaft entführt. Er wollte einem vermeintlich Verfolgten helfen, über die Parkmauer in das sichere Botschaftsgebäude zu gelangen, und wurde dabei von diesem nach draußen auf die Straße gezerrt. Drei Wochen lang wurde er in einem Gefängnis gefoltert und dann wieder freigelassen. Es wird jetzt schwierig für ihn sein, Chile zu verlassen. Das Recht hierzu war ihm zwar vorher durch ein Salvo Conducto (Zusicherung, das Land unbehelligt verlassen zu können) zugesichert worden, man entzog es ihm jetzt aber wieder mit der offiziellen Begründung, 'er habe spontan die Botschaft verlassen'."

Betrachtet man auf dem Hintergrund der Situation in Chile das Verhalten der Bundesregierung, die unter dem Mantel der Humanität ihre massive finanzielle Unterstützung rechtfertigt, bleibt nur festzustellen, daß sie mit der grausamen Lage der Demokraten in den Gefängnissen auf zynische Weise Schindluder treibt. Was die SPD-Regierung mit "Humanität" und die baden-württembergische CDU-Landesregierung mit dem "Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung" meinen, läuft auf dasselbe hinaus: Rechtfertigung für die Zusammenarbeit mit der faschistischen Junta in Chile.

bsm



CHILE TODAY

By A. Krilov Krokodil, USSR

SPENDENAUFRUF

Auf Initiative von amnesty international kam im März 74 eine Gruppe von ca. 20 Chilenen nach Freiburg. Die baden-württembergische Landesregierung bezeichnet diese Flüchtlinge heute (im Gegensatz zu damals) als "illegal" (Stuttgarter Zeitung 25.1.75); z.T. werden ihnen von Behörden und Institutionen aus diesem Grund Gelder verweigert.

Die in Freiburg gebliebenen Flüchtlinge sind somit weitgehend auf private Hilfe angewiesen.

Die Chile-Flüchtlingshilfe Freiburg bittet deshalb um Spenden auf folgendes Konto:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, 78 Freiburg, Erwinstr. 10

"Spendenkonto für chilenische Flüchtlinge", Badische Bank, Freiburg, Konto-Nr. 30-74 444.

Auf Wunsch können abzugsfähige Spendenquittungen ausgestellt werden.

Aufruf :

Rettet das Leben der gefangenen Matrosen !

Erklärung des Generalsekretärs des MAPU, Oscar Garretón:

Als Generalsekretär des MAPU möchte ich die öffentliche Meinung aufrufen und Anklage erheben, um einen Massenmord zu verhindern, der gegenwärtig hinter dem Rücken der Bevölkerung verübt wird. So wie vor einiger Zeit von einem Militärgericht der Luftwaffe Angehörige des Militärs und der Zivilbevölkerung verurteilt wurden, so entwikkelt sich augenblicklich unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit ein Prozeß gegen Angehörige der Kriegsmarine. Informationen, die wir trotz höchster Geheimhaltung aus Chile erhalten konnten, berichten von mehreren Todesurteilen.

Durch Stillschweigen und Geheimhaltung versucht die chilenische Marine zu verhindern, daß die öffentliche Meinung das Leben der zum Tode Verurteilten rettet, so wie sie vor einigen Monaten das Leben der verurteilten Angehörigen der Luftwaffe retten konnte.

Heute müssen wir dringend fordern, daß die Ereignisse, die Verurteilten und die Prozesse bekannt werden. Internationale Beobachter müssen nach Chile geschickt werden. Ebenso wichtig ist es, daß alle internationalen Solidaritätsorganisationen die sofortige Freilassung der Verhafteten fordern. Die geheimen Prozesse in der Kriegsmarine nehmen Ausmaße an, die unbedingt veröffentlicht werden müssen.

Wem wird der Prozeß gemacht?

Einer großen Anzahl von Matrosen und Unteroffizieren, die sich weigerten, ein Werkzeug des Putsches vom 11. September zu sein, und zivilen Führern der Unidad Popular und der Linken.

Was ist geschehen?

Mitte 1973 erhielten drei Führer der UP und der Linken einen dringenden und angstvollen Brief von einer Gruppe von Matrosen, die mit ihnen sprechen wollten. Sie hatten Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Miguel Enríquez, Generalsekretär des MIR und mich, Oscar Garretón, Generalsekretär des MAPU, angerufen.

In der genannten Unterredung erfuhr ich, daß die Matrosen der Kriegsmarine festgestellt hatten, daß die Offiziere einen Putsch vorbereiteten. Die Matrosen gaben die Unterlagen über den von der chilenischen Kriegsmarine geplanten Putsch mit Namen, Datum und Ort weiter. Sie fügten hinzu, daß sie sich unter Eid verpflichtet hatten, die demokratische Volksregierung zu verteidigen. Die Matrosen, Angehörige der Unterschichten, protestierten gegen den geplanten Putsch und informierten über uns die Regierung und den Präsidenten über die Vorgänge.

Dennoch gewannen die Putschisten die Oberhand, und die Unteroffiziere und Matrosen wurden im August verhaftet. Die Nachricht darüber stieß auf eine heftige Ablehnung der Arbeiter. Deshalb spielt der augenblicklich stattfindende Prozeß eine wichtige Rolle und zieht die Aufmerksamkeit der gesamten chilenischen Bevölkerung auf sich. Die furchtbaren Folterungen der verhafteten Matrosen waren ein Vorspiel des Leidens, das die Armen und die Linke nach dem 11. September erfuhren.

Trotz der Folter richteten die Gefangenen einen offenen Brief an den Präsidenten, in dem sie beteuerten, daß sie das chilenische Volk auf keinen Fall verraten, sondern immer die Volksregierung verteidigen würden. In diesem Brief protestieren sie gegen die Folterungen und geben an, es sei das Ziel dieser Tortur, sie zu zwingen, die höchsten Führer der UP selbst als Anführer eines Putsches anzuklagen; sie schrieben, daß sie trotz der Folterungen nicht bereit seien, ihren Eid zu verraten und sich gegen das chilenische Volk zu stellen, denn als Teil des Volkes wollten sie kein Werkzeug zum Massenmord an diesem Volk werden.

Der Verhaftung der Matrosen folgte eine massive Kampagne der Offiziere, die C. Altamirano (PS), Miguel Enríquez (MIR) und O. Garretón (MAPU) als Anstifter von Aufruhr in der Marine in Verruf bringen sollte. Die Führer der UP und die der Linken wurden von denselben Offizieren angeklagt, die heute hohe Regierungsämter bekleiden.

Gegen diese Kampagne entfaltete sich in Chile eine der größten Solidaritätsbewegungen. Im ganzen Land erhoben sich die Arbeiterorganisationen, die "Pobladores" und die Landarbeiter zur Verteidigung der Gefolterten. Die Arbeiter wußten die augenblickliche politische Situation sehr genau einzuschätzen. Durch den Gewerkschaftsbund (CUT) unterstützten sie die Verteidigung der Gefangenen mit Demonstrationen und Geldspenden (Tageslöhne). Die Cordones Industriales boten in den verstaatlichten Industriebetrieben jedem Arbeit an, der wegen seines mutigen Handelns seinen Arbeitsplatz verlor.

Aus all diesen Gründen gehört das Urteil, das in diesen Tagen gefällt wird, zu den wichtigsten, weil die Bevölkerung und auch Basisgruppen des Militärs an den damaligen Ereignissen sehr großen Anteil genommen hatten. Man begriff damals, daß sich im Falle eines Putsches die gleiche Grausamkeit, die gegenüber den Matrosen und Unteroffizieren angewandt wurde, auf alle ausdehnen würde.

Wir wenden uns an die Weltöffentlichkeit, damit sie mehr als je zuvor ihre Kräfte zur Verteidigung der Matrosen mobilisiert. Die Offiziere der Marine wußten und wissen, daß die Mehrheit der Matrosen der Kriegsschiffe auf seiten der UP stehen. Für die heutige Repression konnten die Offiziere bisher nur die Infanterie der Landmarine einsetzen, niemals jedoch die Besatzung der Schiffe. Deshalb wollen die Marineoffiziere ihrer Institution selbst eine Lehre erteilen, und zwar durch den Prozeß gegen die Matrosen.

Das Leben der Matrosen und Zivilpersonen - unter ihnen sind die Genossen Leopoldo Luna und Hernan Pacheco - ist in Gefahr, nicht nur wegen der grausamen Folterungen seit einem Jahr, sondern vor allem durch die Existenz eines geheimen "Tribunals" vor einem sogenannten Kriegsgericht, ohne jede Verteidigungsmöglichkeit.

Die öffentliche Meinung erreichte im Fall des Prozesses gegen Angehörige der FACH (Luftwaffe), daß die Todesstrafen allesamt ausgesetzt wurden. Bis heute hat der Prozeß gegen die Marineangehörigen nicht die Resonanz gefunden, die er verdient. Das kann zur Folge haben, daß die Faschisten ihr Verbrechen durchführen. Im Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Führern der Linken, die noch frei sind, und noch nicht zufrieden mit dem Mord an Miguel Enríquez, bedienen sie sich heute des Mittels der Erpressung gegenüber den Genossen Luna und Pacheco, obwohl deren Unschuld offensichtlich ist. Sadismus, Rachsucht, der Gebrauch von Morphium genügen ihnen nicht, sie benutzen das Mittel der Erpressung, um ihre abscheuerregenden Verbrechen durchführen zu können.

Der zur Zeit laufende Prozeß gegen diese Marineangehörigen richtet sich, wie der Luftwaffenprozeß Anfang 74, gegen einen potentiell sehr wichtigen Sektor : gegen die für den Sturz der Junta eintretenden Gruppen innerhalb des Militärs. Wenn es jetzt der chilenischen Linken und der internationalen Solidarität nicht gelingt,wenigstens das Leben der Angeklagten zu retten,dann kann man kaum erwarten,daß in Zukunft Sektoren,innerhalb der Streitkräfte,die nicht mit der Junta einverstanden sind,Aktionen gegen sie unternehmen werden.
Insofern kann eine erfolgreiche Solidaritätskampagne gerade für diese Gefangenen zukünftige Aktionen innerhalb des Militärs stark beeinflussen.

<u>In den 'Chile-Nachrichten'Nr.23 wird vorgeschlagen,den Aufruf zur Freilassung der gefangenen Matrosen mit einer Briefaktion zu unterstützen.</u>

Fordert in Briefen die Freilassung der Matrosen und übernehmt Patenschaften für einzelne Gefangene.

<u>Richtet die Briefe um ihre Freilassung an :</u>
Almirante José Toribio Merino
Edificio Diego Portales
<u>Santiago de Chile</u>

<u>Richtet Briefe an folgende vier Gefangene:</u>
Cárcel Pública de Talcahuano
<u>Talcahuano</u>

Jaime Balladares Contreras	Artillerist (25 Jahre)
Ramón Gonzáles Mejias	Elektriker (23 Jahre,
Luis Marimao	Werftarbeiter (31 Jahre)
Juan Vasquez Macaya	Matrose (19 Jahre)

<u>Richtet Briefe an folgende vier Gefangene;</u>

Carcel Publica de Valparaiso
<u>Valparaiso</u>

Gaston Gomez Obreque	Maschinist (22 Jahre)
Juan Cárdenas Villablanca	Mechaniker (38 Jahre)
Hugo Maldoado Alvear	Technischer Zeichner (28 Jahre)
Guillermo Vergara Diaz	Buchhalter (28 Jahre)

Ab Mitte Januar hat das iz3w eine

Neue Besucheradresse

78 Freiburg, Scheffelstr. 49

und eine

Neue Telefonnummer

0761/ [illegible] 74CC3

Das Büro ist werktags in der Regel von 15 - 18 Uhr besetzt.
Postadresse bleibt weiterhin
78 Freiburg, Postfach 5328

Da es sich um 52 Marineangehörige handelt,zählen wir nur einige von ihnen auf.
Wir bitten jedoch alle Gruppen und Einzelpersonen,,die weitere Gefangene anschreiben können,von der Redaktion des 'Informationszentrum 3.Welt'oder dem Herausgeberkreis Komitee 'Solidarität mit Chile' 1 Berlin 31 Koblenzer Str.8 die vollständige Namensliste anzufordern.

PERU

Vorbemerkung der Redaktion

Seit 1968 versucht die Militärjunta in Peru, einen Reformkurs zu verwirklichen. Ihr Programm sowie ihre ersten Maßnahmen (Verstaatlichung der IPC (= ESSO); umfassende Bodenumverteilung; ...) trugen dazu bei, daß diese Regierung ein progressives, antiimperialistisches Image erhielt. In vielen Diskussionen erscheint daher das peruanische Modell als neue Strategie zur Überwindung der Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt. Dabei werden jedoch häufig die Zielvorstellungen der peruanischen Militärjunta, wie sie im "Plan Inka" niedergelegt sind, für bare Münze genommen; während die Art der Umsetzung dieses Programms in die Praxis nur wenig berücksichtigt wird.

Hier setzen die beiden folgenden Artikel an; sie stellen an Beispielen dar, wie die praktische Politik der peruanischen Militärs aussieht, und sollen so Beiträge zu einer Einschätzung dieses Modells leisten. (Ergänzend siehe dazu: "Größter Stierplatz der Welt", in: blätter des iz3w, Nr. 20, S. 49.) Weitere Artikel zu diesem Thema sind für einige der nächsten Nummern der "blätter des iz3w" vorgesehen.

Red.

Nationalisierung der 'Cerro de Pasco'

Beitrag zur Unabhängigkeit der peruanischen Wirtschaft?

Einleitung

Im Oktober 1968 kam in Peru das Militär durch einen Putsch an die Macht. Dies neue Regime hat als Ziel, den Ausverkauf Perus an die USA und andere Industrienationen zu beenden. Dazu wollen die peruanischen Generäle einen Weg einschlagen, den sie "weder kapitalistisch noch sozialistisch" nennen. Im "Plan Inka" wird dieser Weg genauer beschrieben (8). Einer der Kernpunkte dieses Programms ist (neben der Reform der Bodenverteilung und der Erziehungsreform) die Nationalisierung der Basisindustrien (siehe dazu auch: "blätter des iz3w", Nr. 36/37, S. 43 ff). Im Plan Inka heißt es dazu:

"8. Bergbau
a. Lage

Fast der gesamte Bergbau - Abbau, Raffinierung, Marketing - ist in Händen ausländischer Unternehmen. Gegen Zahlung einer geringen Gebühr ist diesen Unternehmen gesetzlich erlaubt, die Vorkommen in Reserve zu halten, ohne sie zu bearbeiten. Die mit Konzessionen begünstigten Unternehmen benutzen das Marketing... als Instrument zur Steuerhinterziehung, indem sie zu niedrigen Preisen an ihre 'Stammhäuser' verkaufen. ...

b. Zielsetzung

Optimale Förderung der Bergbauwirtschaft zum Wohle des Landes, und zwar unter vorwiegender Beteiligung des Staates.

c. Maßnahmen

Die mit Konzessionen begünstigten Unternehmen werden zur sofortigen Ausbeutung der Bergbauvorkommen unter Androhung von Verjährung verpflichtet. ... Die Ausbeutung der großen Vorkommen, die Raffinierung und das Marketing werden dem Staat übertragen. ... Bildung eines tatkräftigen staatlichen Unternehmens, das die gesamten Aktivitäten des Staates in der Bergbauwirtschaft übernimmt." (8, S. 4 f)

Zum Jahreswechsel 1973/74 wurde im Rahmen dieses Nationalisierungsprogramms das US-Bergbauunternehmen "Cerro de Pasco Corporation" verstaatlicht. Hierbei handelt es sich um eines der größten Unternehmen in Peru (16 000 Beschäftigte; 225 Mill. Dollar Jahresumsatz).

Im folgenden wird am Beispiel der Cerro de Pasco untersucht, ob diese Verstaatlichung die Abhängigkeit der peruanischen Wirtschaft von den USA verringern konnte oder nicht.

1. Die Cerro de Pasco Corporation

Im Jahre 1902 wurde in New York die Cerro Corporation gegründet, die sich bald zu einem multinationalen Konzern entwickelte. Die peruanische Tochtergesellschaft, die Cerro de Pasco Corporation, ist eine der ältesten und größten aller US-amerikanischen Gesellschaften in Peru. Ihre bedeutendste Aktivität liegt in der Ausbeutung peruanischer Erzlager. Produziert werden im wesentlichen Kupfer (1972: ca. 7000 t), Blei, Zink und Silber, sowie kleinere Mengen von Wismut, Gold und einiger anderer Metalle. Mit einem Umsatz von

225 Mill. Dollar (im Jahre 1972) hatte die Cerro einen Anteil von 35 % am gesamten peruanischen Bergbau. Der offiziell angegebene Gewinn (vor Steuern) belief sich im gleichen Jahr auf 22 Mill. Dollar. Das entsprach 42 % des Ertrages des gesamten Cerro-Konzerns (2).

1.1. Landerwerb der Cerro

Bis 1969 besaß die Cerro de Pasco umfangreiche peruanische Ländereien mit einer Gesamtfläche von etwa 250 000 ha (Größenvergleich) und 160 000 Stück Vieh. Der Erwerb dieser Ländereien wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken dieses Konzerns:

1922 baute die Cerro in La Otoya (in der Gegend um Lima) ein Schmelzwerk. Dieser Ort liegt in einer tiefen Bergschlucht und läßt dem Rauch der Fabrikanlage keinen anderen Abzug, als durch den Gebirgspaß, der zu dem Landwirtschaftsgebiet im Tal des Flusses Mantaros führt.

Die Abgase des Schmelzwerks enthielten Arsenik, Blei, Zink, Schwefel und andere Giftstoffe, die sowohl die Gesundheit der Bevölkerung umliegender Gebiete schädigten, als auch großen Schaden in Landwirtschaft und Viehzucht verursachten: Jährlich starben bis zu 18 % der Schafe und bis zu 14 % der Kühe an Vergiftungen. Auch bei den Einwohnern von La Oroya registrierte man eine erhöhte Sterberate als Folge der Abgase.

Es kam zu Protesten der Einwohner von La Oroya und der umliegenden Indianerkommunen. Offizielle Untersuchungen wurden eingeleitet, denen zufolge auf einem Gebiet von 700 000 ha Schaden entstand, und zwar in einer der besten Landwirtschafts- und Viehzuchtregionen des Landes. Die Regierung zögerte aber, der Cerro strenge Auflagen zu machen: "Erst 1942, 20 Jahre, nachdem die Schäden entstanden waren, wurde das Schmelzwerk mit einer vollständigen Filteranlage ausgerüstet. In der Zwischenzeit hatte jedoch die Gesellschaft das Problem auf eine eigenartige Weise gelöst - sie kaufte große Teile des unbrauchbar gewordenen Landes auf. Bis zum Juni 1924 erwarb die Gesellschaft in einem Umkreis von 30 Kilometern rings um das Schmelzwerk 320 000 Hektar, fast die Hälfte des betroffenen Gebiets." (10, S. 187)

Verständlicherweise zahlte die Cerro für diese Gebiete nur einen Spottpreis, während ihr bei der "Enteignung" dieser Gebiete (im Rahmen der Bodenreformgesetze 1969) eine marktgerechte Entschädigung garantiert wurde (10, S. 188).

Ähnlicher Praktiken bediente sich die Cerro gegenüber ihren Konkurrenten: Sie kaufte Bergbaukonzessionen auf, ohne sie jedoch zu nutzen; nur um so die Konkurrenz auszuschalten (2; 10, S. 189).

1.2. Die Arbeiter der Cerro de Pasco

"Der 8-Stunden-Tag war noch vor nicht allzulanger Zeit für die Bergleute der Cerro eine Utopie. Sie wurden für wenige Monate kontraktiert, bekamen lediglich Coca gratis und arbeiteten in über 4000 m Höhe, in mangelhaft bewitterten Schächten bis zu 36 Std. ohne Unterbrechung für einen Hungerlohn." (9, S. 3) Die Arbeiter mußten zum großen Teil in Erdlöchern hausen, denn es bestand ein Defizit von 8000 Arbeiterunterkünften (und das bei einer Gesamtzahl von 16 000 Beschäftigten!) (1). So kam es vor, daß die Pritschen der vorhandenen Unterkünfte teilweise von den Arbeitern verschiedener Schichten nacheinander belegt wurden (Sistema de la cama caliente) (9, S. 3).

Diese Situation führte zu einer Reihe von Streiks, die aber nicht nur auf materielle Zugeständnisse abzielten: Die Bergarbeiter forderten u.a. die entschädigungslose Enteignung der Cerro de Pasco (9, S. 2). Diese Streiks wurden brutal niedergeworfen: "Zuletzt wurden in Cobriza... im November 71 über 30 Arbeiter bei einem Streik von der Guardia Republicana (= Regierungstruppen) niedergemetzelt; Dutzende von Arbeitern saßen hinterher über ein Jahr ohne Anklage in Haft." (9, S. 3)

Trotzdem hatten die Streiks dieser und anderer Bergleute Auswirkungen: Sie verschlechterten die Außenhandelsbilanz von Peru, das auf den Kupferexport angewiesen ist. Dies ist zumindest ein Grund dafür, daß die peruanischen Generäle die Nationalisierung der Cerro de Pasco forcierten.

2. Die Nationalisierung der Cerro de Pasco

Die Übernahmeverhandlungen begannen 1973: "Zunächst war vom peruanischen Staat im Gegensatz zu den Bergarbeitern, die entschädigungslose Enteignung forderten, ein Betrag von 12 bis 15 Mill. Dollar für die Cerro geboten worden, diese verlangte jedoch 175 Mill. Dollar. Bergbauminister Fernandez Maldonado hatte vergeblich, wie es scheint, versucht, eine Nationalisierung zum 5. Jahrestag der Machtübernahme zu erreichen. Vorher kam jedoch der Putsch in Chile und damit eine Verbesserung der Position der Cerro. Der anscheinend bevorstehende Kompromiß wurde durch den Abbruch der Verhandlungen von seiten der Cerro und eine Erklärung in der New York Times vereitelt. Nunmehr setzte Präsident Velasco selbst das Limit: Bis zum Jahresende ist die Cerro peruanisch!" (9, S. 2) Dies Ziel wurde auch erreicht: Aus der US-amerikanischen Cerro de Pasco wurde am 1.1.1974 die staatliche Centromin-Peru. Doch es mußte ein hoher Preis bezahlt werden:

Die Forderung der Cerro betrug insgesamt 175 Mill. Dollar; davon entfielen

jedoch 62 Mill. Dollar auf einen Posten für noch nicht ausgebeutete Mineralien und 16 Mill. Dollar auf einen Kredit der Muttergesellschaft, der aber nie an die peruanische Tochter ausgezahlt wurde (1). Beide Posten wurden von der Cerro angegeben, um die Forderungen künstlich hochzuschrauben. Zieht man sie von den Gesamtforderungen ab, so kommt man auf den Betrag von 97 Mill. Dollar. Auch diese Summe lag noch wesentlich über dem Marktwert der Anlagen der Cerro de Pasco, denn die Cerro hatte in der letzten Zeit versucht, auf Kosten der Substanz maximale Gewinne zu erwirtschaften: Es wurden nur noch hochgradige Mineralien abgebaut, Material- und Ausrüstungslager wurden verringert; man ließ die wenig gewinnträchtigen Stollen einfallen... (2; 3; 9, S. 4). Nach ersten Schätzungen werden 200 Mill. Dollar notwendig sein, um die veralteten und verfallenen Anlagen der Cerro wieder flott zu kriegen (9, S. 4; 5).



„Mein Bauch gehört mir!"

Berücksichtigt man diese Umstände, so wird klar, daß die Entschädigung sehr großzügig war: Einschließlich der Steuervergünstigungen (in den USA) erhielt die Muttergesellschaft etwa 79 Mill. Dollar. Die konservative NZZ schreibt dazu: "Auf jeden Fall betrachtet diese Gesellschaft ihre Ansprüche als befriedigt." (6)

Diese Befriedigung ist sicher auch deshalb so groß, weil eine profitable Beteiligung der Cerro nicht verstaatlicht wurde: Bei Cuajone, einem der größten Kupferlager der Erde, baut die Southern Peru Copper Corporation seit 1960 Kupfer ab. Das Erz wird hier im Tagebau gewonnen und verspricht deshalb wesentlich höhere Gewinne als in den nationalisierten Minen der Cerro. Die Cerro hat an der Southern Peru Copper Corporation einen Anteil von 22,25 %. Diese auf lange Sicht profitable Beteiligung wurde nicht vom peruanischen Staat übernommen, sondern blieb bei der Cerro Corporation (2).

2.2. Verschuldung des peruanischen Staates

Die peruanischen Generäle waren zu der hohen Entschädigung der Cerro (und einiger anderer Gesellschaften) nur bereit, weil sie für ihre weiteren Reformvorhaben umfangreiche ausländische Investitionen und Kredite benötigen. Eine entschädigungslose Enteignung der Cerro hätte die ausländischen Geldgeber abgeschreckt.

Um die Entschädigungsleistung (79 Mill. Dollar) aufbringen zu können, erhielt Peru von einer Gruppe aus zehn nordamerikanischen Privatbanken ein Darlehen in Höhe von 80 Mill. Dollar (10 Jahre Laufzeit, marktübliche Zinsen) (7). Nachdem auf diese Weise eine Einigung zwischen den USA und Peru erreicht worden war, erklärte sich die USA bereit, peruanische Entwicklungsprojekte in Höhe von mehreren Hundert Millionen Dollar zu finanzieren (4). Außerdem erhielt Peru wieder zinsgünstige Kredite der Export-Import-Bank. Ein großer Teil dieser Gelder wird jedoch benötigt, um einen rationellen Betrieb der Minen der Centromin-Peru (früher: Cerro de Pasco) zu ermöglichen (5).

Dieser Wandel der US-Außenpolitik gegenüber Peru ist nicht allein auf die hohen Entschädigungsleistungen für die Cerro zurückzuführen. Die Tendenzwende zeichnete sich schon früher ab; das Wohlverhalten der peruanischen Generäle bei der Nationalisierung der Cerro war jedoch ein wesentlicher Punkt, diesen Kurs fortzusetzen.

3. Folgerungen

Die bisherige Darstellung läßt sich folgendermaßen grob zusammenfassen:

- Die Cerro hat in über 60 Jahren hohe Gewinne in Peru gemacht.
- Bei der Nationalisierung der Cerro am 1.1.74 erhielt die Muttergesellschaft hohe Entschädigungen durch den peruanischen Staat.
- Der peruanische Staat muß sich in den USA verschulden, um die Entschädigungszahlungen sowie die erforderlichen Neuinvestitionen in den ehemaligen Anlagen der Cerro leisten zu können.

Insgesamt hat sich die Abhängigkeit also nur verschoben: An die Stelle der dominierenden ausländischen Konzerne trat hier die verstärkte Abhängigkeit von den Kreditgebern in den USA. Insofern diente die Nationalisierung der Cerro eher dazu, das antiimperialistische Image der peruanischen Regierung (vordergründig) zu verbessern und so

die Loyalität der Massen zu sichern, als die Wirtschaft Perus aus der Abhängigkeit der USA zu lösen.

wawi

Quellen

1) Konflikt um Perus größtes Bergbauunternehmen, NZZ, 7.10.73, S. 19
2) Verstaatlichung eines amerikanischen Bergwerkunternehmens in Peru, NZZ, 3.1.74, S. 9
3) Peru: Schlag gegen die USA, Die Zeit, 11.1.74
4) Peru als Kapitalimporteur, NZZ, 8.2.74
5) Entschädigungsübereinkommen zwischen Peru und den USA, NZZ, 22.2.74, S. 14
6) Weitere Entschädigungszahlungen Perus an amerikanische Firmen, NZZ, 23.2.74, S. 14
7) Die Entschädigungszahlungen Perus an amerikanische Firmen, NZZ, 27.2.74, S. 13
8) Der Plan Inka, oder: Weg einer Revolution, Extra plus (Beilage des Extra-Dienst), 29.10.74
9) Arbeitskreis Südamerika: Die Nationalisierungspolitik des peruanischen Militärregimes, Peru 1974 (unveröffentlicht; 4 Seiten)
10) Lindqvist, S.: Südamerika, der geplünderte Kontinent, Hamburg 1972





Unterdrückung einer Bauernorganisation

Die Bauernkonfederation von Peru, die CCP (Confederación Campesina del Perú), ist eine Organisation mit dem Ziel, Kleinbauern und landlose Landarbeiter in einem Prozeß der Bewußtseinsbildung zu organisieren. Die CCP wurde 1947 gegründet und verfügt derzeit über eine Mitgliederzahl von ungefähr 170 000. Die in ihr organisierten Bauern und Landarbeiter arbeiten unabhängig von der Regierung und deren Institutionen, weil sie in der Praxis oft genug erfahren mußten, daß die mit der Landreform beauftragten Behörden zusammen mit Großgrundbesitzern und der Polizei versuchten, die von der Regierung erlassene Landreform zu sabotieren und die Bauern um ihre Rechte zu bringen.

Die CCP wird in diesen Tagen durch die peruanische Polizei und die Armee stark unterdrückt. Ungefähr fünfzig Bauernführer sitzen im Moment in den Gefängnissen von Lima, Abancay, Andahuaylas und Cusco. Die Organisation hat in den Monaten August und September massive Landbesetzungen durchgeführt im Department Apurimac, speziell in der Gegend um Andahualas herum im zentralen Hochland südöstlich von Lima.

Bisher wurden in diesen Regionen 47 Landgüter besetzt, wobei mehr als 40 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche in ihr Eigentum übergegangen sind (seit 1969 ist das Department Apurimac zur "Zone der Agrarreform" erklärt worden, doch bis heute ist von staatlicher Seite erst eine einzige Hacienda auf diesem Wege den Campesinos übergeben worden).

Mitte August gab es ein Gespräch zwischen den verantwortlichen Regierungsstellen und der CCP, wobei Übereinkunft darüber erzielt wurde, daß die Prinzipien der Landreform auf die von den Bauern besetzten Landgüter angewendet werden sollen. Das bedeutete für die CCP und die Bauern:

- Legalisierung der Landbesetzungen und
- vertragliche Übereinkunft darüber, daß keine Repressionen staatlicherseits stattfinden.

Mitte Oktober änderten die Militärs ihre Taktik und fingen eine starke Unterdrückungskampagne an, wobei mindestens sechs Bauernführer ums Leben gekommen sind und ungefähr sechzig ins Gefängnis geworfen wurden. Durch die Verhaftungen und das Klima der Unterdrückung leben die Bauern mit ihren Familien in dieser Gegend in einer äußerst schwierigen Lage. Frauen und Kinder müssen beschwerliche und lange Reisen auf sich nehmen, um die verhafteten Männer in Lima (600 bis 800 km) oder anderen Departmentshauptstädten zu besuchen. Durch die eingetretene Regenzeit muß man tagelange Fahrten in Kauf nehmen. Außerdem fehlt in vielen Familien der Ernährer, wodurch es ihnen sehr schwer wird, ihr Existenzminimum aufrechtzuerhalten. Anwälte, die Bauernführer verteidigen wollen, sind schwer zu finden. Eine Anwältin, die jahrelang Bauern und gewerkschaftliche Organisationen verteidigte, wurde neulich wegen ihrer beruflichen Tätigkeit für die Bauernorganisation in Andahuaylas eine Woche eingesperrt.

Durch die ungenaue und verzerrte Berichterstattung in der peruanischen Presse über die tatsächliche Lage in den betroffenen Gebieten, steht die CCP vor großen Schwierigkeiten, um die öffentliche Meinung über die Ziele ihrer Bewegung und über das Schicksal der Bauernführer aufzuklären. Druck- und Vervielfältigungskosten sind hoch, und viele Druckereien schrecken vor

dem Risiko zurück, Informationsmaterial der CCP zu drucken. Vervielfältigungsapparate sind schwierig auszuleihen wegen der strikten Kontrollen der Staatsorgane, während Geld für den Kauf von Maschinen, Papier usw. in vielen Fällen fehlt.

Konkrete Hilfe für die CCP:

Die CCP braucht kurzfristig dringend finanzielle Unterstützung, um sich als Organisation erhalten zu können und um ihren Mitgliedern die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Die Verantwortlichen denken dabei an eine erforderliche Summe in Höhe von DM 25 000,-. Das Geld wird für folgende Aufgaben verwendet:

a) Hilfe (Kleidung, Ernährung usw.) für die eingesperrten Bauernführer (in den peruanischen Gefängnissen müssen die Häftlinge zumeist von ihren Verwandten mit Decken, Essen usw. versorgt werden)

b) finanzielle Unterstützung von Familien, die durch die Verhaftung der Familienväter sich in einer schwierigen ökonomischen Lage befinden

c) Reisekosten für Familienmitglieder, die ihre Männer oder Verwandten besuchen wollen

d) Honorar für zwei Anwälte, die sich trotz Repressalien bereiterklärt haben, die eingesperrten Bauern zu verteidigen

e) Finanzierung für Vervielfältigungsmaterial der CCP

Wegen des vertraulichen Charakters der Hilfe und die momentan schwierige Lage, worin die gesamte Bewegung sich befindet, wurden in diesem Bericht weder Namen noch Adressen der Organisation bzw. ihrer Grundorganisationen genannt.

Lima, November 1974

Kontaktadresse in der BRD:

Wolfgang Reiche, 1 Berlin 30,
Winterfeldtstr. 84

Spenden zur Unterstützung der CCP bitte auf das Konto:

Wolfgang Reiche,
Postscheckamt Hannover 1494 67-306
(Vermerk: Hilfe für CCP)

Nach Abschluß der redaktionellen Arbeit erreichte uns die Nachricht, daß die inhaftierten Mitglieder der CCP freigelassen wurden. Trotzdem bedarf diese Organisation auch weiterhin der Unterstützung, um die Fortführung der Arbeit zu ermöglichen.

Chile

Jorge Montes in Lebensgefahr

Telegramm aus Kuba

1111su bln a dd
zczc 040
cb164 rca116
havanacuba 134 31 1504 pag1/50

lt
comitee solidarität mit chile

HABEN AN BEHÖRDEN UND PARLAMENTE FOLGENDEN DRINGENDEN AUFRUF GESANDT UM LEBEN GENOSSEN JORGE MONTES ZU RETTEN ERBITTEN INTERVENTION MIT ÄUSSERSTER EILE UM LEBEN CHILENISCHEN SENATORS JORGE MONTES UND FAMILIE ZU RETTEN VERHAFTET VON CHILENISCHER JUNTA

MONTES CHILENISCHER PROFESSOR EHEMALIGES MITGLIED VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSS SENAT MITGLIED ZENTRALKOMITEE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHILES BEKANNTER JOURNALIST

WURDE BRUTAL GEFOLTERT IN KRIEGSAKADEMIE LUFTWAFFE ZÄHNE AUSGERISSEN TROMMELFELLE GEPLATZT BEIN GELÄHMT INTERNE BLUTUNGEN LASSEN UM LEBEN FÜRCHTEN

SEINE FRAU JOSEFINA MIRANDA UND TOCHTER ROSA MARIA BRUTAL MISSHANDELT AM RANDE DES WAHNSINNS TOCHTER DIANA MISSHANDELT UND ARM GELÄHMT

IHRE INTERVENTION IST ENTSCHEIDEND DANKEN AUFRICHTIG AUFNAHME DIESES APPELLS BITTEN MASSNAHMEN ZU ERGREIFEN UM DIESE KAMPAGNE WIRKUNGSVOLLER ZU MACHEN DANKEN FÜR IHRE SOLIDARITÄT

COMITE CHILENO SOLIDARIDAD



Portugal und seine ehem. Kolonien in Afrika

Perspektiven der Entkolonisierung

Franz Wilhelm Heimer, Freiburg

Teil I u. II

Vorbemerkung der Redaktion

Eine redaktionsinterne Diskussion über den nachfolgend abgedruckten Artikel der "blätter" erbrachte, daß die in diesem Artikel gelieferte Einschätzung zur Rolle Portugals in der Lösung der sog. Entkolonialisierungsfrage Widerspruch herausfordern kann. Der Autor des Artikels, Franz Wilhelm Heimer, sieht diese Rolle entscheidend gekennzeichnet durch den Wunsch Portugals, den Entkolonialisierungsprozeß in seinen Afrika-Territorien möglichst schnell zu einem Abschluß zu führen, wobei die afrikanischen Befreiungsbewegungen in eigener Verantwortung Weg und Ziel des Entkolonialisierungsprozesses bestimmen sollen, während Portugal sich darauf beschränkt, lediglich Hilfestellung zu dessen reibungsloser Abwicklung zu leisten.

Anfechtbar scheint bei dieser Einschätzung die Unbestimmtheit, in der der Autor von "Portugal" und von "Entkolonialisierung" spricht. Bei einer näheren Beschäftigung mit Heimers These wird es sich vermutlich als unumgänglich erweisen, den Geltungsbereich beider Begriffe einzuschränken. "Portugal" wäre dann wohl sinnvoll zu reduzieren auf: "Bewegung der Streitkräfte" und den ihr in der portugiesischen Regierung nahestehenden Kräften; und "Entkolonialisierung" hätte im genaueren zu heißen: Gewährung staatlich-administrativer Eigenständigkeit (nicht aber beispielsweise auch: freiwilliger Verzicht auf kolonialgewachsene Ausbeutungspfründe für die portugiesische Wirtschaft). Daß Heimer seine These in diesem oder ähnlich eingeschränkten Sinne verstanden wissen will, deutet sich an zahlreichen Stellen seines Aufsatzes an (vgl. dazu beispielsweise das "Vorwort" oder Fußnote (7)). Dies wird jedoch (vermutlich, weil ihm dies selbstverständlich erscheint) nirgendwo explizit zum Ausdruck gebracht.

Kontrovers zu diskutieren ist zudem auch die Erklärung, die Heimer zum Verständnis der oben angesprochenen Einschätzung anbietet. Heimer spricht hier an vorderster Stelle von der in Portugal bis zum Zeitpunkt des Umsturzes vom 25. April gänzlich vernachlässigten bzw. bewußt unterdrückten geistigen Auseinandersetzung mit der Entkolonialisierungsproblematik - ein Umstand, der es Portugal dann unmöglich gemacht habe, zur Wahrnehmung seiner Eigeninteressen gezielt steuernd in den Entkolonialisierungsprozeß einzugreifen. Zu fragen wäre hier, ob Heimer die Erklärungskraft dieser, nennen wir sie in Anlehnung an Heimer selbst: "Perzeptionsthese" nicht zu sehr überzogen hat. Scheint nicht vielmehr zur Erklärung der Selbstbescheidung, die sich Portugal in der Lösung der Kolonialfrage auferlegt hat, eine von Heimer im weiteren angedeutete Zusatzhypothese an allerersten Stelle genannt werden zu müssen - eine Hypothese, die besagt: jeder Versuch der portugiesischen Seite, einen anderen Lösungsweg zu beschreiten, als den der Delegierung der Hauptverantwortung für die Entkolonialisierung an die betroffenen Afrikaner selbst, wäre vermutlich am Widerstand der Befreiungsbewegungen (bzw. aufgrund des rasanten Kräftezerfall in der portugiesischen Armee) gescheitert? Diese Frage ist es ohne Zweifel wert, näher diskutiert zu werden.

Zur Lektüre des vorliegenden Artikels sei noch gesagt, daß eine größere Zahl von sehr "behutsamen", begrifflich syntaktisch verschlüsselten Formulierungen (insbesondere in Kapitel I: "Perzeption der Entkolonialisierungsproblematik...") zu konzentriertem Lesen des Aufsatzes zwingen. Leser, die aus zeitlichen Gründen diesen Aufwand nicht erbringen können, seien zumindest auf Kapitel II ("Zwischenbilanz der Entkolonialisierung") und da insbesondere auf den Angola- und Mozambique-Teil verwiesen. Hier finden sich eine Vielzahl von neuen Einschätzungen und Korrekturen von bislang "geltenden" Einschätzungen, die unseres Wissens nach in die politische Diskussion in der BRD noch kaum Eingang gefunden haben. Dazu sei vermerkt, daß der Autor des nachfolgenden Artikels sich Ende letzten Jahres für einige Wochen in Angola und Portugal aufgehalten hat und über eine Anzahl persönlicher Kontakte sich ständig aus erster Hand über die in Angola und Portugal ablaufenden Ereignisse informierte.

Red.

Vorwort

Der vorliegende Artikel stellt einen Versuch dar, mehrjährige Forschungen zu und in Angola sowie eine damit einhergehende Beschäftigung mit Portugal und seinen übrigen afrikanischen Kolonien für eine Interpretation des Ent-

kolonialisierungsprozesses nutzbar zu machen, der im letzten Jahr eingesetzt hat. Der Artikel baut unmittelbar auf Vorträgen auf, die vom Autor im Zeitraum zwischen September und Dezember 1974 in Luanda, Lissabon und Freiburg gehalten wurden. Er erhebt nicht den Anspruch auf eine in allen Teilen ausgefeilte Analyse.

Im ersten Teil des Artikels kommt es darauf an, skizzenhaft herauszuarbeiten, wie sich die Entkolonialisierung in der Sicht der verschiedenen "Akteure" darstellt. Dabei wurde besonders auf eine Klärung von Einstellung und Verhalten des "neuen Portugals" Wert gelegt, ohne daß es allerdings möglich gewesen wäre, die komplexen Interessen-, Macht- und Richtungskämpfe, die hier hereinspielen, im einzelnen zu schildern.

Der zweite Teil unternimmt es, für jedes der fünf bisherigen Afrika-Territorien eine Zwischenbilanz des seitherigen Prozesses zu ziehen. Er hebt besonders auf das Zusammenspiel zwischen der portugiesischen Regierung und den Widerstandsbewegungen ab und weist - in durchaus vorläufiger Weise - auf die Vorbedingungen für die weitere Entwicklung hin, die sich gegenwärtig abzeichnet.

Im dritten und vierten Teil (diese Teile werden erst im März-Heft der "blätter" zum Abdruck kommen) geht es darum, im Falle Angolas das "Strukturmuster" der dort durch die portugiesische Kolonialherrschaft eingeengten gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuzeigen und damit offenzulegen, welche Rahmenbedingungen dort für die "Entkolonialisierung" - also für die Überwindung eben dieser Verhältnisse - gegeben sind. Es wird gleichzeitig herausgestellt, daß in der augenblicklichen Situation auch Tendenzen angelegt sind, die nicht auf eine echte Entkolonialisierung hinauslaufen, sondern trotz politischer Unabhängigkeit auf eine Festschreibung "struktureller Heterogenität" (und damit auf Verzerrungen gesamtgesellschaftlicher Gegebenheiten) und auf die Herstellung neuer Formen von Dependenz.

Der Schlußteil diskutiert dann ausgehend von diesem analytischen Ansatz erneut die Entkolonialisierungsproblematik der übrigen Territorien, geht auf die mögliche Rolle Portugals für deren Entscheidung zwischen alternativen Möglichkeiten ein und weist auf Verbindungen zur Situation Ganz-Afrikas hin.

I. Perzeptionen der Entkolonisierungsproblematik in Portugal und seinen bisherigen Besitzungen in Afrika

Als am 25. April 1974 das Militär in Portugal die Macht ergriff, legte es ein Rahmenprogramm vor, das es zur verbindlichen Grundlage für die Neuorientierung des Landes erklärte. Die Kernstücke dieses Programmes lassen sich mit den Begriffen der Demokratisierung, der Entkolonisierung und der Entwicklung bezeichnen, die effektiv zu Schlüsselworten für die politischen Vorgänge in den ersten neun Monaten nach dem Umbruch geworden sind.

Dabei lassen sich jedoch tiefgreifende Unterschiede beobachten. "Demokratisierung" und "Entwicklung" stehen für gesellschaftspolitische Normvorstellungen, die spätestens nach der Aufgabe des Gedankens eines portugiesischen Commonwealths ausschließlich auf Portugal selbst bezogen wurden (1). Ursprünglich zwar nicht als Lehrformeln, jedoch ohne wirklich präzise Inhaltsbestimmung vorgeschlagen, haben sie einen Reflexionsprozeß ausgelöst, der durch die Konfrontation von verschiedenen Strömungen untereinander und mit den (z.T. neuentdeckten) Realitäten des Landes an Intensität ständig zugenommen hat. Knapp ein Vierteljahr vor den angesetzten allgemeinen Wahlen zeichnet sich ab, daß für die Gestaltung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse Portugals, insbesondere des politischen Systems und der Wirtschaft, eine Reihe von Konzeptionen zur Diskussion gestellt werden, die weniger gemeinsam haben als anfänglich veranschlagt wurde. Die zeitweise krisenhaften Auseinandersetzungen machen zudem deutlich, daß der Kampf um die Durchsetzung dieser Konzeptionen sich in vollem Gange befindet und sein Ausgang z.Z. nicht absehbar ist.

Im selben Maße, in dem dieser Prozeß losgelöst von der Problematik der bisherigen Überseegebiete ablief, mußte umgekehrt die Entkolonisierung als ein Vorgang erscheinen, der für die Bemühungen Portugals um die Bewältigung seiner eigenen Zukunft allenfalls den Stellenwert einer Rahmenbedingung hat (2). Damit entfiel auch weitgehend die Motivierung, sich darüber klar zu werden, was Entkolonisierung genau bedeuten könnte oder sollte.

Untersucht man die dazu vorliegenden Äußerungen auf ihren Vorstellungsgehalt hin, so stellt man in der Tat fest, daß dieser im allgemeinen unscharf ist, zahlreiche Widersprüche aufweist und

---

1) Versuche, die bisherigen Kolonien in dieser Zielsetzung einzubeziehen, sind nur sporadisch zu verzeichnen und in der Diskussion ohne Gewicht.

2) Natürlich ist man sich bewußt, daß die Entkolonisierung - was immer sie genau bedeuten mag - Rückwirkungen vor allem wirtschaftlicher Art auf Portugal haben muß. Der Prozeß der Entkolonisierung selbst wird jedoch zunächst als unabhängig von dem eingeleiteten bzw. angestrebten gesamten wirtschaftlichen Prozeß in Portugal aufgefaßt. Diese getrennte Sicht liegt um so näher, als es einstweilen noch unklar und kontrovers ist, was die Aufgabe der Kolonien für Portugal im Endeffekt bedeute.

vielfach an den Gegebenheiten vorbeigeht. Natürlich konnte nie ein Zweifel darüber bestehen, daß Entkolonisierung zur Aufgabe der Herrschaft Portugals über seine bisherigen Kolonien führen müsse. Bereits in der Frage, ob die einzig mögliche und sinnvolle Konsequenz daraus sei, alle Territorien "in die Unabhängigkeit zu entlassen", fehlte aber bereits die Einmütigkeit: zumindest in der ersten Zeit nach dem Umbruch fand der Gedanke eines Bundesstaates oder Staatenbundes (eventuell unter Einschluß Brasiliens) viele Anhänger. Daß jedoch die Form politischer Selbstbestimmung für die Kolonien im Grunde instrumentalen Charakter hat und das eigentliche Problem der Entkolonisierung in der Überwindung der dort durch die Kolonisierung geschaffenen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse besteht, ist den Portugiesen kaum ins Bewußtsein gedrungen - wenn sich auch recht häufig diffuse und/oder partielle Vorstellungen von der Art antreffen lassen, daß man das Vorhandensein einer Reihe von Mißständen als gegeben ansieht und davon ausgeht, daß es diese nunmehr zu beheben gilt.

Dieser Zustand ist nun alles andere als verwunderlich. Die letzten fünfzig Jahre der Kolonialzeit - also deren "Hochblüte" - sind ja mit der Phase zusammengefallen, während derer in Portugal ein autoritäres Regime herrschte. Wie alle politischen Systeme seiner Art, so drosselte der korporatistische Staat Salazars und Caetanos die Produktion und Verbreitung "problematischer" Information auf das äußerste und versuchte zudem, mit Hilfe von Legitimationsideologien die Perzeption gesellschaftlicher Verhältnisse und Vorgänge zu steuern. Zumindest im Bezug auf die Kolonien sind diese Bemühungen ungemein erfolgreich gewesen. Selbst die politisch interessierten Portugiesen haben als Folge davon in aller Regel ein völlig unzulängliches und/oder unzutreffendes Bild von den realen Gegebenheiten in den bisherigen "Überseeprovinzen". So weit sie mit diesen aufgrund beruflicher oder anderer Funktionen befaßt waren und sie aus eigenem Augenschein bekennen, verfügen sie zwar über ein - wenn auch fast immer ausschnittsweises - Faktenwissen und häufig auch über ein gewisses Problembewußtsein, ganz selten jedoch über die Voraussetzungen zu einer zusammenhängenden und zutreffenden Gesamtanalyse.

Angesichts einer so weitreichenden Unkenntnis der Resultate des Kolonisierungsprozesses ist es völlig natürlich, daß die Vorstellungen zum Entkolonisierungsprozeß bis in die Kreise der zivilen und militärischen "decision makers" (Machtträger; Anm. d. Red.) hinein skizzenhaft und unsicher sind. Und wenn in dieser Situation das grundsätzlich richtige Prinzip verkündet wird, der Entkolonisierungsprozeß müsse von den bislang Kolonisierten selbst bestimmt werden und die bisherige Metropole könne dabei allenfalls Hilfestellung leisten, so erscheint das gleichzeitig als Geste der Resignation angesichts eines Problems, von dem man sich überfordert fühlt. Eine Haltung, die um so verständlicher ist, als die tragenden politischen Kräfte Portugals immer stärker von den Schwierigkeiten im eigenen Lande in Anspruch genommen werden.

Es sollte hier allerdings angemerkt werden, daß diese Zuspitzung der portugiesischen Haltung u.a. durch die strikte Ablehnung von Föderationsplänen seitens einiger Bewegungen - vornehmlich des PAIGC und der FRELIMO - bedingt wurde. Die angesichts dieser Haltung zu erwartenden wahrscheinlich unüberwindlichen Schwierigkeiten zur Durchsetzung eines solchen Modells haben in einer Situation, in der Portugal mit erheblichen inneren Problemen zu kämpfen hatte, zweifellos den Ausschlag dafür gegeben, daß sich innerhalb der Regierung die Verfechter der einfachsten Lösung, also der sofortigen und getrennten politischen Unabhängigkeit der Territorien, durchsetzten.

Bei den "Kolonisierten" ist die Lage recht differenziert (3). Nehmen wir die fünf Territorien zusammen, so ist sicher festzuhalten, daß der ganz überwiegende Teil der (ja vornehmlich ländlichen) afrikanischen Bevölkerung nur einen mehr oder weniger begrenzten Gebietsausschnitt übersieht. Sie besitzt zwar zumindest potentiell eine Reihe von Grundeinsichten in die Situation - Grundeinsichten, die man bei den meisten Kolonisatoren vergeblich sucht, durchschaut jedoch weitreichendere und komplexere Zusammenhänge nicht bzw. nur in dem Maße, in dem durch einen Anstoß von außen ein Prozeß der Bewußtseinsbildung induziert worden ist. Entkolonisierung konnte also von der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit zumindest bis zu der seit April 1974 eingeleiteten Entwicklung durchweg nur auf mögliche Veränderungen innerhalb des lokalen oder regionalen Horizonts reflektiert werden und erschien in diesem Rahmen generell als "uhuru", Freiheit von der Herrschaft des Weißen, oft sogar weniger von dessen direkter wirtschaftlicher Ausbeutung, als von seinen ständigen Eingriffen in den (residualen...) Selbstbestimmungsbereich der Individuen und sozialen Gruppen (Familie, Dorfgemeinschaft u.ä.) (4). Welche Folgen und Möglichkeiten sich aber aus dem Ende der Herrschaft der Weißen ergeben könnten, vermag man hier nur sehr partiell abzu-

---

3) Die residualen Kolonien Portugals in Asien, Macau und Timor, werden in den folgenden Ausführungen nicht berücksichtigt, da mir ihre besondere Situation nicht hinlänglich bekannt ist.

4) Dies betrifft nur bedingt zu auf die Kapverdischen Inseln, wie noch zu zeigen sein wird.

schätzen, und die Vorstellungen dazu, was aus der gewonnenen Freiheit zu machen wäre, sind fast immer durch einen engen sozialen Bezugsrahmen begrenzt und nicht selten konservativen Charakters. Die städtischen Eliten (5) haben ohne Zweifel einen relativ größeren Überblick, doch sind sie ebenso stark durch den Mangel an verfügbaren Informationen behindert, wie die Portugiesen selbst. Außerdem haben sie - wie dies ja in ganz Afrika zu beobachten ist - die ideologische Sichtweise der Kolonisatoren zumindest in Teilen übernommen; der Zugang zu vielen Aspekten der Realität fällt ihnen daher nicht selten schwerer, als der Landbevölkerung.

Die Widerstandsbewegungen haben sich bemüht, die hier nur angedeuteten Begrenzungen zu überwinden und zu einer differenzierten, zusammenhängenden und stämmigen Sicht der Gesellschaftsverhältnisse zu kommen, gegen die sie sich auflehnten. Es ging ihnen zudem darum, ihr zu Anfang noch diffuses und/oder bruchstückhaftes Bild von einer anzustrebenden entkolonisierten Gesellschaft zu einer geschlossenen Zielvorstellung auszubauen. Schließlich war es ihnen darum zu tun, Strategien zu einer Überwindung der am Ende der Kolonialzeit gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung auf die von ihnen formulierten Zielvorstellungen zu entwickeln.

Wie aus dem dokumentarischen Material der Bewegungen ablesbar ist, hat die Reflexion auf den drei Ebenen - der Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, der Formulierung gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen und der Erarbeitung entwicklungspolitischer Strategien - zu Ergebnissen geführt, die nach Inhalt und Reichweite recht unterschiedlich sind. Der Grund dafür dürfte in dem Zusammenwirken einer Reihe von Faktoren zu sehen sein: die konkrete Beschaffenheit und der Grad an Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse im jeweiligen Territorium; die in dem Widerstand eingebrachte und in seinem Verlauf hinzuerworbene Erfahrung mit diesen Verhältnissen; der Grad Inanspruchnahme durch militärische Aktivitäten und/oder politische Konflikte im Inneren der Bewegung sowie mit konkurrierenden Bewegungen; die Art und Intensität des Kontaktes mit anderen afrikanischen und nichtafrikanischen Widerstandsbewegungen; die Teilnahme an der Erfahrung unabhängiger afrikanischer und nichtafrikanischer Länder; der Anschluß an die laufenden Diskussionen zur "ungleichen Entwicklung" und deren Überwindung (6); die Art und der Grad der Abhängigkeit von anderen Ländern, Organisationen, Institutionen u.ä.; die Charakteristika der führenden Kader etc.

Die in Afrika beheimateten Portugiesen schließlich, vielfach mehr Instrumente als Nutznießer des Kolonialsystems, zeichneten sich traditionell durch eine weitgehende Unfähigkeit aus, sich auch nur vorzustellen, daß in den portugiesischen Besitzungen grundsätzlich andere als die bislang vorfindlichen gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen und von ihnen akzeptiert werden könnten. Seit Beginn der allgemeinen Entkolonisierung in Afrika, verstärkt jedoch seit dem Ausbruch des Aufstandes in Angola im Jahre 1961, hatte es sich Lissabon zudem angelegen sein lassen, die Überseeportugiesen nicht etwa auf die Möglichkeit einer Entkolonisierung auch der portugiesischen Gebiete vorzubereiten, sondern ihnen im Gegenteil einzuhämmern, man werde zwar hier und da eine "Kurskorrektur" vornehmen, doch sei an eine einschneidende Änderung des Status quo nicht zu denken. Es verstärkte damit eine Art psychologischer Blockierung, die es den meisten Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe bis zur Unmöglichkeit erschwerte, die Realitäten ihres jeweiligen Landes so zu sehen, wie sie waren, und Alternativen, wie sie von den Widerstandsbewegungen und von unabhängigen afrikanischen Ländern vorgeschlagen und vorgelegt wurden, als annehmbar oder auch nur diskutabel zu betrachten. Nach dem Umbruch in Portugal gingen daher ihre Reaktionen generell in drei Richtungen: Bewahrung des Status quo unter Rückgriff auf alle verfügbaren Mittel, Auswanderung oder pragmatische Anpassung mit dem Ziel, eine Veränderung des Status quo so weit wie irgend möglich einzudämmen. Mit Ausnahme einer kleinen, vom Rest ihrer sozialen Gruppe politisch isolierten Minderheit, die mit den afrikanischen Widerstandsbewegungen und/oder der Bewegung der Streitkräfte sympathisierte, war also von der weißen Bevölkerung in den portugiesischen Kolonien zunächst ein konstruktiver Beitrag zum Entkolonisierungsprozeß nicht zu erwarten.

---

5) Der Begriff wird hier ohne jede Wertung gebraucht. Welche Gruppen damit gemeint sind, ergibt sich weiter unten aus der Analyse der Gesellschaftsstruktur Angolas.

6) Mit der Kurzformel "ungleiche Entwicklung" werden in terminologisch-begrifflicher Anlehnung an Samir Amin, Le développement inégal: Essai sur les formations sociales du capitalisme périphérique (Paris 1973) die Bemühungen bezeichnet, unter Hereinnahme der Diskussion zu Imperialismus, Dependenz usw. und des dazu inzwischen vorliegenden empirischen Materials zu einer umgreifenden Theoriebildung zu Charakter und Außendeterminiertheit von Unterentwicklung in der "Dritten Welt" zukommen. Dementsprechend wird die "Überwindung von Unterentwicklung" in Begriffen gedacht, wie sie etwa Dieter Senghaas und Hartmut Elsenhans neuerdings in ihren Beiträgen zum Sonderheft Schwerpunkt II (1974) der Informationen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung vorgetragen haben.

II. Zwischenbilanz des Entkolonisierungsprozesses

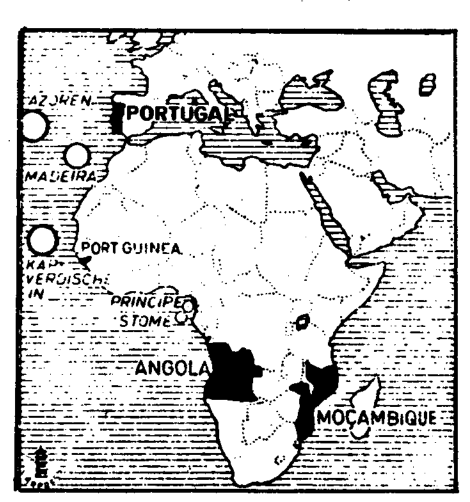
Diese Konstellation von Perzeptionen und daraus resultierenden Haltungen hat in der ersten Phase der Entkolonisierung zu einer nicht selten überstürzt apostrophierten Entwicklung geführt, bei der jedoch für den weiteren Verlauf des Prozesses nicht mehr als einige wenige Weichen gestellt wurden.

Gegen den Druck der Afrikaportugiesen und der Afrikalobby im eigenen Land (7) hat sich die Regierung in Lissabon nach anfänglichen Richtungskämpfen immer eindeutiger darauf konzentriert, sich möglichst rasch von der unmittelbaren Verantwortung für die Entkolonisierung zu entlasten. Ihr Bemühen richtete sich infolgedessen fast ausschließlich darauf, für jedes Territorium eine Modalität zu finden, die es erlaubte, ohne mehr als den absolut notwendigen Verzug die portugiesische Souveränität auf Vertreter einer neuen staatlichen und nationalen Legitimität zu übertragen. Bei der Suche nach annehmbaren Modalitäten ließ sie sich in jedem Falle von einem Grundprinzip leiten: sie gab jeweils der Lösung den Vorzug, die unter den gegebenen Umständen die vergleichsweise geringsten "sozialen" Kosten (durch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Verfall von Wirtschaft und Verwaltung usw.) mit sich zu bringen versprach. Erst in zweiter Linie wurden ideologische Motivierungen wirksam und führten zu zusätzlichen Rahmenbedingungen derart, daß man eine Festschreibung kolonialer Verhältnisse - etwa mit Hilfe eines "rhodesischen Modells" oder "neokolonialer" Abhängigkeit ausschloß oder zu verhindern suchte (8).

Zu raschen Lösungen der gewünschten Art konnte es jedoch nur im Zusammengehen mit den Widerstandsbewegungen kommen und setzte sogar voraus, daß diese dabei eine Schlüsselrolle übernahmen. Die portugiesische Regierung hatte es sich also aus ihrer eigenen Interessenlage heraus angelegen sein zu lassen, den Weg für die Übernahme dieser Rolle freizumachen und zu sichern; gegebenenfalls mußte sie auch bereit sein, einer Widerstandsbewegung dabei Hilfestellung zu leisten, der ihr zufallenden Aufgabe gerecht zu werden.

Grundsätzlich deckte sich dieses Interesse natürlich mit dem der Widerstandsbewegungen selbst, deren Bestreben und Anspruch ja von Anfang an darauf gerichtet war, die Verantwortung für Unabhängigkeit und Entkolonisierung des jeweiligen Landes zu übernehmen. Die einzelnen Bewegungen wurden jedoch von dem Umbruch in Portugal in durchaus uneinheitlicher innerer und äußerer Lage angetroffen. Obwohl ursprünglich zwischen einigen von ihnen - PAIGC, FRELIMO und MPLA - eine Absprache auf gleichförmiges Vorgehen bestand, begannen sie aus dieser Lage heraus sehr bald, in unterschiedlicher Weise auf den portugiesischen Wunsch zur Entkolonisierung zu reagieren, der sich - wie ausgeführt - binnen kurzem in ein Drängen auf eine zügige Vorbereitung der politischen Unabhängigkeit abwandelte.

Wenn also auch im Verlauf weniger Monate in allen fünf Territorien der Entkolonisierungsprozeß im Zusammenspiel zwischen portugiesischer Regierung und Widerstandsbewegungen in Gang gesetzt wurde, so ergab sich doch für jedes von ihnen eine andere Lage. Die Differenzen - die zum Teil offen zutage liegen,



sich zum Teil aber auch unter äußeren Ähnlichkeiten verbergen - sind einstweilen weniger auf Klarheit und Geschlossenheit der bei den Bewegungen vorhandenen Konzeptionen zum eigentlichen Entkolonisierungsprozeß zurückzuführen; auch die ideologische Färbung dieser Konzeptionen hatten in der ersten Phase nur ein begrenztes Gewicht gehabt. Aus-

---

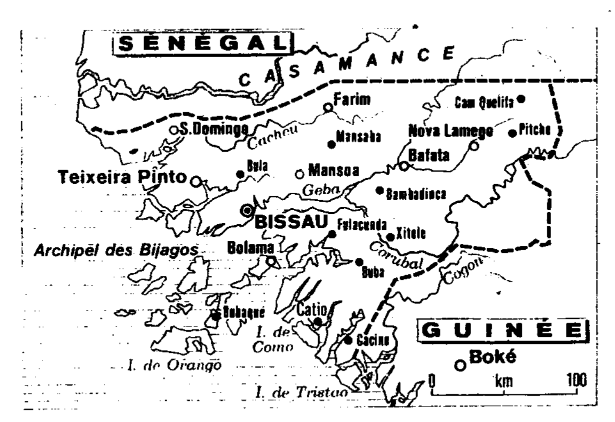
7) Wichtigstes Element dieser Lobby ist naturgemäß die Gruppe von Industrie- und Handelsunternehmen, Banken usw., die zu einem erheblichen Teil in den bisherigen Kolonien tätig sind. Dieser volkswirtschaftlich in Portugal weitgehend parasitären Gruppe hat zwar der Europa-orientierte Teil der Wirtschaft in politischer und wirtschaftlicher Bedeutung den Rang abgelaufen, so daß sie die Grundsatzentscheidung für die Entkolonisierung nicht in Frage zu stellen vermochte; sie behält aber weiterhin beachtliches Gewicht in Portugal und vor allem in einigen der bisherigen Kolonien, kann bei Teilen der portugiesischen Militärs, Politiker und hohen Verwaltungsbeamten auf Sympathien rechnen und bemüht sich naturgemäß, den Prozeß der Entkolonialisierung in eine für sie "akzeptable" Richtung zu lenken.

8) Die Frage, wieweit die Rücksichtnahme auf die Regierungen und/oder die öffentliche Meinung anderer Länder als weitere generelle Motivierung ins Spiel kam, scheint im Augenblick noch keine sichere Antwort zuzulassen.

schlaggebend waren einstweilen vielmehr solche "handgreifliche" Faktoren wie die militärische und politische Stärke der Bewegungen, die Größe und wirtschaftliche Bedeutung des Territoriums, das Interesse und die Einflußnahme anderer afrikanischer und nichtafrikanischer Länder, die Stärke des portugiesischen Bevölkerungsanteils u.a.m. Die Konstellationen, die auf diese Weise zustande gekommen sind, haben jedoch - zumindest vorläufig - eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen, die der Entwicklung und Durchsetzung weiterreichender Entkolonisierungskonzeptionen förderlich oder hinderlich sind bzw. diese in bestimmte Richtungen lenken könnten.

Guinea-Bissau

Die relativ klarste Situation besteht zweifellos in Guinea-Bissau. Begünstigt durch die Überschaubarkeit des Gebietes und die außergewöhnlichen Fähigkeiten Amilcar Cabrals ist es dem PAIGC gelungen, sich nicht nur ein klares Bild über die im Lande vorgegebenen Verhältnisse zu machen, sondern auch ein - dezidiert nichtkapitalistisches - Projekt einer zukünftigen Gesellschaft und eine Strategie zu deren Verwirklichung zu entwerfen. Die militärische und politische Stärke des PAIGC hat es eben darüber hinaus erlaubt, bereits vor dem Umbruch in Portugal in Teilen Guineas nach seinen eigenen Vorstellungen ansatzweise die Schaffung der neuen Gesellschaft vorzubereiten. Die einzige erwähnenswerte Konkurrenzbewegung, die FLING, fiel nicht wirklich ins Gewicht. Die Opposition einiger Bevölkerungsfragmente, insbesondere der Fula, erschien als weitgehend an den Bestand der Kolonialherrschaft gebunden und innerhalb des gesellschaftlichen Projektes der Bewegung des PAIGC auflösbar. Vor allem seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1973 konnte das PAIGC schließlich mit einer internationalen Unterstützung rechnen, die beträchtlich über den afro-asiatischen und den sozialistischen Block hinausging. Die vielberufene "normative Kraft des Faktischen" ermöglichte es ihm aufgrund all dieser Voraussetzungen, von der neuen portugiesischen Regierung bereits zu einem Zeitpunkt als einziger legitimer Vertreter Guinea-Bissaus anerkannt zu werden und seine Forderung nach völliger und sofortiger politischer Unabhängigkeit durchzusetzen, als in Lissabon über den einzuschlagenden Kurs noch keineswegs Klarheit bestand. Erleichtert wurde dies zweifellos durch die geringe wirtschaftliche Bedeutung des Landes und das Fehlen eines irgendwie erheblichen portugiesischen Bevölkerungsanteils. Von dem Augenblick an, in dem das PAIGC aus einer realistischen Einschätzung der zu jenem Zeitpunkt gegebenen Möglichkeiten auf seine ursprüngliche Forderung verzichtete, gleichzeitig für die Kapverdischen Inseln zu sprechen und diese im Rahmen eines staatlichen Zusammenschlusses mit Guinea-Bissau ebenfalls zur sofortigen Unabhängigkeit zu führen, ging es deshalb in den Verhandlungen mit Portugal im Grunde nur noch um Abwicklungsmodalitäten für die Herstellung der effektiven politischen Unabhängigkeit des Landes und die Übernahme der Kontrolle aller Sektoren durch die Partei. Seitdem beides erfolgt ist, hat sich das PAIGC gleichzeitig um den Aufbau eines stark partizipatorisch orientierten politischen Systems und um den Ausbau einer bereits vorher konzipierten und angewandten Entwicklungsstrategie bemüht, die sich vor allem durch den Versuch einer weitgehenden wirtschaftlichen Ausgliederung aus dem Weltmarkt auszeichnet. Weder Portugal noch ein anderes Land, noch auch ausländische Wirtschaftsinteressen üben auf diesem Prozeß bislang einen nennenswerten Einfluß aus. Von der angebotenen technischen und finanziellen Entwicklungshilfe - mit denen sich zumindest einstweilen Portugal stärker zurückhält als andere Länder - macht das PAIGC einen ausgesprochen selektiven Gebrauch. Guinea-Bissau scheint damit z.Zt. über eine reale Chance zu verfügen, nach eigenem Konzept und im Rahmen der vorgegebenen (ökologischen, außenwirtschaftlichen usw.) Möglichkeiten die auf allen Ebenen wirksame koloniale Unterentwicklung in Richtung auf ein praktikables und vom Konsensus der Bevölkerung getragenes Modell gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse zu überwinden, das sich stark von dem der ("westlichen" und "östlichen") Industriegesellschaften unterscheidet.

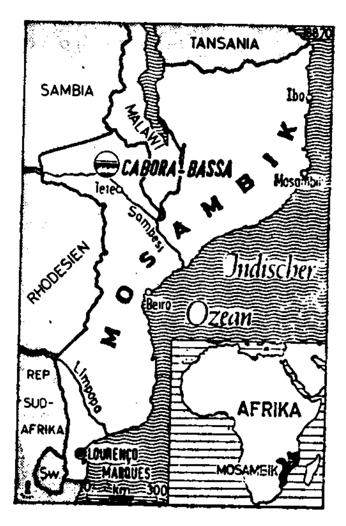


Mozambique

In Mozambique liegen die Dinge in manchem ähnlich, in entscheidenden Punkten jedoch anders. Wie das PAIGC, so hat sich die FRELIMO vor und nach dem 25. April 1974 gegenüber konkurrierenden Bewegungen und Gruppierungen eindeutig als einziger legitimer Vertreter der afrikanischen Bevölkerung durchsetzen können; wie das PAIGC, so war die FRELIMO im Moment des Umbruchs in Portugal dabei, ihre militärische und politische Stellung auszubauen; wie das PAIGC, und in einer ähnlichen ideologischen Richtung, hatte die FRELIMO Ziel-

vorstellungen zu einer entkolonisierten Gesellschaft entwickelt und in den von ihr kontrollierten Gebieten zumindest punktuell damit begonnen, diese in die Praxis umzusetzen. Angesichts der Größe und ungleich komplexeren Verhältnisse Mozambiques tat sich jedoch die FRELIMO bedeutend schwerer, eine umfassende und detaillierte analytische Grundlage für ihre gesellschaftspolitischen Konzeptionen zu gewinnen und daraus eine zugleich globale und konkret in die Praxis umsetzbare Strategie für die Zeit nach der Unabhängigkeit abzuleiten. Neben der Notwendigkeit, den zahlenmäßig erheblichen, einer Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Status quo zunächst durchaus feindlich gesinnten portugiesischen Bevölkerungsanteil unter Kontrolle zu halten, war dies ein entscheidender Grund dafür, daß die FRELIMO auf eine sofortige Unabhängigkeit Mozambiques verzichtete und statt dessen für eine Übergangszeit eine aktive portugiesische Beteiligung an der politisch-administrativen und militärischen Verantwortung wünschte. Aus denselben beiden Gründen entschied sie sich auch dafür, zunächst ein sehr begrenztes Mindestmaß von Änderungen in Wirtschaft, Verwaltung, Erziehung usw. vorzunehmen und im Gegenteil - notfalls sogar unter Einsatz von Gewalt gegen "undisziplinierte" Afrikaner - aktiv dafür zu sorgen, daß die Dinge einstweilen so weit wie möglich ihren gewohnten Gang gehen. Nur so kann die FRELIMO in der Tat hoffen, gleichzeitig mit zwei Aufgaben fertig zu werden, deren jede schwer genug ist: ihre politische Kontrolle über das Land zu konsolidieren und eine gesellschaftspolitische Entwicklungsstrategie auszuarbeiten. Bereits jetzt ist festzustellen, daß sie bei der Bewältigung der ersten Aufgabe beachtliche Erfolge zu verzeichnen hat. Auch außerhalb ihrer traditionellen militärisch-politischen Operationsgebiete verfügt sie heute bei der afrikanischen Bevölkerung über eine wachsende Autorität und kann hier auf eine steigende Partizipationsbereitschaft rechnen; ähnliches gilt für große Teile der einheimischen Portugiesen, denen die FRELIMO die Überzeugung zu vermitteln vermochte, daß sie ihnen ein Verbleiben im Lande unter annehmbaren Bedingungen garantieren will und kann. Was die Entwicklungsstrategie betrifft, so hat die FRELIMO sich in einer ersten Phase mit großer Intensität zusammen mit portugiesischen Fachleuten (Mitglieder der Übergangsregierung, hohe Verwaltungsbeamte u.a.m.) darum bemüht, ihre Kenntnis über die derzeitige Lage Mozambiques zu vervollständigen und zu vertiefen. Sie ist damit in einen vielschichtigen Lernprozeß eingetreten, der aus dem gleichzeitig bereits einsetzenden Umgang mit der Macht zusätzliche Impulse erhält. Es ist bereits jetzt abzusehen, daß sie erheblich länger brauchen wird, als das PAIGC, ehe sie den Gesamtentwurf einer Strategie vorlegen kann.

Fallweise Äußerungen und Entscheidungen der Übergangsregierung, die bisher im wesentlichen Reaktionen auf praktische Notwendigkeiten darstellen, deuten an, daß sie weiterhin willens ist, zur Durchsetzung ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen eine partielle Ausgliederung aus dem internationalen Wirtschaftssystem zu versuchen (9). Da jedoch ein absolut und relativ sehr viel größerer Teil der Wirtschaft Mozambiques bis jetzt in dieses System integriert war und nur als Funktion dieses Systems existierte, als das in Guinea-Bissau der Fall war, stellt ein solches Vorgehen eine außerordentlich diffizile Operation dar. Um so verständlicher ist es, daß sich die FRELIMO Zeit läßt, bevor sie ihre Marschroute festlegt. Sie ist dabei allerdings - und dies stellt z.Zt. das zentrale Problem dar - dem Sog des sozioökonomischen Systems ausgesetzt, das



sie in den Griff zu bekommen versucht, das aber umgekehrt seinerseits mit ganzer Kraft versuchen wird, die bisherigen "Gegeneliten" für seine Denkmodelle, Wertvorstellungen und Verhaltensweise zu gewinnen. Wie in anderen Ländern der "Dritten Welt", so könnte dies bedeuten, daß mit Hilfe einer neuen Bourgeoisie bzw. Mittelklasse die Überwindung kolonial verursachter Gesellschaftsverhältnisse abgefälscht wird in einer "modernisierenden" Anpassung an das Weltwirtschaftssystem, unter Beibehaltung der "strukturellen Heterogenität", Außenabhängigkeit und relativen Unterentwicklung. Ungleich anderen Metropolen übt das offizielle Portugal - jedenfalls gegenwärtig -

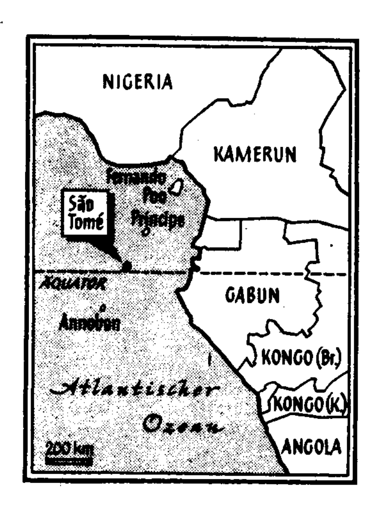
---

9) Diese Grundeinstellung erleichtert es gleichzeitig, Abgrenzungen vorzunehmen, die mehr der Solidarität mit den Widerstandsbewegungen der anderen austral-afrikanischen Länder entspringen: so etwa ein langsames Zurückschrauben der temporären Auswanderung von Arbeitskräften nach Südafrika und der "passive Widerstand" gegen die geplanten Stromlieferungen aus Cabora Bassa an Südafrika.

keinen Druck in diese Richtung aus. Es nimmt erleichtert zur Kenntnis, daß in Mozambique eine neue politische Stabilität eingekehrt ist und enthält sich wie im Falle Guinea-Bissaus des Einflusses auf den zentralen politischen Prozeß. Die portugiesischen und anderen privatwirtschaftlichen Interessen in Mozambique und der von diesen getragene "moderne" (bislang in seinem Kern fast rein europäische) Sektor der Gesellschaft haben sich jedoch allen Anzeichen nach mehrheitlich dafür entschieden, einen ernsthaften "Absorptionsversuch" zu unternehmen, werden sich allerdings wohl nur solange "kooperativ" verhalten, wie sie sich davon Erfolg versprechen (10). Der Ausgang dieses (bislang unterschwellig geführten) Kampfes hängt nicht nur von der ideologischen Widerstandsfähigkeit der FRELIMO ab, sondern auch von der Entwicklung im restlichen Afrika, besonders vom Experiment Tansania und den neuerdings in Zaire sich abzeichnenden Tendenzen.

São Tomé und Príncipe

Auf São Tomé und Príncipe hat es keinen bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit gegeben. Die Episode von 1953, die man anfangs dieses Jahres zum Anlaß für die Einrichtung eines ersten Feiertages genommen hat, stellte einen spontanen Auflehnungsversuch gegen extreme Formen der Ausbeutung einer direkt oder indirekt von importierten afrikanischen Sklaven abstammenden Bevölkerungsmehrheit durch eine ganz kleine Minderheit portugiesischer Grundbesitzer und die mit dieser verbündeten Kolonialverwaltung dar. Die Tatsache, daß dieser Aufstand sofort niedergeschlagen wurde, machte deutlich, daß anderweitige praktikable Widerstandsformen auf den Inseln unmöglich waren (11). Im Laufe der sechziger Jahre bildete sich aus z.T. im Exil lebenden Angehörigen der einheimischen Elitegruppen, die in das heutige MLSTP (Movimento de Libertaçao de São Tomé e Príncipe) einmündeten, deren Widerstand sich jedoch auf eine prekäre politische Artikulation und gelegentliche verbale Manifestationen beschränkte. Fällt dieser Bewegung angesichts evidenter Tatbestände die Analyse der Verhältnisse ihres Landes nicht sonderlich schwer, so stellt sich angesichts der winzigen Größe des Territoriums und dessen geringer wirtschaftlicher Ressourcen die Formulierung gesellschaftspolitischer Vorstellungen und Strategien im Gegensatz dazu als sehr problematisch heraus. Seit längerem diskutiert man deshalb im MLSTP ernsthaft die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit einem anderen Land. In erster Linie denkt man an Angola oder Gabun. Nebenbei wurde aber auch das Aufgehen der Inseln in einem erweiterten Äquatorial-Guinea zur Diskussion gestellt. Was das erste bedeuten würde, war und ist während der bislang unübersichtlichen Lage nicht zu entscheiden. Ein Anschluß an Gabun würde São Tomé und Príncipe in eine ungewöhnliche Situation bringen - eine Situation, die sich durch eine starke Außenabhängigkeit (in Wirtschaft und "Überbau") aber auch durch ein besonders für die privilegierten Schichten (im Vergleich zum übrigen Afrika) beachtliches Konsumniveau auszeichnet (12). Eine solche Lösung hat infolgedessen innerhalb des MLSTP zu einer (allerdings recht unpräzise geführten) ideologischen Kontroverse Anlaß gegeben, bei der je nach Präferenz die Problematik des Zusammenschlusses von Territorien, die aus unterschiedlichen Kolonisierungsformen hervorgegangen sind, hervorgehoben oder heruntergespielt wird. Für das Zusammengehen mit Äquatorial-Guinea spräche, daß man in diesem Verbund einen etwa gleich starken Partner darstellen würde; dagegen wird ins Feld geführt, daß auch die vier Gebiete zusammen nur einen Mikrostaat darstellen würde und Äquatorial-Guinea



aufgrund seiner bisherigen politischen Verhältnisse ein problematischer Partner werden könnte. In dieser Situation haben sich Portugal und das MLSTP ohne größere Schwierigkeiten darauf geeinigt, zunächst 1975 São Tomé und Príncipe als getrennten Staat zur Unabhängigkeit zu führen. Für den Augenblick will man gemeinsam darangehen, einige

10) Einstweilen empirisch nicht zu beantworten ist die Frage, ob und wieweit die örtlichen und "metropolitanen" portugiesischen Berater der FRELIMO aufgrund der bloßen Tatsache, daß sie ganz oder überwiegend "systemkonform" zu denken, zu analysieren und zu planen gewohnt sind, objektivdden "Absorptionssog" des Systems verstärkt.

11) Vgl. René Pélissier, "La guerre de Batepá", Revue Française d'Etudes Politiques Africaines, 73 (1972).

12) Vgl. dazu Heribert Weiland, "Abhängigkeit und peripherer Kapitalismus am Beispiel eines schwarzafrikanischen Kleinstaates: Gabun", Civitas-Jahrbuch für Sozialwissenschaften, 13 (1974

besonders krasse Formen der kolonialen Ausbeutung abzubauen, die Grundstruktur der Inselgesellschaft aber noch wenig antasten und im übrigen einen Entschluß zu einer längerfristigen Lösung vorbereiten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Portugal in diesem Prozeß der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auch ohne das Vorhandensein starker Eigeninteressen mehr Einfluß ausüben wird, als bei den größeren Territorien wie besonders Mozambique oder Angola. Die Chancen für São Tomé und Principe, allein oder im Verbund mit anderen zu einer effektiven Selbstbestimmung oder gar einer autozentrischen Entwicklung zu kommen, sind aber wohl in jedem Fall als bescheiden zu veranschlagen.

Kapverdische Inseln

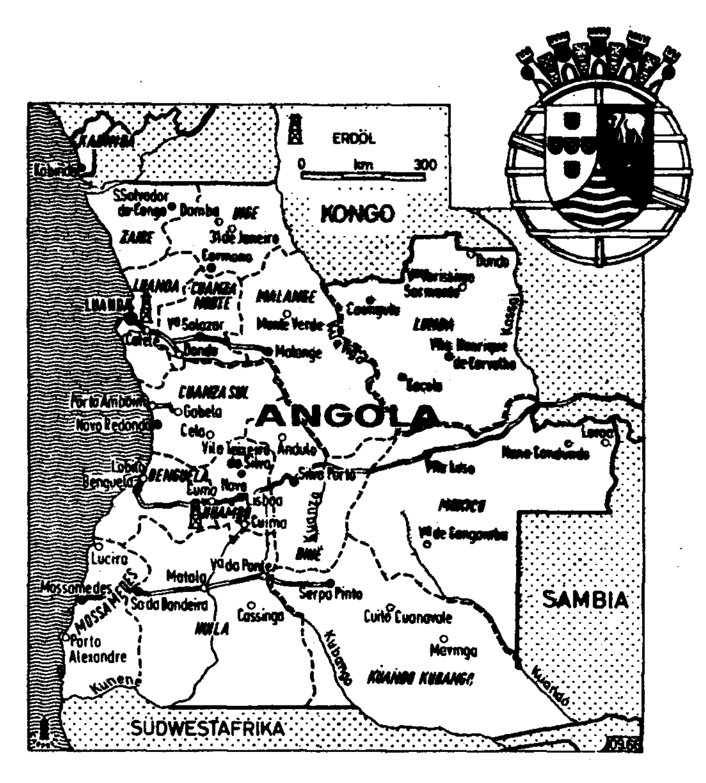
Die Kapverdischen Inseln mit ihrer "kreolischen" Bevölkerung und ihrer klar abgegrenzten kulturellen Identität haben lange Zeit eine zwiespältige Haltung gegenüber Portugal eingenommen: einerseits erschien ein völliges und gleichberechtigtes Aufgehen im "Mutterland" erstrebenswert und versuchte man (in vielen Fällen mit Erfolg), dieses Ziel unter Überwindung einer sich immer wieder manifestierenden sozialen Diskriminierung zu erreichen; andererseits schrieb man Portugal die Verantwortung für die von krasser "kultureller Heterogenität" gekennzeichnete Unterentwicklung der Inseln zu und betrachtete eine Loslösung aus der bis 1974 strikt durchgehaltenen politisch-administrativen Abhängigkeit als Voraussetzung für deren Überwindung. Erst in jüngster Zeit beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zwar historisch ihren Ursprung in dem haben, was die Portugiesen getan und unterlassen haben, daß sie aber in der Gegenwart in erster Linie durch das Zusammenwirken einer extremen Ressourcenknappheit mit einer internen sozialen Schichtung zum Teil fast feudalen Charakters bestimmt sind. Diese Bewußtseinsbildung ist zum guten Teil dem hier nur politisch, nicht militärisch wirkenden PAIGC sowie Analysen zu verdanken, die innerhalb der portugiesischen Streitkräfte unter Beteiligung kapverdischer Offiziere und Intellektueller erstellt wurde. Sie hat naturgemäß Verteidigungsmechanismen seitens derjenigen Sektoren ausgelöst, die aus den gegebenen Verhältnissen Nutzen ziehen oder zu ziehen glauben. In der sich politisch bislang kaum artikulierenden Gesellschaft der Kapverdischen Inseln ist es weder diesen noch "dritten" Kräften einstweilen gelungen, sich in ähnlicher Weise zu artikulieren wie das PAIGC. Durch die Einsetzung einer Übergangsregierung aus Kapverdianern, von denen drei durch das PAIGC benannt wurden, sowie durch die Festsetzung einer einjährigen Frist bis zu einer Volksabstimmung über die Zukunft des Archipels, hat Portugal hier eindeutig steuernd eingegriffen. Es stellt einerseits die Kapverdischen Inseln vor die Tatsache, daß sie ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen müssen, von Portugal jedenfalls die "Überwindung der Unterentwicklung" im Archipel nicht zu erwarten ist. Portugal weigerte sich andererseits, von sich aus zu entscheiden, ob die Kapverdischen Inseln mit Guinea-Bissau zusammen eine politische Einheit werden sollen oder nicht, unterstreicht, daß in dieser Sache einstweilen niemand im Namen der gesamten kapverdischen Bevölkerung sprechen kann, und schafft durch den Aufschub der Entscheidung die Möglichkeit für eine allgemeine Willensbildung in dieser Frage. Durch die Hereinnahme des PAIGC in die Regierungsverantwortung schließlich gibt Portugal diesem Gelegenheit, einen Lernprozeß nachzuholen, den es in Guinea-Bissau teilweise schon hinter sich hat, und verschärft gleichzeitig die politische Konfrontation - beides Maßnahmen, die dazu beitragen sollten, daß die Kapverdianer ihre Entscheidung ausgehend von einigermaßen klar herausgearbeiteten gesellschaftspolitischen Vorstellungen treffen können.

Angola

Daß Angola als letzte afrikanische Kolonie ein Abkommen über seinen Weg zur Unabhängigkeit geschlossen hat, liegt an einer Ausgangssituation, die von der Guinea-Bissaus und Mozambiques viel stärker unterschieden war, als dies vor dem Umbruch in Portugal im allgemeinen gesehen wurde. Die "Rahmenbedingungen" ähnelten zweifellos in manchem denen Mozambiques. Obwohl in Angola der Anteil an Afrikaportugiesen absolut und relativ größer ist, als in Mozambique, stellte er Lissabon grundsätzlich vor das gleiche Problem, einerseits eine "rhodesische Lösung" zu verhindern, andererseits auf eine für diese Bevölkerungsgruppe annehmbare Lösung hinzuarbeiten. Allenfalls war es für Portugal noch dringender, eine massive weiße Rückwanderungsbewegung aus Angola zu verhindern, die man kaum hätte verkraften können. Die (aktuelle und potentielle) wirtschaftliche und politische Bedeutung Angolas auf der afrikanischen und internationalen Szene ist, soweit zu übersehen, in etwa derselben Größenordnung anzusetzen, wie die Mozambiques. Der grundlegende Unterschied, dessen weitreichende Konsequenzen erst nach und nach deutlich werden, lag jedoch in der Situation der Widerstandsbewegungen. Am 25. April 1974 sah sich Portugal in Angola neben einer Reihe kleinerer Gruppen drei konkurrierenden bewaffneten Befreiungsbewegungen gegenüber, die sich einzeln und insgesamt in einer eindeutig schwächeren militärischen und politischen Position befanden, als die FRELIMO in Mozambique oder gar das PAIGC in Guinea-Bissau.

Das MPLA, seit Ende der sechziger Jahre die Bewegung mit der stärksten Resonanz im Inneren und Äußeren, wurde 1973 von Spaltungstendenzen gezwungen, einen großen Teil seiner Energien auf die Bewältigung einer inneren Krise zu verwenden. Es hatte infolgedessen seine militärischen Aktivitäten im Osten auf ein Mindestmaß beschränken müssen; in ihrem einzigen weiteren Operationsgebiet, einer Art von Dreieck ost-nordöstlich von Luanda, war sie durch einen konzentrierten Einsatz portugiesischer Streitkräfte und Flechas (13) empfindlich getroffen worden. Seine (MPLA; Anm. d. Red.) politische Basis in den Städten und bei den Akwambundu war ungeschmälert, doch hatte es im Osten einen Rückgang seiner politischen Präsenz hinnehmen müssen und war nicht in der Lage, diesen anderweitig zu kompensieren. Die FNLA verfügte in Zaire über relativ zahlreiche und gut ausgerüstete Streitkräfte und war dabei, zum Zeitpunkt des Umsturzes in Portugal seine Kader und seine zivilen Aktivitäten systematisch auszubauen. Sein militärischer und politischer Einfluß in Angola war jedoch im wesentlichen auf jenes Gebiet im Norden begrenzt geblieben das den Bakongo und der Mbundugruppe der Ndembu gehört. Die UNITA schließlich hatte ihre ursprüngliche politische Basis unter den Ovimbundu des zentralen Hochplateaus erhalten können, sah sich jedoch in ihren militärischen Aktivitäten auf davon getrennten Zonen des Ostens eingeschränkt und vermochte dort um so weniger Fortschritte zu erzielen, als das portugiesische Militär in diesem Gebiet nur noch zum geringeren Teil durch das MPLA gebunden war. Die militärischen Aktivitäten der drei Bewegungen insgesamt waren also anfangs 1974 rückläufig. Ihre aktive und passive Anhängerschaft war seit geraumer Zeit mehr oder weniger stationär geblieben; sieht man von den Flüchtlingen in Zaire und Sambia ab, so war der Bevölkerungsanteil, den sie der kolonialen Kontrolle hatten entziehen können, außerordentlich gering. Im gesamten Süden des Landes schließlich - zwischen dem zentralen Hochland und Namibia - hatte keine der drei Bewegungen militärisch und/oder politisch Fuß fassen können.

Die relative Schwäche der Bewegungen einzeln und insgesamt erklärt sich natürlich eben aus der Tatsache, daß sie sich nicht nur nicht zu einer Einheit zusammengefunden, sondern seit Jahren einen Kampf sowohl gegen die Portugiesen wie auch gegeneinander und gegen die jeweiligen Verbündeten geführt haben (14). Es ist mehr als verständlich, daß sie sich in einer solchen Situation an der Entwicklung von Konzeptionen zur Entkolonisierung stark behindert sahen. Eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse Angolas wurde ihnen zusätzlich dadurch erschwert, daß diese nach 1961 infolge einer hier besonders folgenreichen Umorientierung der portugiesischen Kolonialpolitik stark in Bewegung geraten waren (15). Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen waren - nicht zuletzt aufgrund unabweisbarer äußerer Einflüsse - uneinheitlich und oft wenig differenziert. Entwicklungspolitische Strategien schließlich lagen entweder in nichtoperationalisierter Form oder als Bruchstücke vor und waren natürlich alles andere als einheitlich.



Eine Ausgangssituation, in der eine Zersplitterung und Schwäche der Widerstandsbewegungen mit dem Vorhandensein eines starken europäischen Bevölkerungsanteils und massiver ausländi-

---

15) Zu erwähnen ist allerdings die aus den Reihen des MPLA hervorgegangene Studie von Mário de Andrade & Marc Ollivier, La guerre en Angola: Etude socio-économique (Paris 1971), portugiesisch erschienen als A Guerra em Angola (Lissabon 1974). Diese schlägt für die Zeit vor 1961 und den darauffolgenden Wandel einen Interpretationsentwurf vor, der jedoch an einer unzureichenden Datenbasis leidet, wie sie angesichts der eingangs erwähnten Informationskontrolle schwer vermeidlich war.

13) Afrikanische Sonderkommandos unter der Leitung der politischen Polizei (PIDE/DGS), die sich häufig aus übergelaufenen Guerillakämpfern der Widerstandsbewegungen rekrutierten.

14) 1973/74 kam es zwar nur noch sporadisch zu direkten militärischen Konflikten zwischen den Bewegungen, doch dauerten die politischen Auseinandersetzungen unvermindert an.

scher Interessen zusammentraf, ließ prinzipiell Entwicklungen in durchaus unterschiedlichen Richtungen zu. Daraus wiederum ergaben sich für die neue portugiesische Regierung viel weitreichendere Möglichkeiten, durch Tun und Unterlassen den Verlauf der Dinge zu steuern, als sie es selbst wünschte. Daß sie sich jedoch dieser Verantwortung bewußt und sie zu übernehmen bereit war, zeigte sich spätestens bei der Ernennung von Vizeadmiral Rosa Coutinho, einer der damals ganz wenigen Vertrauensleute der "Bewegung der Streitkräfte" in der lissaboner Junta, zum Generalgouverneur (später Hochkommissar) und Vorsitzenden der eigenen militärischen Junta für Angola. Dessen erste und wichtigste Aufgabe war es, einen Staatsstreich "å rodesiana" zu verhindern, der angesichts der gegebenen Umstände in Angola bessere Chancen hätte haben können als in Mozambique. Rosa Coutinho hat diese Aufgabe mit bemerkenswertem Geschick angegangen und bislang zu verhindern gewußt, daß es auch nur zu ernsthaften Versuchen dieser Art kam (16). Gleichzeitig setzte er eine provisorische Regierung ein, der auch Sympathisanten von Widerstandsbewegungen und Vertreter politischer Strömungen unter den Angolaportugiesen angehörten, die jedoch kaum mehr als die laufenden Geschäfte betrieb. Darüber hinaus spielte er auf Zeit, um die konkreten Möglichkeiten eines Übereinkommens mit und zwischen den Widerstandsbewegungen mit aller Behutsamkeit ausloten zu können. Nicht zuletzt aufgrund seiner ideologischen Affinitäten ging er davon aus, daß das MPLA über eine größere politische Reife, bessere Kader und eine breitere Anhängerschaft verfüge als die beiden anderen Bewegungen, daß es also die führende Rolle im Entkolonisierungsprozeß übernehmen müsse. Er bemühte sich deswegen, die Vorverhandlungen solange wie möglich hinzuziehen, um dem MPLA die Chance zu geben, seine innere Krise zu überwinden und aus einer Position der Stärke in die eigentlichen Verhandlungen einzutreten. Dabei leistete er in mehr als einer Weise Schützenhilfe - etwa dadurch, daß er ein weites Gebiet im Osten von portugiesischem Militär entblößte und für das MPLA freigab, und auch dadurch, daß er die Teilnahme einer ganzen Reihe in Angola stationierter MPLA-Kader am Einigungskongreß in Lusaka (vgl. die "blätter", Heft 38, S. 19 und Heft 39, S. 4 f; Anm. d. Red.) ermöglichte. Der Ausgang dieses Kongresses, der die Aktionseinheit des MPLA hätte wiederherstellen sollen, machte jedoch deutlich, daß es seine Krise in keiner Weise überwunden hatte und im Gegenteil Gefahr lief, noch stärker auseinanderzufallen. Dies war um so schwerwiegender, als die anderen Bewegungen in der Zwischenzeit an Bedeutung erheblich zugenommen hatten. Die UNITA hatte sich das Vakuum, das sich aus dem Rückgang der Präsenz von MPLA und portugiesischem Militär ergab, zu einer beträchtlichen Vergrößerung seiner Einflußzone im Osten des Landes ausgenutzt und dort seine bewaffneten Verbände um ein Vielfaches vermehrt; parallel dazu hatte sie unter den Ovimbundu, die etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Angolas darstellen, ihre politische Vormachtstellungen konsolidiert und auch darüber hinaus (besonders in einer Reihe von Städten) unter den Afrikanern neue Anhänger hinzugewonnen. Aufgrund ihres betont konzilianten Auftretens erweckte sie zudem wachsende Sympathien unter den Angolaportugiesen; viele von diesen kamen zu der Ansicht, eine für sie annehmbare Lösung könne, wenn überhaupt, nur mit der UNITA ausgehandelt werden. Das FLNA seinerseits hatte sich wenige Wochen nach dem Umbruch entschlossen, die Schwäche des MPLA und die Verunsicherung der portugiesischen Militärs auszunutzen, um militärisch und politisch verstärkt nach Angola einzusickern. Es war ihr gelungen, über ihre bisherigen Operationsgebiete vorzustoßen und vor allem in und um Luanda, aber auch im Hinterland nördlich des Kwanza bis hin nach Malanje sowie in Teilen des Ostens Fuß zu fassen. Unter kräftiger Unterstützung seitens Zaires bemühte sie sich gleichzeitig mit einigem Erfolg, die afrikanische und europäische Bevölkerung in Angola sowie die portugiesische Regierung davon zu überzeugen, daß sie die Voraussetzungen zur Übernahme der ausschließlichen oder vorrangigen Regierungsverantwortung in Angola besitze.

Damit hatte sich die Lage entscheidend geändert. Es war zwar im September 1974 nicht sicher zu bestimmen, über welches relative Gewicht jede der drei Bewegungen verfügte, doch konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, daß jedwede Lösung die aktive Beteiligung von allen dreien voraussetzte. Rosa Coutinho mußte sich damit zufriedengeben, gegen Widerstände in Lissabon, in Angola und auf internationaler Ebene dem MPLA eine letzte Frist zu verschaffen, um über seine internen Schwierigkeiten hinwegzukommen und um nicht gezwungen zu sein, zersplittert oder geschwächt in die Verhandlungen über die Unabhängigkeit einzutreten und sich dort mit einer marginalen Rolle begnügen zu müssen. Unter dem Druck dieser Zwangslage gelang es dem MPLA im Oktober und

---

16) Es deutet allerdings einiges darauf hin, daß im Oktober/November 1974 ein Aufstand unter der Beteiligung eines großen Teils der Weißen losgebrochen wäre, hätte nicht gerade zu diesem Zeitpunkt Rhodesien seine Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Mehrheitsregierung erklärt und damit unter den zum Putsch bereiten Angolaportugiesen einen tiefen Schock ausgelöst.

November, eine gemeinsame Aktionsbasis für den größten Teil seiner Kader und Militanten herzustellen und die weiterhin dissidente Gruppe um Chipenda zu isolieren. Die drei Bewegungen einigten sich dann sehr schnell darauf, als untereinander völlig gleichberechtigte Partner die Verhandlungen mit Portugal aufzunehmen.

Währenddessen hatte die - sofort nach dem Umbruch konzedierte - allgemeine Freiheit der politischen Betätigung es erlaubt, sich ein Bild davon zu machen, welchen politischen Kräften außerhalb der drei großen Widerstandsbewegungen ggf. Rechnung zu tragen wäre. Es zeigte sich im Verlauf weniger Monate, daß es auch unter den veränderten Bedingungen keiner weiteren Organisation afrikanischen Ursprungs gelingen würde, über eng begrenztem Zirkel hinaus eine politische Repräsentativität zu erreichen (17). Eine Zeitlang schien es jedoch, als hätten zwei Parteien weißen Ursprungs eine Chance, sich als "vierte Kraft" aufzubauen: das PDCY (Partido Democratico Cristão de Angola), das sich als vielrassisch und für alle Bevölkerungsteile akzeptabel zu profilieren suchte, und die FUA (Frente de Unidade Angolana), die sich als Vertreter der "dritten Ethnie", also der Angolaportugiesen, empfahl. Die erste verlor in dem Augenblick jede Bedeutung, als ihre Verbindung zu den Kreisen offenbar wurde, die Ende September in Portugal einen konterrevolutionären Staatsstreich zu organisieren versucht hatten. Die FUA scheiterte letztlich daran, daß die drei Widerstandsbewegungen die Beteiligung anderer Gruppen an den Verhandlungen mit Portugal strikt ablehnten und Portugal zwar der Forderung nach einer Eigenvertretung der Angolaportugiesen die Berechtigung nicht völlig absprach, weitere Verzögerung jedoch nicht in Kauf nehmen wollte und im übrigen die Überzeugung hegte, den legitimen Interessen dieses Bevölkerungsanteils werde auch durch die Widerstandsbewegungen selbst Geltung verschafft.

Damit war der Weg frei für das, was man inzwischen häufig das "Abkommen zwischen den vier Widerstandsbewegungen" (den drei angolanischen, das MFA, die Portugiesische "Bewegung der Streitkräfte") nennt. Dieses läuft darauf hinaus, Ende 1975 in allgemeinen Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung, zu denen nur die drei bisherigen Widerstandsbewegungen Kandidaten aufstellen werden, die Grundlage für eine Entscheidung über die politische Zukunft Angolas zu schaffen. Nach allem, was sich bisher abzeichnet, bedeutet es praktisch, daß - wie in einer "normalen" pluralistischen Demokratie - die Wahl zur Feststellung der relativen Stärke der Bewegungen dient und ihr Ausgang darüber entscheidet, welchen Anteil an politischer Macht und welchen Einfluß auf den gesellschaftspolitischen Kurs Angolas einstweilen jede von ihnen erhält (18).

Daraus ergibt sich nun für eine etwa einjährige Übergangszeit ein womöglich noch verstärktes Engagement der portugiesischen Regierung und Streitkräfte. Es ist weiterhin ihre Rolle, einen bewaffneten Staatsstreich von seiten der Angolaportugiesen zu verhindern. Dazu haben sie die Aufgabe übernommen sicherzustellen, daß die - bereits angelaufene - Wahlkampagne der drei Bewegungen nur mit "erlaubten politischen Mitteln" geführt wird, die Verfassunggebende Versammlung ordnungsgemäß tagt und anschließend eine neue Regierung ihr Amt antritt. Zu diesem Zweck wird das portugiesische Militär bis gegen Mitte 1976 im Lande bleiben und dort nicht nur die letzte Verantwortung für die innere und äußere Sicherheit wahrnehmen, sondern auch entscheidend an der Aufstellung eines angolanischen Heeres mitwirken, dessen Kern aus den zur Zeit in portugiesischem Dienst stehenden Angolanern aller Hautfarbe bestehen wird und das nach einem Stufenplan die bewaffneten Verbände der drei Widerstandsbewegungen in sich aufnehmen soll. Schließlich dürfte den von Portugal ernannten Ministern, aber auch der hohen Beamtenschaft, eine Katalysatorenrolle für die Funktionsfähigkeit der Übergangsregierung zufallen, an der nach einem ausgeklügelten Schlüssel die drei Bewegungen in genau gleicher Stärke beteiligt sind und die sich trotz des gleichzeitigen parteipolitischen Machtkampfes im Lande gemeinsam in die weithin unvertraute Materie einarbeiten und die "laufenden Geschäfte" gemeinsam führen soll.

Diese Situation enthält zuviele Imponderabilien, als daß ihre Entwicklung auch nur bis Ende des Jahres mit hinlänglicher Sicherheit vorausgesagt werden könnte. Ein letzter gewaltsamer Versuch der FLEC (Frente de Libertação do Enclave de Cabinda) eine Sezession Cabindas gewaltsam durchzusetzen, ist noch nicht völlig auszuschließen (vgl. Chronik, Heft 40; Anm. d. Red.); ob der Fall Chipenda durch eine Resorption (Wiedereingliederung) in das MPLA oder ein Überwechseln Chipendas zu einer anderen Bewegung friedlich lösbar ist, wird sich erst erweisen müssen; die Bestrebungen in den südlichen Grenzgebieten, sich lieber mit den Owambo in Namibia zusammenzuschließen, als von einer afrikanischen Regierung in Luanda abzuhängen, sind in ihrer

---

17) Es handelt sich dabei z.T. um Gruppen, die bereits Ende der fünfziger Jahre bestanden und jetzt einen neuen Start versuchen, z.T. aber auch um völlig neue Gründungen.

18) Ende Januar ist von der UNITA die Hypothese einer Einheitsliste und eines Einheitsprogramms der drei Bewegungen zur Diskussion gestellt worden, doch sind bisher sowohl Motivierung als auch Erfolgsaussichten dieses Vorschlags unklar.

Stärke noch nicht abzuschätzen, könnten aber unter Umständen die Situation erheblich belasten; ob die eine oder andere Bewegung versucht sein wird, zur Erreichung ihrer politischen Ziele doch noch militärische Mittel einzusetzen, weiß niemand sicher; "irrationale" Reaktionen des bewaffneten und organisierten Teils der Angolaportugiesen sind weiterhin nicht undenkbar.

Zur Zeit jedoch wird die Szene bestimmt von den Bemühungen aller drei Bewegungen, sich durch politische Werbung eine möglichst breite Anhängerschaft zu verschaffen. Jede versucht dabei, zwar ihre Stärke in den jeweiligen traditionellen Hochburgen auszunutzen, sich jedoch nicht auf diese festlegen zu lassen. Jede ist mit anderen Worten bestrebt, nicht als Vertreter partieller Interessen abgestempelt zu werden und sich dadurch den Zugang zu diesem oder jenem Bevölkerungssegment zu versperren. Eine der wichtigsten Folgen dieser Konstellation ist es, daß die Angolaportugiesen einen völlig neuen Stellenwert erhalten haben. Da sie zum allergrößten Teil grundsätzlich geneigt sind, für die angolanische Staatsangehörigkeit zu optieren, stellen sie ein Wählerpotential dar, das - falls es sich en bloc für oder gegen eine Partei entscheidet - die Kräfteverhältnisse in der Verfassunggebenden Versammlung entscheidend beeinflussen könnte. Damit aber wird es für jede der drei Parteien wichtig, zumindest einen Teil der weißen Wählerstimmen für sich zu gewinnen, jedenfalls aber zu verhindern, daß diese massiv zu den konkurrierenden Bewegungen abwandern. Dies wiederum führt nicht nur dazu, daß man seine Bereitschaft erklärt und konkret unter Beweis stellt, sich für den Aufbau einer Gesellschaft ohne rassische Diskriminierung einzusetzen; angesichts der Tatsache, daß die Angolaportugiesen eine ökonomisch privilegierte Gruppe darstellen, die ihre Position einem bestimmten Wirtschaftssystem verdankt, bringt dies auch die Konsequenz mit sich, daß soziale Forderungen und/oder alternative gesellschaftspolitische Modellvorstellungen mit einer gewissen Vorsicht formuliert werden.

Der (bisherige) Mangel an Präzision in den programmatischen Aussagen ist jedoch nicht nur auf den Zwang zur taktischen Rücksichtnahme auf alle zahlenmäßig wichtigen Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. Seitdem die leitenden Kader der Bewegungen den direkten Kontakt zu einem inzwischen vielfach veränderten Angola wieder aufgenommen und/oder Einblick in Bereiche erhalten haben, zu denen ihnen der Zugang bislang völlig oder weitgehend versperrt war, ist es ihnen noch klarer geworden als vorher, daß sie einen ähnlichen Lernprozeß zu durchlaufen haben werden, wie die Verantwortlichen der FRELIMO in Mozambique, und daß dieser Prozeß den meisten von ihnen noch mehr abverlangen wird. Es hat sich im allgemeinen bei ihnen die Erkenntnis durchgesetzt, daß sie in entscheidenden Punkten ihr Bild von der Realität Angolas ergänzen und möglicherweise korrigieren müssen, und daß dies Rückwirkungen auf ihre gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, besonders aber auf ihre Strategieentwürfe haben wird. Wegen der Inanspruchnahme meist derselben Kader durch die politischen Auseinandersetzungen der Bewegungen untereinander wird der Lernprozeß vermutlich einstweilen weniger rasch und intensiv vor sich gehen als in Mozambique; nicht auszuschließen ist auch, daß derselbe Umstand den Sog eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verstärkt, das von allen fünf bisherigen portugiesischen Afrika-Territorien in Angola das stärkste Gewicht besitzt. Für den Fall allerdings, daß sich die drei Parteien im Verlauf der Wahlkampagne zu einer Aufgabe ihrer Taktik der allseitigen Rücksichtnahme veranlaßt sehen, könnte dies jedoch zu einer Verschärfung der Diskussion um die gesamte Entkolonisierungsproblematik führen und in Angola die Voraussetzungen und Alternativemöglichkeiten einer zukünftigen Gesellschaftspolitik besonders klar zutage treten lassen.

Fortsetzung im nächsten Heft

WARUM EINE KONFLIKTLÖSUNG IN MOZAMBIQUE?

Auszug aus einem 1973 erstellten Bericht der wissenschaftlichen Kommission des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden (KAEF):

> ... Das Beispiel Tansania zeigt, in welcher Weise der portugiesische Kolonialismus dazu geführt hat, daß sich traditionell deutsch-freundliche afrikanische Staaten neu orientiert haben. Für die Bundesrepublik muß sich daher die Frage stellen, ob ihre ökonomischen Interessen durch die einseitige Bindung an den portugiesischen Kolonialismus nicht drastisch eingeschränkt werden. Portugal und seine beiden Kolonien sind in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für Westdeutschland in keiner Weise vergleichbar mit den Austauschmöglichkeiten, die die schwarzafrikanischen Staaten bieten. Selbst früher deutsch-freundliche Regierungsbeamte in Kenia haben zu erkennen gegeben, daß ihnen unter diesen Aspekten eine weitere Unterstützung des Cabora-Bassa-Projektes durch die Bundesrepublik unverständlich ist.
>
> Als Fazit der, wenn auch kurzen Analyse ergibt sich also, daß gerade die politischen und ökonomischen Interessen der Bundesrepublik energisch das Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft verlangen. Es ist keine andere Lösung denkbar, die die gezeichneten Nachteile vermeiden könnte. Eine Fortführung der bisherigen Politik der Bundesrepublik, die zwar die portugiesische Kolonialherrschaft nicht mehr militärisch, aber zumindest stillschweigend noch immer politisch und ökonomisch unterstützt, kann nur als mittel- und langfristige Gefährdung der bundesrepublikanischen (und westeuropäischen) Interessen an Sicherheit und wirtschaftlichem Wachstum bezeichnet werden.

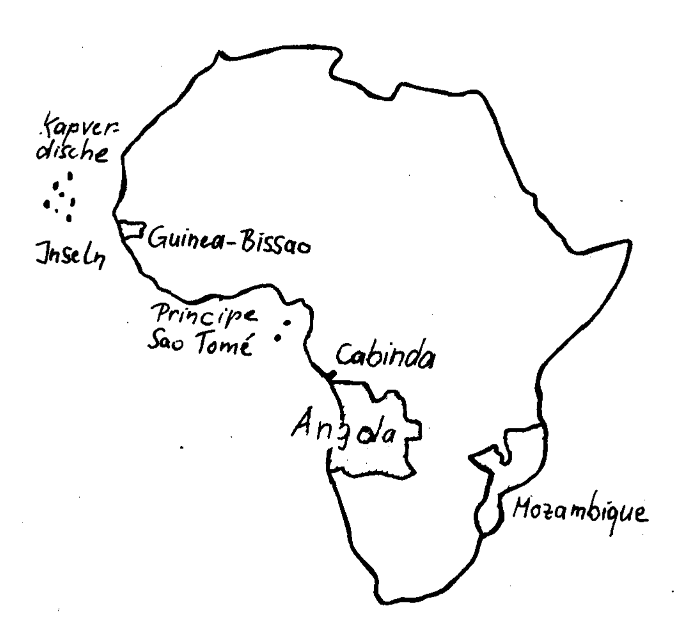
Der Bericht wurde in gekürzter Form abgedruckt in: "Katholische Kirche und Kolonialismus", Dokumentation des Aktionskomitee Afrika, Bielefeld 1974

Sao Tomé und Principe
Der Weg zur Unabhängigkeit

Portugals vierte afrikanische Kolonie wird selbständig

Ende November wurde in Algier ein Abkommen über die Selbständigkeit von Sao Tomé und Principe geschlossen. Nach dem Abkommen, das von Portugals Kolonialminister Almeida Santos und Miguel Trouvoada von der MLSTP - der Befreiungsbewegung Sao Tomés und Principes - unterzeichnet wurde, werden die Inseln am 12. Juli 1975 unabhängig. Allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung sollen abgehalten werden, und die Regierung, die das neugewählte Parlament bestimmt, soll die Macht übernehmen.

Die Vulkaninseln Sao Tomé und Principe haben eine Fläche von 854 bzw. 110 km² und liegen im Golf von Guinea, ca. 280 km vor der afrikanischen Küste. Die Berge ragen bis zu 2000 m über das Meer und die Landschaft ist reich an Flüssen und Bächen. Ein abwechslungsreiches Klima macht die Inseln fruchtbar.



Die ersten Portugiesen gingen im Jahr 1470 an Land. Fünfzehn Jahre später wurden die Inseln vom portugiesischen König einem Adligen als Geschenk gegeben, der mit seinen Siedlern den Wald rodete, um Zuckerrohr anzubauen. Die Arbeitskräfte auf den neuen Plantagen waren Sklaven, die man vom Festland geholt hatte. Im 16. Jahrhundert entwikkelte sich Sao Tomé zu einem wichtigen Stützpunkt der portugiesischen Seefahrt und zu einem Sammelplatz für Sklaven vor der Überfahrt nach Amerika.

Im 17. Jahrhundert stagnierte der Zukkeranbau und der Sklavenhandel wurde der einzige Wirtschaftszweig Sao Tomés. Im Kampf um den Sklavenhandel wurden die Inseln nacheinander von Engländern, Holländern und Franzosen angegriffen.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts hatten die Inseln eine stark verminderte Bevölkerung, meist Nachkommen der frühen portugiesischen Einwanderer. 1822 hielt das portugiesische Kapital seinen Einzug auf den Inseln. Boden wurde enteignet, um Platz für Kaffee- und Kakaoplantagen zu machen, die auf Sklavenarbeit basierten. Offiziell hörte die Sklaverei in den portugiesischen Kolonien 1869 auf, aber sie überlebte dennoch auf Sao Tomé bis in unser Jahrhundert hinein.

Widerstand gegen den Kolonialismus

Während der ganzen Kolonialzeit ist das Volk von Sao Tomé und Principe gegen seine Kolonialherren aufgestanden. Vom 16. Jahrhundert an folgten Sklavenaufstände Schlag auf Schlag und seit 1947 kommen auch die Gegensätze in der einheimischen Elite - den Nachkommen der Einwanderer - und den Kolonialisten deutlich ans Tageslicht.

Mit Ausnahmezustand versuchte die Verwaltung das Zwangsarbeitssystem einzuführen, um die Plantagenwirtschaft in Gang zu halten. Doch es gelang ihr nicht. 1953 ermordete die Kolonialverwaltung binnen weniger als einer Woche in einem verzweifelten Versuch, das Volk zu unterwerfen, 1032 Inselbewohner. Für das Volk zeigte sich nun noch klarer die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Inseln.

Organisierter Widerstand

1960 wurde die CLSTP gegründet, das Komitee für die Befreiung Sao Tomés und Principes. Das Komitee wandte sich "an Arbeiter und Handwerker, an die Beamten, die Kleinbauern, die Studenten und die Landbevölkerung, an die, die den Boden auf den Plantagen bebauen, und an die besitzlosen Bauern". 1965 propagierte die CLSTP den nationalen Befreiungskampf mit einer Bodenreform als wichtigstem Ziel. Die CLSTP wurde auch Mitglied der CONCP (Organisation der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien/ d. Übers.), zusammen mit der FRELIMO, der MPLA und der PAIGC.

Streiks wurden die wichtigste Waffe der CLSTP. 1963 nahmen 90 Prozent der

Landarbeiter an einem eintägigen Streik gegen die Plantagenbesitzer teil. Die Gegensätze verschärften sich - 3000 portugiesische Soldaten wurden auf der Insel stationiert, die PIDE (ehemaliger portugiesischer Geheimdienst/ d. Übers.) ließ sich nieder und zuverlässige Portugiesen erhielten Waffen.

1972 änderte die CLSTP ihren Namen zu MLSTP, Befreiungsbewegung Sao Tomés und Principes. Mit einer relativ kleinen Bevölkerung auf den Inseln - ca. 70 000 Einwohner - und ohne engere Kontakte mit dem Festland war es schwer, einen bewaffneten Kampf zu organisieren. Die MLSTP hatte es auch schwer, Unterstützung, selbst moralische, von außen zu bekommen. Die kleinen Inseln draußen im Atlantik wurden nicht richtig ernst genommen. Die MLSTP arbeitete bis zu einem gewissen Grade mit der MPLA zusammen. Mitglieder sind in Angola zur militärischen Ausbildung gewesen.

Breite Unterstützung für die MLSTP

Nach dem Putsch in Portugal entstanden viele opportunistische Bewegungen auf den Inseln, aber sie konnten sich niemals zur Geltung bringen. Die MLSTP hat eine breite Basis im Volk und hat die vollständige Unabhängigkeit gefordert. "Eine Föderation mit Portugal ist eine Neukolonisation" stand auf den Flugblättern. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, begann man am 5. September einen Generalstreik. Portugiesische Geschäftsleute antworteten mit der Weigerung, Fleisch an die Bevölkerung zu verkaufen, und die Plantagenbesitzer versuchten, Arbeitskräfte von den Kapverden zu importieren. Die Massen stürmten jedoch die Warenlager der Importeure und fanden, nebst Fleisch, Waffenlager.

Bei den Unruhen während des Streiks verloren einige Einwohner ihr Leben. Die Militärpolizei schoß auf die Demonstranten, aber die MLSTP konnte im großen und ganzen die Kontrolle behalten, so daß ein Blutbad vermieden werden konnte. Nach einem Monat Streik kamen die Vertreter der portugiesischen Regierung an den Verhandlungstisch in Gabun.

Das Abkommen über die vollständige Unabhängigkeit, das man jetzt erreicht hat, ist ein großer Sieg für die MLSTP und die Bevölkerung der kleinen Atlantikinseln.

Aus: Södra Afrika (Stockholm)
Nr. 26/1974
Übersetzung: iz3w

Fortsetzung von S.28:
(Ideologiekritik)

dung ein ganzer Produktionszweig sehr kurzfristig überflüssig wird. Der häufigere Fall ist jener, wo technischer Fortschritt schrittweise zur Freisetzung von Arbeitskräften führt.

10) Das könnte z.B. so zustande kommen, daß ein Unternehmer in der Glühbirnenindustrie auf die Produktion der haltbaren Glühbirnen umstellt. Er weiß zwar, daß er damit das baldige Ende des ganzen Produktionszweigs herbeiführt, aber er schätzt den Gewinn höher ein, der darin besteht, daß die gesamte Bevölkerung sich einmal bei seinem Unternehmen mit den neuen Glühbirnen eindeckt (denn sein Unternehmen ist ja das einzige, das die haltbaren Glühbirnen produziert).

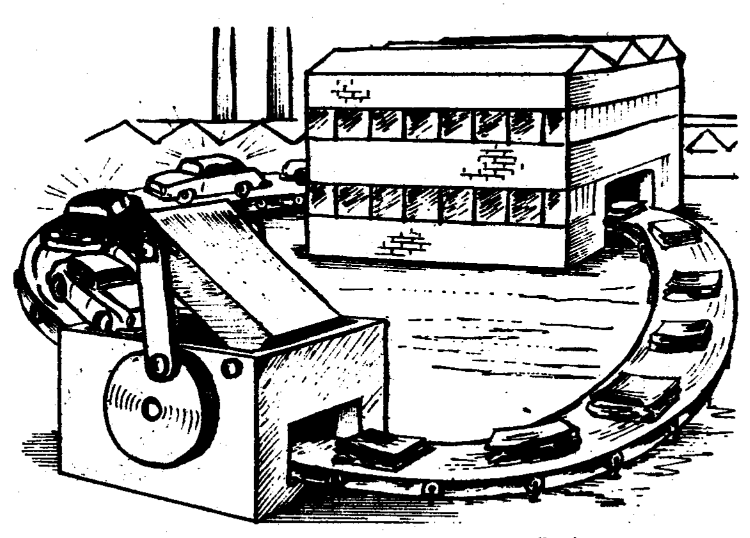
11) Daß die Glühbirnenproduktion völlig eingestellt würde, ist wohl nicht ganz realistisch, denn auch die haltbaren Glühbirnen werden nicht jede Situation unversehrt überstehen (wenn man sie z.B. hinfallen läßt). D.h. eine gewisse (kleine) Anzahl von Arbeitskräften werden auch weiterhin Glühbirnen produzieren.

12) In einer solchen Situation kann - unter kapitalistischen Bedingungen - auch ein Interesse der Arbeiter als einzelner an der Nicht-Einführung des technischen Fortschritts entstehen. Hierher gehört das Kapitel "Maschinenstürmerei" in der Zeit der Industrialisierung. Vgl. z.B. den 5. Abschnitt im 13. Kapitel des 1. Bandes des "Kapital": "Kampf zwischen Arbeiter und Maschine"

13) Damit wäre die (begründete) Furcht vor einem Arbeitsplatzverlust beseitigt, eine Furcht, die im Kapitalismus seit jeher und zumeist wirkungsvoll zur Einschüchterung und Disziplinierung der Arbeitskräfte eingesetzt wird.

14) Wieder der Einfachheit halber wird hier von den "Käufern von Glühbirnen" gesprochen, nicht von der Gesellschaft. Faktisch dürften da kaum Unterschiede bestehen.

15) Die Arbeitszeitverkürzung wäre in diesem Bp. 4,8 Minuten pro Tag. Das ist wenig, aber es geht ja in diesem konstruierten Beispiel nur um die Beschreibung des zugrunde liegenden Mechanismus.



Recycling und Beseitigung der Absatzflaute

CHINA

Wie China das Ernährungsproblem löste

aus : Blickpunkt, Okt.74

Von Peter Krieg

Die jüngsten Hungerkatastrophen im Sahelgebiet, in Äthiopien oder in Indien - wo man schon von einer Dauerkatastrophe reden muß - haben das Wort von der "Welternährungskrise" geboren. Daß diese Krise in einigen Staaten vor allem der Dritten Welt existiert, ist unübersehbar, doch wo die Ursachen und Lösungen zu suchen sind, ist umstritten. Viele westliche Experten machen Klimaschwankungen verantwortlich oder weisen auf die Rückständigkeit dieser Länder hin. Zum Lieblingsthema aber ist in letzter Zeit vor allem die "Überbevölkerung" geworden, die angeblich den Hunger in der Welt verursacht. Die Experten des Westens und neuerdings auch viele des Ostblocks lassen keine Gelegenheit aus, um - z.B. auf der Weltbevölkerungskonferenz im August in Bukarest - das Gespenst der Bevölkerungs-"explosion" an die Wand zu malen und die Entwicklungsländer zu beschwören, Familienplanungsprogramme einzuleiten, um ihre angeblich zu große, in Wirklichkeit aber meist relativ kleine Bevölkerung, wenn man von der Größe und dem Rohstoffreichtum der meisten Entwicklungsländer ausgeht - nicht zu sehr anwachsen zu lassen. China weist solche Lösungsvorschläge stets zurück und verweist auf die Armut und Unterentwicklung der Dritten Welt, als den Ursachen des Hungers. Die Chinesen wissen, wovon sie reden, denn noch vor 25 Jahren galt China allgemein als das Hungerland Nr. 1. Die Geschichte des chinesischen Sieges über den Hunger ist deshalb der beste Gegenbeweis gegen alle Überbevölkerungstheorien.

Nicht weniger als 1392 Hungersnöte - auf Dürren zurückgeführt - wurden in den letzten 2000 Jahren in China registriert. Mindestens 15 davon so schwer, daß von Kannibalismus berichtet wird. Was die Dürren übersteht, wird oft von den regelmäßigen Überschwemmungen zerstört. Mit dem verstärkten Eingreifen der europäischen Kolonialmächte Ende des 19. Jahrhunderts verschlimmerte sich die Situation noch, denn die Ausplünderung des Landes entzog ihm die letzten Reserven, die noch in die schnell zerfallenden Bewässerungsanlagen, in Dämme und Kanäle hätten investiert werden müssen. Die Chronik der schlimmsten Hungersnöte seither ist eine Chronik des Grauens:

1876-79 In 10 Provinzen Nordchinas fällt 3 Jahre lang praktisch kein Regen. Wer noch bei Kräften ist, wandert aus. 9-13 Millionen aber sterben den Hungertod.

1919-21 Große Überschwemmungen und eine darauffolgende Dürre lösen wieder in Nordchina eine Hungersnot aus, der mindestens 500 000 Menschen zum Opfer fallen.

1929-32 In der Provinz Hunan rafft eine Hungersnot zwischen 3 und 6 Millionen Menschen hinweg.

1931-34 Die schlimmsten Überschwemmungen der chinesischen Geschichte. Der Gelbe Fluß, der Yangtse, der Hwaiho und der Große Kanal treten über ihre Ufer. 140 000 ertrinken, Hunderttausende fallen der folgenden Hungersnot zum Opfer.

1942-43 Dürre in der nordchinesischen Ebene. 3 Millionen Tote allein in der Provinz Honan.

1943-45 Die Politik der "Verbrannten Erde" der japanischen Besatzer löst in der Mandschurei eine Hungersnot aus. Mehrere Millionen sterben.

Augenzeugen berichten Unvorstellbares

Diese nüchternen Zahlen allein können nicht die unvorstellbaren Tragödien beschreiben, die sich vor der Befreiung in Chinas Dörfern und Städten abspielten. Einige Augenzeugenberichte westlicher Besucher geben ein besseres Bild:

"Die Bevölkerungszahl des Dorfes variierte drastisch. Eine schlechte Ernte halbierte schnell die Zahl der Einwohner. Ein Teil der Armen starb in den Hütten, in denen sie lebten, der Rest floh in andere Gegenden in einem verzweifelten Glücksspiel des Überlebens. Im großen ganzen konnten von dem umliegenden Land des Dorfes 200-300 Familien ernährt werden, und kaum hatte eine Hungersnot die Zahl der Long-Bow-Bewohner auf dem Shangtang-Plateau verringert und in andere Orte getrieben, als schon die nächste Hungersnot in anderen Gegenden Nordchinas die Menschen zum Plateau trieb, die sich an Stelle jener ansiedelten. ... Das große Problem der Bauern durch die Jahre hindurch war nicht, etwas Abwechslung in ihre Kost zu bekommen, sondern überhaupt etwas zu essen zu finden. Oft mußten sie ihre magere Getreideernte

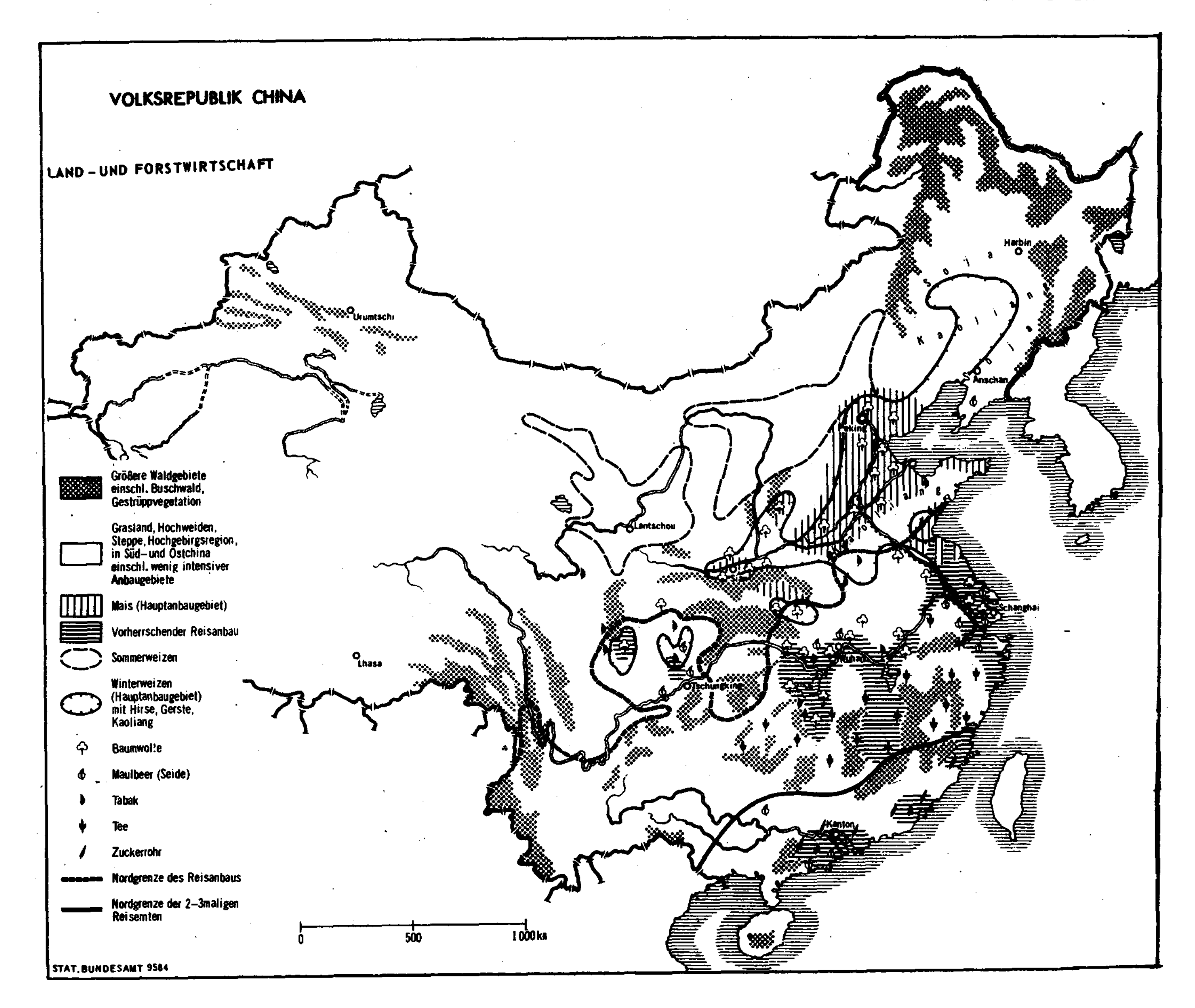
mit Kleie, Häcksel, wilden Kräutern aus den Bergen oder sogar Blättern und Rinde von den Bäumen ergänzen, wenn der Chung Huang, der "Frühlingshunger" einsetzte. Jeder Tag, den man überlebte, war ein Tag, für den man dankbar war, und so kam es, daß in der ganzen Region, in guten wie in schlechten Jahren, die übliche Begrüßung nicht "Hallo" oder "Wie geht es?" lautete, sondern schlicht und von Herzen: "Hast Du gegessen?" (William Hinton, Fanshen)

"Die Qualen, die Frauen und Kinder erleiden mußten, waren unbeschreiblich. Das wenige Korn, das sie hatten, benötigten die Männer, um Kraft für die harte Feldarbeit zu haben. Die Frauen, vor allem diejenigen, die zu Hause blieben und für die Kinder sorgten, ernährten sich lediglich von dünnem Haferschleim, Gras und Blättern. Sie waren so unterernährt, daß sie mit dreißig Jahren bereits zahnlos und altersschwach waren." (J.S. Horn, Arzt in China)

"Haben Sie jemals einen Menschen gesehen – einen guten, ehrlichen Mann, der hart gearbeitet hat, einen 'gesetzestreuen' Bürger, der niemandem etwas getan hat –, der seit über einem Monat nichts zu essen hatte? Es ist ein marternder Anblick. Sein sterbendes Fleisch hängt in runzligen Falten an ihm; jeden Knochen an seinem Körper kann man genau sehen; seine Augen starren, ohne etwas zu sehen; und selbst, wenn er ein Jugendlicher von 20 Jahren ist, bewegt er sich wie eine uralte Frau, schleppt sich von Ort zu Ort... Kinder sind noch bemitleidenswerter mit ihren vornübergebeugten, verunstalteten, kleinen Skeletten, ihren krummen Knochen, mit zweigähnlichen, kleinen Armen und blauroten Bäuchen, die mit Rinde und Sägemehl gefüllt sind, aufgequollen wie Geschwülste..." (Edgar Snow, Roter Stern über China)

Wo liegen die Ursachen?

Jeder ältere Chinese hatte damals durchschnittlich 3 Hungersnöte erlebt, doch viele überlebten nicht einmal die erste. 1935 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung etwa 28 Jahre, die Sterberate etwa 3,4 % pro Jahr und die Säuglingssterblichkeit lag bei 16-17%. Oberflächlich betrachtet ließen sich



fast alle Hungersnöte auf die Unbilden der Natur zurückführen, auf Dürre, Überschwemmungen, Taifune. Daneben trat noch ein weiteres Argument, das vor allem von westlichen, bürgerlichen Wissenschaftlern eingebracht wurde, die "Überbevölkerung".

Katastrophen-Theorie

Die "Naturkatastrophentheorie" klingt einleuchtend. Eine mehrjährige Dürre muß genauso wie eine Überschwemmung verheerende Folgen für jede Landwirtschaft mit sich bringen. Doch standen die Bauern diesen Naturgewalten ja nicht wehrlos gegenüber. So alt wie die chinesische Landwirtschaft sind auch die Versuche der Bauern, ihre Felder zu bewässern, zu terrassieren, Kanäle und Dämme zu bauen. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelten sie hochstehende Techniken der Bewässerung, die es ermöglichten, die Reisfelder nach Belieben unter Wasser zu setzen oder trockenzulegen. Flußregulierungen, Dämme, Kanäle bildeten ein ganzes System der Wasserversorgung und der Überschwemmungskontrolle. Kluge Herrscher im alten China ließen in Kollektivarbeit diese riesigen Projekte durchführen, und solange sie intakt waren und weiter ausgebaut wurden, war die Bedrohung durch Naturunbilden relativ gering. Doch nicht alle Herrscher erkannten die Wichtigkeit dieser Bauten, und so zerfielen sie nach und nach. Die örtlichen Feudalherren hatten weder die Mittel noch die Absicht, sie zu reparieren oder auszubauen, denn der Ertrag aus Pacht und Wucher genügte ihnen, ein angenehmes Leben zu führen. Hunger leiden mußten sie nicht einmal in den schlimmsten Zeiten. Die Bauern selbst hatten kaum eigenes Land, und Großprojekte wie Wasserbauten lagen weit außerhalb ihrer Möglichkeiten und Mittel. Also waren es vor allem die politischen, die Besitzverhältnisse, die indirekt dazu führten, daß Naturkatastrophen sich in so verheerendem Maße auf die Landwirtschaft auswirkten.

Bevölkerungstheorie

Die "Bevölkerungstheorie" dagegen ist ein Kind des industriellen Zeitalters. Als im ausgehenden 18. Jahrhundert Englands Industrialisierung zu einer starken Landflucht und einer enormen Verarmung der städtischen Bevölkerung führte, entwickelte der Pfarrer Malthus seine wenig christliche "Bevölkerungstheorie", die auch heute noch das Grundgerüst der bürgerlichen Bevölkerungstheoretiker darstellt. Malthus stellte die (unbewiesene) Behauptung auf, die Bevölkerung vermehre sich in geometrischer Progression (1 + 2 + 4 + 8 + 16), während die Produktivkraft des Bodens in arithmetischer Progression steige (also 1 + 2 + 3 + 4 + 5 ...). Da also die Bevölkerung immer schneller wachse als die Nahrungsmittelproduktion, entstände immer eine "Überbevölkerung", die entweder durch Geburtenkontrolle oder aber durch Kriege, Seuchen, Krankheiten oder andere "Sterbehilfen" zu bekämpfen sei. In der öffentlichen Wohlfahrt und anderen Hilfsmaßnahmen für die Armen sah Malthus geradezu ein Verbrechen, da man dadurch die Bevölkerung ja nur noch vergrößere...

Mao contra Acheson

Gestützt auf diese mörderische Theorie glaubten auch die amerikanischen Diplomaten nicht an eine lange kommunistische Herrschaft in China. Im Spätsommer 1949, als die Rote Armee kurz vor der Befreiung des ganzen Festlandes stand und Amerikas Schützling Tschiang Kai-schek und seine Freunde das Weite suchten, packte auch die amerikanische Botschaft in China zusammen. Doch die Diplomaten und ihr Dienstherr, der amerikanische Außenminister Dean Acheson, waren zuversichtlich, bald in ein "freundliches" China zurückkehren zu können.

Acheson schrieb:
"Die Bevölkerung Chinas hat sich während des 18. und 19. Jahrhunderts verdoppelt und übte damit einen unerträglichen Druck auf das Land aus. Das erste Problem, mit dem jede chinesische Regierung zu tun hatte, war die Ernährung dieser Bevölkerung. Bis jetzt hatte noch keine Regierung Erfolg..."

Die chinesischen Kommunisten sahen das Problem anders. Sie stützten sich auf Marx und Engels, die schon im letzten Jahrhundert Malthus' Theorie widerlegt hatten.

Engels schrieb:
"...Es wird zu wenig produziert, daran liegt die ganze Sache. Aber weshalb wird zu wenig produziert? Nicht weil die Grenze der Produktion - selbst für heute und mit heutigen Mitteln - erschöpft wäre. Nein, sondern deshalb, weil die Grenze der Produktion bestimmt wird, nicht durch die Anzahl der hungrigen Mägen, vielmehr durch die Anzahl der kaufenden, zahlungsfähigen Geldbeutel. Die bürgerliche Gesellschaft will nicht, kann nicht wollen, mehr produzieren. Die geldlosen Mägen, die Arbeit, die nicht mit Profit verwandt werden kann, die also nicht kaufen kann, die verfallen der Sterblichkeitsziffer..."

In den befreiten Gebieten hatten die chinesischen Kommunisten schon vor 1949 Gelegenheit, ihre Theorie praktisch zu beweisen. Und tatsächlich gelang es ihnen nach Aussagen aller Besucher, dort das Ernährungsproblem in wenigen Monaten schon zumindest notdürftig zu lösen, so daß dort niemand mehr des Hungers sterben mußte. So konnte Mao Tse-tung 1949 mit Recht Acheson antworten:

Revolution kann Wunder vollbringen

"Nach Acheson gibt es für China überhaupt keinen Ausweg. Eine Bevölkerung von 475 Millionen bedeute einen 'unerträglichen Druck', und, ob Revolution oder nicht, der Fall sei hoffnungslos. Acheson erhofft sich davon sehr viel, und, obwohl er diese Hoffnung nicht offen ausgesprochen hat, ließen sie eine große Anzahl amerikanischer Journalisten öfters durchsickern - die Hoffnung, daß die Kommunistische Partei Chinas die wirtschaftlichen Probleme nicht werde lösen können, daß in China ewiges Chaos herrschen würde und ein Ausweg erst gegeben wäre, wenn es sich vom USA-Mehl abhängig gemacht, d.h. sich in eine amerikanische Kolonie verwandelt hätte.

Warum war die Revolution von 1911 nicht erfolgreich, und warum hat sie das Ernährungsproblem nicht gelöst? Weil sie nur die Tjing-Dynastie gestürzt, nicht aber die imperialistische und feudale Unterdrückung und Ausbeutung beseitigt hat.

Warum war der Nordfeldzug nicht erfolgreich, und wieso ist es damals nicht gelungen, das Ernährungsproblem zu lösen? Weil Tschiang Kai-schek die Revolution verriet, sich dem Imperialismus unterwarf und zum konterrevolutionären Häuptling wurde, der die Chinesen unterdrückte und ausbeutete.

Stimmt es, daß 'bis jetzt dabei noch keine Regierung Erfolg hatte'? Besteht in den alten befreiten Gebieten im Nordwesten, Norden, Nordosten und Osten Chinas, wo das Bodenproblem bereits gelöst wurde, dieses 'Ernährungsproblem', wie Acheson es nennt, noch immer? Die USA haben nicht wenige Spione oder sogenannte Beobachter in China. Warum haben sie nicht einmal dies herausspionieren können? In Orten wie Shanghai war das Problem der Arbeitslosigkeit, als das Ernährungsproblem, nur durch die grausame und herzlose Unterdrükkung und Ausbeutung durch Imperialismus, Feudalismus, bürokratischen Kapitalismus und die reaktionäre Kuomintang-Regierung entstanden. Unter der Volksregierung wird es nur einige wenige Jahre dauern, bis das Problem der Arbeitslosigkeit, d.h. das Ernährungsproblem, genauso vollkommen gelöst ist wie im Norden, Nordosten und in anderen Teilen des Landes.

Es ist eine ausgezeichnete Sache, daß China eine große Bevölkerung hat. Sogar wenn sich die Bevölkerung Chinas auf ein Vielfaches erhöht, wird es trotzdem durchaus möglich sein, eine Lösung zu finden: die Lösung ist die Produktion. Die absurden Argumente westlicher bürgerlicher Ökonomen, wie zum Beispiel eines Malthus, daß die Zunahme der Nahrungsmittel mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt halten könne, wurden nicht nur schon lange von Marxisten theoretisch restlos widerlegt, sondern auch durch die Wirklichkeit in der Sowjetunion nach der Revolution und in China in den befreiten Gebieten völlig entkräftet."

"... Unter allen Dingen in der Welt sind die Menschen das Wertvollste. Unter der Führung der Kommunistischen Partei kann - solange es Menschen gibt - jedes Wunder auf Erden vollbracht werden. Wir sind erklärte Gegner der konterrevolutionären Theorie Achesons. Wir glauben daran, daß die Revolution alles verändern kann und daß es nicht lange dauern wird, bis ein neues China entsteht, mit einer großen Bevölkerung und großem Reichtum an Produkten, wo man im Überfluß leben und wo die Kultur erblühen wird. Alle pessimistischen Klagen entbehren jeder Grundlage." (Mao Tse-tung, Der Bankrott der idealistischen Geschichtsauffassung)

Wichtigste Maßnahme: Bodenreform

Das Rezept der chinesischen Kommunisten hieß also: Revolution plus Produktion kann das Ernährungsproblem lösen. Was bis 1949 nur in einzelnen befreiten Gebieten Erfolg hatte, wurde nun nach dem Sieg der Revolution überall Wirklichkeit: Die Bodenreform. Die Bodenreform, d.h. die Umwälzung der Besitzverhältnisse auf dem Lande, war die zunächst wichtigste und auch weitreichendste Maßnahme, die die KP Chinas durchführte. Das Agrargesetz, das das Zentralkomitee schon 1947 verabschiedet hatte, war die Richtschnur. Hier einige Auszüge: In der Resolution des ZK, die dem Gesetz vorangestellt wurde, waren die Gründe für die Bodenreform erläutert:



Studentinnen im Dorf Liuling (bei Jenan): Vor der Uni zwei Jahre Landarbeit

"Chinas Agrarsystem ist äußerst ungerecht. Was die allgemeinen Bedingungen angeht, so besitzen Großgrundbesitzer und Großbauern, die weniger als 10 % der Landbevölkerung ausmachen, etwa

70-80 % des Bodens und beuten die Bauernschaft grausam aus. Landarbeiter, arme Bauern, mittlere Bauern und andere jedoch, die über 90 % der Landbevölkerung bilden, besitzen insgesamt nur etwa 20-30 % des Bodens und schinden sich das ganze Jahr hindurch, ohne einen warmen oder vollen Bauch zu kennen. Diese ernsten Zustände sind die Wurzel dessen, daß unser Land das Opfer der Aggression, Unterdrückung, Armut, Rückständigkeit ist und sie sind auch die grundlegenden Hindernisse für Demokratisierung, Industrialisierung, Unabhängigkeit, Einheit, Stärke und Wohlstand unseres Landes. Um diese Bedingungen zu verändern, ist es notwendig, auf der Grundlage der Forderungen der Bauernschaft das Agrarsystem der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung auszurotten und das System des "Land dem, der es bearbeitet" zu verwirklichen..."

Grundlegendes Programm:

Artikel 1:
Das Agrarsystem der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung ist abgeschafft. Das Agrarsystem "Land dem, der es bearbeitet" wird eingeführt.

Artikel 2:
Alle Landbesitzrechte der Großgrundbesitzer sind abgeschafft.

Artikel 3:
Landbesitzrechte aller Ahnentempel, Tempel, Klöster, Schulen, Institutionen und Organisationen sind abgeschafft.

Artikel 4:
Alle Schulden auf dem Lande aus der Zeit vor der Agrarreform sind nichtig...

Artikel 6:
Alles Land der Großgrundbesitzer in den Dörfern und alles öffentliche Land soll von den dörflichen Bauernvereinigungen übernommen werden und zusammen mit dem ganzen übrigen gemeindeeigenen Land, einheitlich und zu gleichen Teilen, aufgeteilt werden, und zwar an alle Dorfbewohner, ohne Ansehen des Alters oder des Geschlechts...

Artikel 8:
Die dörflichen Bauernvereinigungen sollen alle Tiere, landwirtschaftlichen Geräte, Häuser, Getreide und andere Besitztümer der Großgrundbesitzer übernehmen, ferner sollen sie die überzähligen Tiere, Landwirtschaftsgeräte, Häuser, Getreide und andere Besitztümer der reichen Bauern enteignen; diese sollen an die Bauern verteilt werden, die keine solchen Besitztümer haben, sowie an andere Arme, und ein gleicher Anteil soll an die Großgrundbesitzer verteilt werden. Die an die einzelnen Personen verteilten Besitztümer sollen deren persönlicher Besitz sein, so daß alle im Dorf genügend Material zur Arbeit und zum Leben haben ...

Artikel 15:
Um sicherzustellen, daß alle Maßnahmen der Landreform in Übereinstimmung mit dem Willen und den Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes geschehen, übernimmt die Regierung die Verantwortung für die Sicherung wirklicher demokratischer Rechte für das Volk; dazu gehören das volle Recht der Bauern und ihrer Vertreter, auf allen Versammlungen frei alle Kader aller Art und jeden Ranges zu kritisieren und abzusetzen; das volle Recht, alle Kader der Regierung und der Bauernorganisationen auf entsprechenden Versammlungen abzusetzen und zu wählen. Wer diese demokratischen Rechte und Vollmachten des Volkes verletzt, soll von den Volksgerichten bestraft werden.

Mobilisierung der Dörfer

Die Wirkung dieses Gesetzes in China war ungeheuer. Überall feierten die Bauern das Ende ihres jahrtausendealten Elends, den Beginn eines neuen Zeitalters. Und das war es tatsächlich - ein neues Zeitalter. Doch der Sprung ging nicht einfach vonstatten, nicht ohne Schmerzen, nicht ohne Lehrgeld.

Die Kommunistische Partei Chinas sah ihre Aufgabe nicht darin, nun erneut von oben die Landverteilung zu dekretieren, sondern vielmehr darin, den Bauern zu helfen, selbst die Initiative zu ergreifen und die Bodenreform selbst durchzuführen. Meist kamen im Dorf erst die aktivsten und kämpferischesten Bauern zusammen, um gemeinsam zu besprechen, wo der Hebel anzusetzen sei. Im wesentlichen ging es dabei um die Fragen:

"Wer lebt von wem?", "Warum sind die Armen arm und die Reichen reich?" und "Soll den Großgrundbesitzern Pacht gezahlt werden?"

Diese Fragen zu lösen war nicht einmal immer so einfach, denn es besteht schon ein Unterschied, offensichtliches Unrecht wie Betrug, Diebstahl oder Mißhandlung zu erkennen oder das Unrecht, das sich hinter einem jahrhundertealten System der Ausbeutung und Unterdrückung versteckte, als Unrecht zu erkennen. Doch waren diese Fragen einmal beantwortet, dann begann die Mobilisierung des ganzen Dorfes. Der Amerikaner William Hinton beschreibt in "Fanshen" eine solche Versammlung:

"Als die kleinen Versammlungen noch im Gange waren, nahm die Miliz (den Grundherrn) Kuo Chung-Wang fest, durchsuchte sein Haus und grub tonnenweise Getreide aus. Viel davon war verdorben. Am Tag der großen Versammlung lag das Getreide, das Dutzenden hätte das Leben retten können, in einem stinkenden, schimmligen Haufen auf dem Hof. Die Menschen, die hereinströmten um anzuklagen, gingen über das Getreide hinweg, und einige setzten sich darauf, als der Hof sich füllte. Der Geruch

und der Anblick erinnerten sie an jene, die wegen ein paar Pfund, die sie nicht hatten, gestorben waren - und das erfüllte sie mit Zorn. Neben dem Getreide standen zwei Behälter mit Salzwasser - Salz, das solange gehortet wurde, daß es sich in der Luftfeuchtigkeit aufgelöst hatte. Während die landlosen Bauern wochenlang ohne Salz auskommen mußten, hatte Chung-Wang Salz verrotten lassen. Der erste, der auf dieser entscheidenden Versammlung sprach, war Fu-yuan, der Dorfvorsteher. Da er ein Vetter Chung-Wangs war, hatten seine Worte besonderes Gewicht für den Rest des Dorfes. Wenn man soweit getrieben wurde, daß er seinen eigenen Vetter anklagte, dann mußte der Grund schwerwiegend sein.

'Im Hungerjahr', begann Fu-yuan und redete Chung-Wang direkt an, 'arbeitete mein Bruder für deine Familie. Wir waren alle hungrig. Wir hatten nichts zu essen. Aber du hast keinen Gedanken an uns verschwendet. Mehrere Male haben wir versucht, von dir Getreide zu borgen. Aber es war umsonst. Ohne Mitleid hast du zugesehen, wie wir hungerten'.

Dann sprach Ho-pang, der in der Miliz war. Seine Stimme zitterte, als er erzählte, wie er Land von Chung-Wang gepachtet hatte. 'In einem Jahr konnte ich die Pacht nicht bezahlen. Du nahmst dir die ganze Ernte. Du nahmst meine Kleider. Alles hast du dir genommen.'

Schluchzend brach er zusammen, doch ein Dutzend anderer sprang auf und schrie:

'Was hast du dir dabei gedacht? Du hast alles genommen. Miao-le und sein Bruder starben?' 'Ja, was hast du dir gedacht? Du hattest kein Mitleid. Hast du nicht Pei Mang-wens Mutter in den Tod gehetzt?'

Aber Chung-Wang wußte keine Antworten..."

Der Preis für das Leben

Die Abrechnung der Bauern mit ihren Ausbeutern war hart und oft blutig. Wie so oft in der Geschichte, war auch hier Gewalt nötig, um dem Fortschritt den Weg zu bahnen. Und was war die Gewalt der Bauern, die sich an den Großgrundbesitzern rächten, im Vergleich zu den vielen Millionen Hungertoten, zu den Kindern, die aus Not verkauft wurden oder die die Grundherren als Pachtzahlung den Bauern raubten, gegen die Foltern und die blutige Unterdrükkung, die die Bauern so lange gepeinigt hatten? Wenn all dies nun ein Ende haben sollte, dann war der Blutzoll, der dafür entrichtet wurde, nicht umsonst.

Doch wurde es auch anders? Konnten die chinesischen Kommunisten ihr Versprechen, das sie gegeben hatten, einlösen?

Die Zahlen sprechen hier wiederum eine deutliche Sprache: Die Sterblichkeitsrate ging in den ersten Jahren von 3,4 % auf 1,8 % im Jahre 1952 zurück, damit war sie schon geringer als die Indiens in den sechziger Jahren (2,3 %). Die Getreideproduktion stieg an, die Einkommen erhöhten sich.

Zusammenschluß aus freiwilligem Entschluß

Doch der Anstieg war noch zu langsam. Die Landverteilung in kleine Einzelparzellen war noch nicht produktiv. Außerdem konnte immer noch Land verkauft und verpachtet werden. Die Mittelbauern, die gutes Land besaßen und genügend Vieh und Geräte, wurden schnell wohlhabend, während viele arme Bauern, die kein so gutes Land und wenig Geräte oder Tiere hatten, auf keinen grünen Zweig kamen. Deshalb regte die KP Chinas vor allem die armen Bauern an, sich zu "Genossenschaften zur gegenseitigen Hilfe" zusammenzuschließen, später zu landwirtschaftlichen Kooperativen. Nur die größeren Einheiten ermöglichten ein rationelles Wirtschaften, bessere Ausnutzung des Bodens und der Geräte und die Erwirtschaftung eines auch noch so kleinen Überschusses, von dem bessere Geräte und Zugtiere gekauft werden konnten. Auch hier war das erklärte Prinzip die Freiwilligkeit. Doch meist erkannten die Bauern schnell die Vorteile des Zusammenschlusses, denn die 2 1/2 Morgen, die der durchschnittlichen Bauernfamilie zur Verfügung standen, reichten hinten und vorne nicht. Nun, da weder Pacht noch Grundherren, weder Wucher noch Steuerschraube die Bauern drückten, waren die Bauern jedem Vorschlag aufgeschlossen, der die Produktivität erhöhte und damit ihre Einkünfte und ihr Leben verbesserte. Anders als früher war es nun der Staat, der ihre Überschüsse aufkaufte. Der Staat garantierte feste Preise, und auch die Steuer, die sehr gering war, blieb konstant.

Früher wurde ein Bauer für hohe Produktivität bestraft, denn seine Steuer stieg, seine Pacht stieg, und oft stand er mit genausowenig für seine Familie da wie bei einer schlechten Ernte. Nun aber war alles anders.

Ein auch in China berühmtes Beispiel für den Zusammenschluß der Bauern in Kooperativen ist das Dorf Tzipo im Kreis Tsunhua, nordwestlich von Peking. Die Bergbauern dort waren noch ärmer als der Durchschnitt, und wenn die Regierung anfangs nicht mitgeholfen häte, wäre so mancher wohl nicht durch den Winter gekommen. Als sich im Herbst 1952 die 23 ärmsten Familien zu einer Kooperative zusammenschlossen, hatten sie zusammen nur etwas Land, doch keine Karren oder Geräte, nur einen 2/3-Anteil an einem Esel! Sie gingen in die Berge, schlugen Feuerholz und verkauften es. Nach drei Wochen hatten sie so 430 Yüan verdient. Unterdessen sammelten die Frauen Dung, la-

sen die Steine aus den Feldern und besserten Bewässerungsgräben aus. Anstatt das frisch verdiente Geld am Neujahrsfest zu verjubeln - was einige vorschlugen -, kaufte die Kooperative davon einen Karren, einen Ochsen, ein Maultier, neunzehn Schafe und eine Anzahl kleinerer Geräte. Um die Tiere füttern zu können, gingen die Männer wieder in die Berge zum Holzschlagen. Als der Frühling kam, hatten sie kein Saatkorn, und ihre Essensvorräte waren fast aufgegessen. Doch anstatt nun die Regierung um Hilfe zu bitten, kratzten sie ihre letzten Reserven, ihr letztes privates Saatgut zusammen und säten es auf ihre Felder. Kurz vor der Ernte wurde wieder das Essen knapp, und manche waren am Aufgeben. Doch alle schnallten den Gürtel enger und hielten durch. Als die Ernte endlich eingefahren und gewogen war, hatten alle 60 % mehr verdient als zuvor, als sie für sich allein arbeiteten. Von da an ging es schnell aufwärts. Auch die Mittelbauern traten der Kooperative bei, und bald war das ganze Dorf in der Kooperative.

Was braucht man für den Lebensunterhalt in der VR China?

Die Löhne sind ständig gestiegen und Industriearbeiter verdienen zwischen 35 Yüan und 110 Yüan, Techniker und Ingenieure bis zu 300 Yüan.

Durchschnittliche Monatslöhne von Industriearbeitern in RMB

Jahr	Yüan
1956	50–55
1964	60–70
1972	70–90

Wohnen:

Die Miete für ein 15 m² großes Zimmer beträgt 2 Yüan. Die Miete für zwei oder mehr Zimmer liegt zwischen 4 bis 8 Yüan (4 bis 8 v. H. des Einkommens höchstens).

Gas: ca. 3 Yüan pro Familie im Jahre 1972
Licht: ca. 1.20 Yüan pro Familie
Wasser: ca. 0,40 bis 0,50 Yüan pro Familie

Einzelhandelspreis für Ernährung und Kleidung im Jahre 1972:

Artikel pro Kilo	Preis (Yüan)	Artikel pro Meter	Preis (Yüan)
Schweinefleisch	1,80	Baumwollstoff	6,00
Rindfleisch	1,40	Leinenhose	6,40
Huhn	2,80	Schuhe (Tuch)	5,00
Ente	2,30		
Hammel	2,10		
Kalbfleisch	2,30	**Verschiedenes:**	
Fisch	1,16	Fahrrad	135–150
Zucker (roh)	1,36	Armbanduhr	100–120
Zucker (raffiniert)	1,60	Transistorradio	28, 50–90
Erdnußöl		Nähmaschine	120
Reis (mittlere Qualität)	0,34	Fernseher	400
Mehl (mittlere Qualität)	0,38		
Kartoffeln	0,18		
Tomaten	0,18		
Äpfel	0,50		

1 RMB Yüan (Renminbi Yüan) entspricht ungefähr 1,40 DM

Als ich im Herbst 1974, also 11 Jahre später, dieses Dorf besuchen konnte, erinnerte nichts mehr an die Zeit des Hungers und der Not. Das ganze Tal war ein einziger grüner Garten, auf den Bergen waren Tausende Bäume gepflanzt, und auf der Tenne wurde gerade eine neue Rekordernte eingefahren. Fast alle Häuser waren neueren Datums, in den Gärten hielten die Bauern Schweine, überall rannten Hühner umher. Das Dorf war landwirtschaftlicher Selbstversorger und verkaufte außerdem beträchtliche Überschüsse an den Staat. Der Dorfladen war wohlausgestattet, die Kinder waren gesund, gut genährt und gekleidet. Doch bis es soweit war, mußte erst noch eine weitere Stufe passiert werden.

Die Natur wird gezähmt

Wie wir schon früher gesehen haben, waren Chinas Wasserbauten schon immer der Schlüssel im Kampf gegen die Naturgewalten, gegen Dürre, Überschwemmungen und Unwetter. Doch um Chinas Ströme endgültig zu zähmen, um die Bewässerungssysteme zu modernisieren und auszubauen, mußten gewaltige Anstrengungen unternommen werden. Berge mußten abgetragen, neue Flußbetten ausgehoben, Hunderte, ja Tausende Kilometer Kanäle gebaut werden. China hatte nur wenig moderne Maschinen, kaum Bagger oder Bulldozer. Die dörflichen Kooperativen waren zu klein, um solch gewaltige Projekte durchführen und finanzieren zu können. Deshalb wude es notwendig, größere Einheiten zu schaffen. Diese Einheiten wurden die Volkskommunen. Mit ihnen wurde der Grundstein zur endgültigen Lösung des Ernährungsproblems gelegt. Nicht nur, daß nun die Landwirtschaft in großem Stil modernisiert und mechanisiert warden konnte, auch die Industrialisierung nahm ihren Anfang auf dem Land.

Industrialisierung ohne Landflucht

Die chinesischen Kommunisten wollten unbedingt vermeiden, was in den Industrieländern, aber auch in vielen Entwicklungsländern eintritt: Durch die Mechanisierung der Landwirtschaft (aber auch durch Landkäufe von Großgrundbesitzern oder ausländischen Investoren) werden Arbeitskräfte auf dem Land freigesetzt (oder vertrieben), die nun in die Städte strömen, dort oft weder Arbeit noch Unterkunft finden und in Slums unter unbeschreiblichen Bedingungen dahinvegetieren. Viele Städte Chinas waren ohnehin schon zum Platzen eng, und so wählte man den Weg der dezentralen Industrialisierung. Im "Großen Sprung nach vorn" entstanden überall in China kleine Fabriken, Werkstätten, sogar Hochöfen. Die Industrialisierung auf dem Land begann mit ungeheurer Energie. Viele Experimente erwiesen sich als nicht sehr vielversprechend und wurden bald eingestellt. So zum Beispiel viele der kleinen, aber auch oft qualitativ unzureichenden Stahlschmelzen. Doch der entscheidende Durchbruch war getan!

Probe aufs Exempel

Gleichzeitig jedoch kam die erste große Bewährungsprobe für das neue System. Alles schien sich Ende der 50er Jahre gegen die Chinesen verschworen zu haben: Dürren, manche die schlimmsten der letzten hundert Jahre, Über-

schwemmungen und Insektenplagen lösten einander ab. In einigen Gebieten brachen Seuchen aus, die Teile des Tierbestands vernichteten.

Fehler beim "Großen Sprung" und schließlich der völlig unerwartete Abzug der sowjetischen Spezialisten, die alle Projekte stehen ließen, die Pläne mitnahmen und die Verträge zerrissen, alle diese Faktoren kamen nun zwischen 1958 und 1961 zusammen. Die Folge war, daß die Ernteerträge noch einmal stark zurückgingen und manche Landesteile ernsthafte Ernährungsprobleme hatten. Doch anders als bei ähnlichen Situationen früher kam es diesmal nicht zu der vom Ausland erwarteten Katastrophe. Der Zusammenbruch, den Acheson vorausgesagt hatte, blieb aus. Wie war das zu erklären?

Einmal zahlte sich nun die Verstaatlichung des Handels aus. Es gab kein Horten, keinen Schwarzmarkt. Selbst in dieser Phase größter Knappheit blieben die Preise stabil! Zum zweiten wurde die Knappheit gleichmäßig auf alle verteilt. Es gab nicht mehr eine Schicht, die prasste und eine andere, die verhungerte. Alle schränkten sich ein, und so reichte es irgendwie auch für alle. Trotzdem waren in vielen Gegenden Anzeichen der Unterernährung sichtbar, und die Not war unübersehbar. Doch die Bilder, die Edgar Snow oder William Hinton noch weniger Jahre vorher gesehen hatte, diese Bilder wiederholten sich nicht.

Keine Angst vor der Zukunft

Der "Große Sprung", der so dramatisch begonnen hatte und den die meisten Beobachter in West und Ost eifrig als Fehlschlag deklarierten, er brachte schließlich die Wende. Die Volkskommunen erwiesen sich als eine unter den gegebenen Bedingungen ideale Konstruktion, die eine optimale ökonomische Entwicklung, aber auch eine ebenso optimale Selbstverwaltung durch die Arbeiter und Bauern ermöglichte. Die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Fortschritt und Rückständigkeit hatte nun eine konkrete Form bekommen.

Heute ist China ein Land, das in großem Stil Nahrungsmittel exportiert. Vor allem Obst, Gemüse, Fleisch und Reis. Zwar wird auch noch Korn eingeführt, doch vor allem, um die Vielfältigkeit der Kost zu bereichern und mehr Reis exportieren zu können, der einen weit höheren Erlös bringt als Weizen. Die Kost der Chinesen, früher meist nur aus Reis, Graupen oder Hartweizen bestehend, ist heute genauso reichlich wie reichhaltig. Viele westliche Journalisten, die mißtrauisch nach China kamen und überall, möglichst unangemeldet - "denn wer weiß, was die da arrangiert haben" -, die Topfdeckel lüfteten, sie alle bestätigen, daß die Kost, selbst in den Fabriken und abgelegenen Dörfern, oft besser und schmackhafter ist als das, was uns hier in manch teurem Chinarestaurant vorgesetzt wird.

China hat den Hunger besiegt. - Trotz des Anstiegs der Bevölkerung von 475 Millionen im Jahre 1949 auf fast 800 Millionen heute. Und obwohl die Produktion heute stabil, die Versorgung gesichert und die Vorräte reichlich sind, stecken in der chinesischen Landwirtschaft noch ungeheure Reserven. Da noch relativ wenig Kunstdünger verwendet wird und die Agrarwissenschaft noch lange nicht am Ende angelangt ist, wird sich der Ertrag pro Haktar noch um ein Vielfaches steigern lassen.



Kommune-Bauern in der Provinz Kuangsi

Während sich die Kurve des Bevölkerungswachstums weiter abflacht, erhöht sich der Zuwachs an Lebensmittelprodukten. Der alte Pfarrer Malthus würde seinen Augen nicht trauen!

Doch die Chinesen wissen, daß in dem Augenblick, wo sie nur einen der Faktoren Revolution und Produktion vernachlässigen, das alte Hungergespenst wieder auferstehen kann. Und deshalb laden von Zeit zu Zeit die alten Bauern, die den Hunger noch aus eigener Erfahrung kannten, die Jugendlichen des Dorfes oder der Städte zu sich ein. Dann bereiten sie ein "Mahl des bitteren Andenkens" - ganz wie damals, als es so oft ihr Alltagsmahl war. Während die Jugendlichen die trockenen Gräser und das Brot aus Rinde und Kleie hinunterwürgen, erzählen ihnen die Alten von der Zeit damals, die noch gar nicht so lange zurückliegt... Und nachdem sie die Jungen so anschaulich ermahnt haben, nie diese Zeit zu vergessen, singen sie vielleicht mit ihnen ein Lied, das die Bauern nach der Befreiung sangen, als sie ihre eigene Kraft entdeckt hatten:

> "Es gibt keinen Jadekaiser im Himmel,
> keinen Drachenkönig auf Erden.
> Ich bin der Jadekaiser,
> Ich bin der Drachenkönig.
> Macht Platz, ihr Hügel und Berge -
> Hier komme ich!"

Vietnam

Tonking II oder der „Fall Thieu"?

Andreas Buro/Günter Dill

Nach langem Schweigen über die Situation in Süd-Vietnam wurden die Nachrichten plötzlich häufig und dramatisch. In verzweifeltem Kampf versuchten Truppen der Saigoner Regierung, die Provinzhauptstadt Phuoc Binh zu verteidigen, die durch Einheiten des „Vietcong und der Nordvietnamesen" unter Einsatz von schweren Waffen von allen Seiten bestürmt wurde. Die ganze Welt konnte an diesem Ereignis teilnehmen. Schließlich ging die Stadt – nicht viel mehr als 100 km von Saigon entfernt – an die „Kommunisten" verloren. Man hörte, hier handelte es sich um einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Pariser Abkommen; und die Administration der USA zögerte nicht, mit einer halb dementierten und doch unmißverständlichen Drohgebärde, indem sie ihren größten Flugzeugträger, die „Enterprise", auslaufen ließen. Würden die Amerikaner erneut in den Waffenstillstandskrieg eingreifen und hat die Auseinandersetzung eine neue Qualität erreicht?

Was immer auch aus Vietnam gelernt worden ist, eines scheint Allgemeingut geworden zu sein: daß offizielle Berichterstattung aus Vietnam in hohem Maße ein Bestandteil der Auseinandersetzung selbst ist und nicht für bare Münze genommen werden kann. Um nur ein Stichwort zu nennen: Der Tonkingzwischenfall, damals als alarmierender Angriff der Nordvietnamesen auf die amerikanische Flotte dargestellt, entpuppte sich später als Manöver der Regierung der USA, um den Kongreß zur Bewilligung der Vollmachten und Mittel zur Kriegsführung gegen Nordvietnam zu bewegen. Aber auch die geringe Vietnam-Berichterstattung der Agenturen seit dem Pariser Abkommen war zweifellos ein Einsatz des Nachrichtenmonopols als Kampfmittel, denn der systematische Versuch Saigons, die Gebiete der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) militärisch zu zerstückeln, bedurfte eben keiner Öffentlichkeit in der westlichen Welt. Wurden auch seit dieser Zeit wahrscheinlich zwischen 130 000 und 250 000 Vietnamesen im Kampf getötet, so war dies doch kein Grund zu öffentlicher Beunruhigung, denn Saigon selbst war ja im Angriff. Wenn heute Kämpfe, die anscheinend das Maß des so üblich gewordenen nicht wesentlich überschreiten, eine weltweite Publizität erhalten, so drängt sich die Frage auf, was dieser Krieg im Äther tatsächlich bedeutet.

Folgende Tatbestände sind mit großer Sicherheit festzustellen:

1. Saigons Thieu sabotierte systematisch das Pariser Abkommen. Er weigerte sich, eine dritte Kraft anzuerkennen. Statt demokratische Rechte und Freiheiten zu gewähren, verbot er konkurrierende Parteien, unterdrückte die Presse und baute systematisch seinen Polizeiapparat auf. Politische Gefangene und Gegner wurden systematisch kriminalisiert.
2. Saigon versuchte, seit dem Abschluß von Paris, die in den Verträgen nicht festgelegten Waffenstillstandslinien durch militärische Aktionen zu seinen Gunsten zu verändern. Dabei verfolgte es offensichtlich das Ziel, die wichtigen, durch befreite Gebiete blockierten Verbindungswege aufzubrechen, im Bereich der PRR Städte oder Stützpunkte zu gewinnen und durch ständige militärische Intervention den Aufbau im Gebiet der PRR zu stören, u. a. auch durch Napalmbomben zur Zerstörung der Reisernte (Il Manifesto 9. 1. 75). Militäraktionen in Divisionsstärke waren dabei nicht selten. Saigon war vor Paris von den USA stark aufgerüstet worden und hat seitdem in erheblichem Maße Ersatzlieferungen für ausgefallenes Gerät und möglicherweise darüber hinaus erhalten.
3. Unübersehbar ist ferner die Misere des Saigoner Bereiches. Weit mehr als 1 Million sind arbeitslos. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt im unteren Bereich der Einkommen der unterentwickelten Länder. Das gesetzlich festgelegte, tägliche Lohnminimum betrug 1974 auf dem Papier 190 Piaster (nach mehr als 2 Dutzend Abwertungen fiel der Kurs des Piasters von 117 (im Jahre 1971) auf 670 (Oktober 1974) für einen US-Dollar). Ein Kilo Reis kostete im März 1974 etwa 190 Piaster (Le Monde 8. 5. 74) und war damit 3-4 mal so teuer wie 1973; der Benzinpreis stieg von 30 auf 245 Piaster (1974). Der industrielle Sektor trägt nur etwa 8 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, während die Dienstleistungen etwa 50 Prozent ausmachen. Die erhofften großen ausländischen Investitionen blieben aus. Die amerikanische Wirtschaftshilfe konnte nicht so weit gesteigert werden, um sowohl militärische Konfrontationspolitik wie wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern. Die Auswirkungen der Auslandsausgaben auf die Zahlungsbilanz der USA beschränkten deren Engagement. Angesichts der wirtschaftlichen Stagnation konnte das System systematischer Korruption, das als fester Bestandteil von Einkommenssicherung in der Administration gelten kann, nicht abgebaut werden, sondern dehnte sich soweit aus, daß es zu einem entscheidenden Faktor der Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung wurde. Die ökonomische Misere fand ihren Ausdruck in sozialen Unruhen und wilden Streiks, die blutig, zum Teil sogar mit Hilfe des korrupten Präsidenten der Konföderation der staatlichen Gewerkschaften, Tran Quoc Bou, niedergeschlagen wurden (Il Manifesto 13. 11. 74). Die sozialen Unruhen wiederum verstärkten den Terror der Saigoner Administration, da sie durch Zuweisungen aus dem stagnierenden Nationalprodukt nicht befriedet werden konnten. Die Hoffnung Washingtons, aus dem Saigoner Bereich ein wirtschaftlich attraktives Gebiet zu machen, hat sich mithin in keiner Weise erfüllt. Das Gegenteil ist der Fall. Inflation und Massenelend, Arbeitslosigkeit und Korruption haben ein nie gekanntes Maß erreicht. Soziale und politische Stabilisierung waren deshalb (wie wir bereits kurz nach dem Pariser Abkommen 1973 prognostizierten, s. „links" Nr. 47, 1973) weder wirtschaftlich noch durch Terror durchsetzbar.
4. Die gegen das Thieu-Regime gerichtete Anti-Korruptionskampagne (AKK) gewann zunehmend Bedeutung. Sie wird in westlicher Berichterstattung meist als Teil der dritten Kraft, von der auch das Pariser Abkommen handelt, dargestellt. Die wichtigste Gruppe der AKK scheinen zur Zeit die Katholiken zu sein. Anscheinend besteht zwischen ihr und Washington Übereinstimmung darin, daß die Pariser Verträge nicht soweit angewandt werden dürfen, daß die PRR Einfluß auf den Saigoner Bereich erhält, und daß nur die Beseitigung zumindest der schlimmsten Auswüchse der Korruption die Voraussetzung schaffen kann, um einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten.

Thieus Strategie

Wir gehen davon aus, daß Thieu durch seine militärische Konfrontationsstrategie gezwungen war, einen erheblichen Anteil der Regierungsausgaben (53 Prozent für Mi-

litär, 6,8 Prozent für Polizei u. ä. im Jahre 1973) und der ausländischen Hilfsleistungen in militärischen Gütern und Aufwendungen anzulegen. Von daher hatte er wenig Möglichkeiten, wirtschaftlichen Aufbau voranzubringen. Die Sicherung einer breiten Loyalität unter seinen Anhängern erfolgte durch die Beibehaltung der systematischen Korruption. Thieu ist demnach so weit in die Korruption verstrickt, und von ihr abhängig, daß er trotz lautstarker Ansätze und einiger spektakulärer Entlassungen hochgestellter Persönlichkeiten dieses System nicht aufgeben kann, da er damit seine Herrschaftsbasis unterminieren würde. Er kann sich also nicht selbst an die Spitze der Anti-Korruptionskampage stellen. Seine Strategie der militärischen Konfrontation ist auf ständige massive Waffenlieferungen angewiesen. Um sie von den USA zu erhalten, muß immer wieder die „Aggresivität der Kommunisten" nachgewiesen werden. Militärische Provokation der PRR und großes öffentliches Lamento über deren Reaktionen gehören also zum Teil seiner Handlungsstrategie. Die Militärausgaben werden aber nicht nur für die Konfrontation nach außen benötigt, sondern auch für die Unterdrückung der sozialen Unruhe im eigenen Gebiet. So ist ein Teufelskreis eingeleitet: immer mehr Waffen, immer mehr Ausgaben für Militär, dadurch immer weniger Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung, was wiederum verstärkte soziale Unruhe bewirkt und gesteigerte Repression erfordert. Gegenwärtig scheint dieser Prozeß durch zunehmende Zersetzung der Moral der Saigoner Truppen eine neue Qualität zu bekommen. Auch in der Armee herrscht das System der Korruption, dessen Nachteile sich vorwiegend bei den in der Hierarchie letzten, den einfachen Soldaten, niederschlagen. Die Desertionsraten sind entsprechend hoch. Die Kampffähigkeit der Truppen gering. Dies trifft besonders für die Armeeinheiten zu, die in enge Verbindung mit dem Elend der Bevölkerung und den dabei unvermeidlichen politischen Einflüssen kommen. Anders ist dies bei den Eliteverbänden, insbesondere der Luftwaffe und der Artillerie, die per Distanz operieren und Sonderbedingungen haben, die ihren Status weit über den der Bevölkerung hinaus heben. Diese Situation in der Armee führt zunehmend dazu, den Landkrieg – ähnlich wie es unter Nixon die USA taten – mehr und mehr auf einen technischen Krieg umzustellen, also auf einen Krieg durch Luftwaffe und Artillerie. Die jüngsten Aktionen Thieus, öffentlich als Vergeltungsschläge gegen die „Aggression der Kommunisten" deklariert, lassen dies deutlich erkennen. Doch diese Umstellung heißt für Thieu wiederum Verteuerung der Kriegsführung, die er nur mit höheren Zuschüssen der USA durchstehen kann.

Doch der Kongreß weigert sich angesichts der Perspektivlosigkeit der Thieu'schen Politik, Mittel in ein Faß ohne Boden zu gießen. Das Pentagon hat wegen dieser Haltung des Kongresses sich bereits um Abhilfe bemüht, in dem es sich die Berechtigung geben ließ, die Preise für die gelieferten Kriegsgüter herunterzusetzen. Im Haushaltsjahr 1972/73 war es berechtigt, die Preisangaben für das Budget bis auf 1/3 der eigenen Einkaufspreise zu senken, wenn es sich um Material handelte, das in amerikanischen Vorratslagern überschüssig vorhanden ist. Im Haushaltsjahr 1973/74 hat es diesen Satz sogar auf 8,9 % senken können (Le Monde 1. 10. 74), so daß offizielle Militärhilfe in Höhe von beispielsweise 100 Millionen Dollar in Wirklichkeit einen Wert von mehr als 1 Mrd. Dollar hatte. Dieser Unterstützung vom Pentagon, sicher mit Billigung der Administration betrieben, sind jedoch Grenzen gesetzt. Sie belastet das Budget des Pentagon selbst erheblich, da es ja aus seinen Mitteln die vollen Einkaufspreise bezahlen muß. Doch wichtiger noch: auch diese Mittel reichen nicht mehr aus. In einem Memorandum des Pentagon von Ende 1974 wird deshalb eine breite Publizitätskampagne gefordert, um den Kongreß von einer Notsituation zu überzeugen, denn Saigon würde innerhalb von 30 Tagen nicht über genügend Munition für seine Kämpfe verfügen (International Herald Tribune vom 10. 1. 1975).

Die mit dem Fall von Phuoc Binh einsetzenden Bemühungen der Administration um Bewilligung zusätzlicher Militärmittel durch den Kongreß werfen die Frage auf, ob wir es hier nicht mit einem neuen „Tonking-Zwischenfall" zu tun haben, einer Aktion also, um Militärhilfeforderungen inneramerikanisch durchzusetzen, wobei das vorzeitige Auslaufen der „Enterprise" die Funktion hatte, die öffentliche Berichterstattung dramatisch zu unterlegen. Eine solche Annahme ist plausibel, da der amerikanischen Administration sicher die reale Thieu'sche Politik der militärischen Konfrontation bekannt ist, und sie ebenso weiß, welche Beschränkungen der Befreiungsfront durch die Koexistenzpolitik der Sowjetunion und Chinas auferlegt sind. Diese Politik ist in letzter Zeit immer wieder durch Gipfeltreffen und Informationsgespräche bestätigt worden und muß für die Administration in Washington außer Zweifel



stehen. Außer Zweifel steht auch, daß sich Nord-Vietnam dieser Politik einfügen mußte. Nord-Vietnam hat, was sowohl aus den Äußerungen der politischen Führer wie auch aus der konkreten Entwicklung der Wirtschaftspolitik eindeutig hervorgeht, sich ganz auf den Wiederaufbau des Landes konzentriert. Washington selbst kann also keineswegs glauben, es handele sich um weitgesteckte militärische Aktionen der Befreiungsfront.

Tonking II oder mehr?

Hat auch die Annahme, hier würde ein Manöver à la Tonking vorgeführt, viel Plausibilität für sich, so spricht gegen diese Annahme, daß nach der Veröffentlichung der Pentagonpapiere Administration und Pentagon nicht mehr mit einer naiven Gläubigkeit an kommunistische Aggression bei den Kongreßabgeordneten oder der Öffentlichkeit rechnen können. Das heißt, das Manöver ist zu durchsichtig, um als solches einfach akzeptiert zu werden. Mike Mansfield, der demokratische Fraktionschef im Senat, winkte dann auch sofort ab, als Präsident Ford seine erhöhten Militärforderungen vorbrachte. Zusätzliche Unterstützung führe nur zu „vermehrtem Töten und verstärkten Kämpfen" in Südvietnam. Dies aber müsse „irgendwann einmal aufhören" (FR 11. 1. 1975). Gegenargument ist ferner, daß angesichts

der verbreiteten Kritik an der ökonomisch und sozial perspektivlosen Politik Saigons die US-Administration nicht mehr davon ausgehen kann, eine stabilisierende Politik allein auf dem Wege militärischer Konfrontation durchzusetzen. Sie muß also fürchten, erneut in einer Sackgasse zu landen. Andererseits ist offensichtlich, daß durch Inflation und Stagnation in den USA selbst große Belastungen des staatlichen Budgets, Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz und deshalb bereits erfolgte starke Kürzungen der „Auslandshilfe" es in den USA nicht mehr durchsetzbar ist, militärische Konfrontation und wirtschaftliche Sanierung gleichzeitig zu bezahlen.

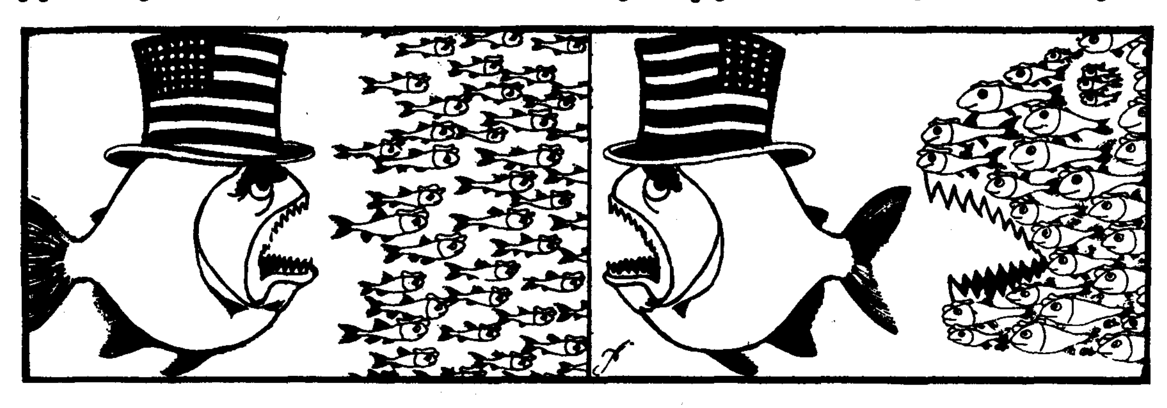
Wird hier also nicht mehr eingeleitet, als nur eine Erhöhung militärischer Zuwendungen? Könnte hier nicht ein neuer Anlauf amerikanischer Stabilisierungsversuche des Saigoner Bereiches einsetzen? Um Mißverständnisse zu vermeiden: wir meinen nicht, daß die USA ihre Ziele aufgäben und daß sie bereit wären, die Pariser Verträge in Kraft zu setzen. Hier geht es vielmehr um wirtschaftliche und soziale Stabilisierung. Deshalb scheint uns die folgende alternative Interpretation der Ereignisse zumindest erwägenswert.

Wirtschaftliche und soziale Stabilisierung könnte nur durchgesetzt werden, wenn mindestens folgendes erreicht würde:

- Abbau der Korruption
- Einschränkung der militärischen Konfrontationspolitik zur Einsparung von Mitteln
- und Einleitung einer wirtschaftlichen Entwicklung aus den eingesparten Ressourcen.

Da Thieu selbst, wie schon dargelegt, zu fest in das System der Korruption eingebaut ist, um es aufgeben zu können, müßte er nun ausgewechselt werden. Dies kann jedoch in der gegenwärtigen prekären Situation, in der es eben gerade nicht darum geht, die Pariser Abkommen auszuführen und die Befreiungsbewegung an der Administration über die Gebiete der Saigoner Verwaltung teilnehmen zu lassen, nicht im Stil der Beseitigung von Diem per Militärputsch und Mord erfolgen.

Ansatzpunkt zur eleganteren Entmachtung Thieus könnte die bestehende Anti-Korruptionsbewegung in Südvietnam sein. Sie setzt sich nicht vornehmlich aus der mit den Buddhisten verbundenen und in die unteren sozialen Schichten hineinreichenden tatsächlichen „dritten Kraft" zusammen, sondern besteht, soweit erkennbar, aus oberen sozialen Schichten der Städte, die vorwiegend im ökonomischen Bereich engagiert waren und deren spezielle Interessen durch die Politik Thieus aufs Stärkste beschnitten werden: In Handel und Dienstleistung engagierte



Kompradorenbourgeoisie und in geringerem Maße „nationale", an der Produktion interessierte Bourgoisie, die wie Washington weder die Pariser Abkommen ausführen, noch die Kooperation mit Washington abbrechen wollen. Diese Schichten allein sind jedoch nicht in der Lage, Thieu zur Aufgabe der Macht zu zwingen. Dazu ist dessen militärisch-polizeiliches Potential zu groß. Denkbar ist jedoch, daß ein verstärkter Druck auf öffentlichem und diplomatischem Wege aus Washington einen solchen Wechsel einleiten könnte. Ihm würden möglicherweise auch die Elitetruppen des Militärs Folge leisten, wenn ihnen die Festschreibung ihres privilegierten Status zugesichert würde.

Die öffentlichen Aktionen und die Anforderung nach mehr Militärhilfe hätten in einem solchen Interpretationsrahmen eine andere Funktion. Die Ablehnung der zusätzlichen Forderungen durch den Kongreß würde Thieu anzeigen, daß seine Politik der militärischen Konfrontation nicht fortgesetzt werden kann. Auf diplomatischem Wege kann ihm der Rücktritt nahegelegt werden. Auf der anderen Seite signalisiert es den möglichen neuen Herrschaftsgruppierungen, daß die Administration bereit ist, auch weiterhin militärische Hilfe – vielleicht sogar verstärkt – zu leisten, wenn nur – und das ist der entscheidende Punkt – eine Perspektive der sozialen und ökonomischen Stabilisierung des Saigoner Bereiches damit verbunden wird. Das Verhalten der Weltbank weist in die gleiche Richtung. Angesichts der völlig verfahrenen wirtschaftlichen Situation in Südvietnam lehnt sie eine weitere Gewährung von Kredithilfen für diese Regierung ab, wenn nicht grundsätzliche Änderungen erfolgen (Le Monde diplomatique September 1974). Eine neue „ökonomische Perspektive" könnte auch im Kongreß Unterstützung finden. Selbst der konservative Senator Goldwater, der wahrscheinlich nicht als „Taube" einzustufen ist, hat sich gegen die Erhöhung der Militärmittel zum gegenwärtigen Zeitpunkt gewandt und signalisiert damit deutlich die Absichten dieser Fraktion.

Entsprechend dieser Interpretation könnten so die gegenwärtigen Ereignisse auch den Anfang der Entmachtung Thieus anzeigen und trotz allen martialischen Getöses nicht etwa ein neues militärisches Engagement der USA in Vietnam.

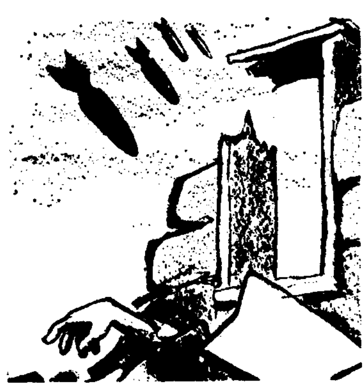
Perspektiven eines „vietnamesischen Marshallplanes"

Schon in der Moose-Lowenstein-Enquête von 1973 für den amerikanischen Senat zeichneten sich Umrisse eines „vietnamesischen Marshallplanes" ab. Doch Reformpolitik im Saigoner Bereich befindet sich in dem Dilemma, daß Korruption als System nicht aufgehoben werden kann, wenn nicht adäquate soziale Bedingungen herrschen, andererseits aber solche Bedingungen nicht durchzusetzen sind, solange Korruption Bestandteil des gesellschaftlichen Systems ist. Ähnliches läßt sich für ausländische Institutionen sagen. Sie sind erst zu erwarten, wenn soziale Stabilisierung erreicht wird. Soziale Stabilisierung erfordert aber gerade Ankurbelung der Wirtschaft, zu der es unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen auch der ausländischen Investitionen bedarf.

Die Attraktivität Saigons für Auslandsinvestitionen ist jedoch nicht groß, denn Rohstoffe mit Ausnahme von Kautschuk und Öl sind im Saigoner Bereich kaum vorhanden. Billiglohnproduktion ist im ganzen asiatischen Bereich leicht zu organisieren; deswegen braucht niemand in den unsicheren Bereich Saigons zu gehen. Denkbar sind noch umweltschädliche Produktionen, etwa wie sie die japanischen Inseln jetzt zunehmend in ihrer Bewohnbarkeit beeinträchtigen. Solche Anlagen sind jedoch meist hochtechnisiert und benötigen nicht viele Arbeitskräfte. Bleibt vielleicht, daß ausländische Investitionen sich auf die Errichtung von Düngemittel- und Zementfabrikation konzentrieren. Insgesamt ist dies jedoch nur ein schmaler Sektor für Auslands-Investitionen, solange Touristik (daran waren die Japaner interessiert) in diesem unruhigen Land keine Bedeutung gewinnen kann.

Eine Entwicklung nationaler Produktion etwa im Konsumsektor, im Leichtmaschinenbau oder im Bauwesen würde voraussetzen, daß Importe (90 % aller Konsumgüter müssen importiert werden. Il Manifesto 21. 3. 74) beschränkt würden, damit sie einheimischen Produktionen nicht Konkurrenz machen und dadurch die Entstehung der Leichtindustrie im eigenen Lande verhindern. Hier liegt jedoch ein grundsätzliches Problem. Denn die Kräfte und Schichten, auf die die USA bei einem solchen Versuche der wirtschaftlichen Reorganisation des Saigoner Bereiches zurückgreifen könnten (AKK), gehören gerade zum großen Teil der Kompradorenbourgeoisie an, die auf den Handel und besonders den Import von ausländischen Artikeln eingestellt sind und deshalb an einer liberalen Importpolitik außerordentlich interessiert sind. Werden sie bereit sein, auf ihre Pfründe zu verzichten oder wird nicht gerade die ökonomische Interessenlage der „Korruptions-Reformer" dazu führen müssen, eine selbständige Entwicklung von Produktion zu behindern? Die bereits erwähnte Tatsache, daß nur 8 % des Bruttosozialproduktes aus dem industriellen Sektor (einschließlich der Energieerzeugung) kommt, 50 % jedoch aus dem Dienstleistungssektor, zu dem auch der Handel zu rechnen ist, lassen keine großen Erwartungen auf Durchsetzung von Reformpolitik zu.

Ob es ferner möglich sein wird, die von den Amerikanern seit fast 20 Jahren vergeblich geforderte, erhoffte und eingeleitete Landreform durchzusetzen, ist mehr als fraglich. Sie hätte zum Ziel, aus den Großgrundbesitzern Kapitalisten im industriellen Bereich zu machen und die soziale Lage auf dem Lande durch eine Versorgung der Bauern mit eigenem Land zu stabilisieren. Das jedoch erforderte erhebliche Mittel, die nur aus einem umfangreichen „Marshallplan" kommen könnten, und eine große Umstellung der Großgrundbesitzer, die ihre bekannten Pfründen zugunsten einer ungewissen industriellen Zukunft aufgeben müßten. Ob eine „Kompradoren-Regierung" das durchsetzen kann, angesichts der Notwendigkeit, noch auf lange Zeit ihre Herrschaft durch loyales Verhalten anderer Herrschaftsschichten abzusichern, ist mehr als zweifelhaft, auch angesichts der vietnamesischen Erfahrungen und der anderer Ländern, bei Landreformen.



Kissinger: „Der Friede steht vor der Tür."

Die Befreiungsbewegung in dieser Situation

Ausgehend von den Schranken, die der Befreiungsbewegung durch die Koexistenzpolitik der nichtkapitalistischen Großmächte und der Wiederaufbaupolitik Nord-Vietnams auferlegt sind, die eine militärische Durchsetzung nationaler und sozialer Befreiung ausschließen, ist die Befreiungsbewegung daran interessiert, die ständige militärische Intervention und Konfrontation mit dem Saigoner Bereich abzubauen, um durch wirtschaftlichen und sozialen Aufbau ihren Bereich zu einem Demonstrationsobjekt dessen zu machen, was in ganz Südvietnam möglich wäre. Die militärische Konfrontationspolitik Thieus hat solches Vorhaben aufs Schwerste behindert. Wenn heute die Befreiungsbewegung darum bemüht ist, die militärischen Stützpunkte und Einbrüche Saigons in ihrem Gebiet zu bereinigen, so ist dies Ausdruck solcher begrenzten Zielsetzung, die sich den desolaten Zustand der Saigoner Armee zunutze macht, aber nicht den Saigoner Herrschaftsbereich insgesamt militärisch bedroht.

Ihre politische Hoffnung ist dabei, auf die von ihnen — wohl wissentlich fälschlich — als dritte Kraft interpretierte Opposition gegen Saigon, also auch die Anti-Korruptionsfront gerichtet, von der sie erwarten mag, daß sie militärische Konfrontation abbaut, politischen Terror vermindert und politische Gefangene freiläßt — ihre Aufbauarbeit also nicht mehr stört. Wir glauben nicht, daß die Provisorische Revolutionäre Regierung erwartet, die Anti-Korruptionsfront würde die Pariser Abkommen erfüllen, wenngleich sie auch weiter darauf drängen und ihre Kampagne nach demokratischen Freiheiten im Saigoner Herrschaftsbereich fortführen wird. Ein Abbau polizeilichen Terrors könnte ihr verstärkt die Möglichkeit zu politischer Arbeit öffnen.

Aspekte der Vietnam-Solidarität

Die hier vorgetragenen Überlegungen deuten daraufhin, daß eine erneute Konfrontationspolitik der USA nicht aus den gegenwärtigen Ereignissen in Vietnam abgeleitet werden kann. Vielmehr ist zu erwarten, daß sich die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher und sozialer Umorientierung im Saigoner Bereich zunehmend durchsetzen und der Druck zur Beseitigung des Korruptionssystems von Thieu zunehmen wird. Daraus ergäbe sich für Solidaritätskampagnen mit der Befreiungsbewegung in Vietnam die Notwendigkeit, in verstärktem Maße über die tatsächlichen Prozesse dort zu informieren. Es ginge um die folgenden Punkte:

1. An Beispielen muß immer wieder verdeutlicht werden, wer das Pariser Abkommen in Wirklichkeit sabotiert;
2. Es müssen immer wieder die im Pariser Abkommen enthaltenen Forderungen nach demokratischen Freiheiten auch im Saigoner Bereich, nach Beendigung der militärischen Konfrontationspolitik und nach Bildung des „Nationalen Rates der nationalen Versöhnung und Eintracht aus drei gleichen Komponenten", wie es Artikel 12 des Pariser Abkommens vorsieht, erhoben werden;
3. ist die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen erneut und verstärkt vorzubringen;
4. geht es darum, die materielle Hilfe für die befreiten Gebiete zu verstärken und schließlich muß
5. von der Bundesregierung die diplomatische Anerkennung der PRR und Hanois verlangt werden.

Alles dies kann nur gelingen, wenn die tatsächlichen Vorgänge in Vietnam auch in unserem Lande wieder die Öffentlichkeit erreichen.

aus: "links-Sozialistische Zeitung"
Offenbach a.M.
Nr.63, Februar 75

Aktion Musseques

Spendenaufruf für die MPLA in Angalo

Aufruf zur materiellen Hilfe für das Projekt "Musseques" der MPLA in Luanda/Angola

In den "blättern des iz3w" Nr. 36/37 riefen wir zur materiellen Unterstützung des Gesundheitsdienstes der MPLA (angolanische Befreiungsbewegung) auf. Die dann bis Juli 74 eingetroffenen Spenden flossen in ein Krankenhaus der MPLA zur Deckung der anfallenden Unterhaltskosten in Höhe von etwa DM 5000,-. Es handelte sich um das Sikongo-Krankenhaus an der sambisch-angolesischen Grenze auf dem Territorium Sambias.

Dieses Projekt wurde bundesweit in der BRD von allen Solidaritätsgruppen, die im Organisationskomitee "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" zusammenarbeiten, als gemeinsames Projekt der materiellen Hilfe für Angola gewählt.

Das durch den SAM (Servico d'Assistência Medica), dem medizinischen Hilfsdienst der MPLA betriebene Krankenhaus wurde deshalb in Sambia errichtet, um Schwerverletzte vor den Bombenangriffen der portugiesischen Luftwaffe sicher unterzubringen. Außerdem sollte die Ausbildung für medizinisches Hilfspersonal nicht durch ständige Angriffe der Kolonialarmee gefährdet werden.

Das Hospital hat 45 Betten; ihm ist eine chirurgische Station, eine Kinderstation mit Operationsraum, eine Innere Station für Frauen und Männer sowie eine Röntgenabteilung angeschlossen. Weiter gehört dazu eine Poliklinik, ein Zahnlabor, eine Geburtshilfestation, Küche, Wäscherei und andere notwendige Einrichtungen. Die Baukosten (DM 101 000,--) und den größten Teil der Einrichtungsgegenstände werden vor allem von Aktionsgruppen in den Niederlanden und Dänemark aufgebracht.

Die auf unserem Konto eingelaufenen Spenden in Höhe von insgesamt DM 3610,- fanden im einzelnen Verwendung für:

- Ankauf von Medikamenten, Zellstoff, Bandagen und andere medizinische Hilfsmittel
- Lebensmittel, soweit sie in Angola nicht selbst produziert werden können
- Transport von Patienten, Versorgungsfahrten usw.
- Wartung der medizinischen Geräte und der Krankenfahrzeuge
- Unterhalt der Gebäude und Verwaltungskosten.

In der Unterstützung des Sikongo-Krankenhaus-Projektes folgten wir einer speziellen Bitte der MPLA. Die genannte Spendensumme wurde wesentlich von jenen Lesern der "blätter" aufgebracht, die unserem Aufruf nachgekommen sind, bei uns einen Dauerauftrag für die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien einzurichten. Allen Spendern sei im Namen der MPLA für ihre Solidarität gedankt.

Mittlerweile hat sich die Lage in den ehemaligen Kolonien verändert. Die direkte militärische Konfrontation mit der portugiesischen Kolonialarmee hat ein Ende gefunden; Guinea-Bissao ist bereits unabhängig; Mozambique und Angola werden noch in diesem Jahr unabhängig werden.

Für die Solidaritätsbewegung in der BRD darf das jedoch nicht heißen, sich von den genannten Ländern abzuwenden. Die Befreiungsbewegungen stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe, die von ihnen in den befreiten Ländern vorgefundene koloniale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Interesse der bislang unterdrückten afrikanischen Bevölkerung zu revolutionieren. Zudem gilt es, die Zerstörungen zu beseitigen, die der stellenweise 10 Jahre und länger dauernde portugiesische Krieg gegen die Befreiungsbewegungen angerichtet hat (vgl. dazu beispielsweise die Chronik-Meldungen zu Mozambique in dem vorliegenden Heft und in Heft Nr. 40).

In dieser Situation sollte unsere Solidarität insbesondere der MPLA in Angola gelten. Der MPLA ist es, obwohl sie in Angola die Hauptlast des Befreiungskrieges getragen hat, nach dem Umsturz in Portugal nicht gelungen, sich in Angola, ähnlich wie die FRELIMO in Mozambique oder die PAIGC in Guinea-Bissao, als die führende politische Kraft des Landes durchzusetzen (vgl. die Chronik in diesem und in den 4 vorausgegangenen Heften der "blätter"). Sie muß sich jetzt von daher die Regierungsverantwortung in Angola mit zwei weiteren Befreiungsbewegungen (UNITA und FLNA) teilen, die, anders wie die in ihrem politischen Programm glaubwürdig sozialistisch orientierte MPLA, primär nationalistisch gesinnt sind und die insbesondere durch ihre bisherige Bündnispolitik reichlich Anlaß zu

Zweifeln darüber gegeben haben, daß sie tatsächlich auch aktiv mithelfen werden, die kolonialen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen in Angola zu überwinden und einen angolanischen Staat aufzubauen ohne Klassenausbeutung und wirtschaftlicher Fremdbestimmung durch das internationale Kapital (vgl. dazu beispielsweise die "blätter" Heft 36/37). Wenn die MPLA dessen ungeachtet in eine Koalitionsregierung mit der UNITA und FLNA (vgl. Chronik im vorliegenden Heft) eingetreten ist, so deshalb, weil die MPLA ansonsten Gefahr gelaufen wäre, im Zusammenwirken von Angolaportugiesen, UNITA, FLNA und dem von der MPLA-Führungsgruppe abgefallenen Chipenda-Flügel (vgl. die Chronik in Heft 39) politisch isoliert zu werden.

Es kann als sicher gelten, daß die MPLA auch nach ihrem Eintritt in die mit der UNITA und FLNA gemeinsam gebildete Übergangsregierung ihren Kampf für ein im umfassenden Sinne befreites Angola fortsetzen wird. Der oben skizzierten Lage nach wird sie dabei auch fürderhin kaum auf die Unterstützung ausländischer Solidaritätsbewegungen verzichten können. Die Solidaritätsbewegung in der BRD hat sich deshalb entschlossen, sich weiterhin politisch und materiell in besonderer Weise für die MPLA einzusetzen. In diesem Sinne möchten wir hier die Leser der "blätter" auf einen Aufruf der MPLA zur Unterstützung der Aktion "Musseques" hinweisen und für dieses Projekt um Spenden auf unser Sonderkonto bitten.

Auf Empfehlung des MPLA-Mitglieds Dr. d'Almeida, vormals in der BRD lebend und jetzt aktiv an der Aktion Musseques in Luanda mitarbeitend, haben wir bereits die seit Juli 1974 bei uns zumeist aus Daueraufträgen eingegangenen Spenden in Höhe von DM 7 435,-- für das genannte Projekt bereitgestellt. Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß auch das Organisationskomitee "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" allen Gruppen der Solidaritätsbewegung in der BRD die Aktion Musseques als zentrale Unterstützungsaktion empfohlen hat.

Einzelheiten über die Ziele der Aktion Musseque können Sie nachfolgend aus einem von Dr. Luis d'Almeida an die Solidaritätsgruppen in der BRD gerichteten Brief entnehmen:

Liebe Freunde!

Wenn auch die Schlacht um die Unabhängigkeit unserer Völker fast gewonnen ist, der Kampf um den Frieden fängt erst an! Nach dreizehn Jahren Krieg müssen wir nun die Verwundeten heilen, den früheren Gefangenen helfen, sich in die freie Gesellschaft einzuordnen, die wir aufbauen wollen. Wir müssen der Bevölkerung und den Kämpfern, die einen großen Teil ihres Lebens in den Wäldern versteckt lebten oder kämpften dabei helfen, in ihre Heimat zurückzukehren und sich einzurichten. Und schließlich müssen wir die Alphabetisierung der Kinder und Erwachsenen sowie die Pflege der Unterernährten fortsetzen, die schon während des Befreiungskampfes begonnen haben. Aber dafür benötigen wir Ihre Hilfe.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns dabei behilflich wären, die "OPERACAO MUSSEQUES" (Aktion Musseques) zu starten und zu unterstützen. "Musseques" ist die Gesamtheit der afrikanischen Elendsviertel im Umkreis von Luanda, der Hauptstadt Angolas, wo Hunderttausende von Afrikanern eingepfercht leben. Schlecht untergebracht, ohne Kanalisation und Elektrizität führen menschliche Wesen in diesen Ghettos ein beklagenswertes Leben! Unser Wunsch ist es, daß diese Schandflecke und dieses Erbe des Kolonialismus für immer aus den Städten und Dörfern Angolas verschwinden. Aus diesem Grunde möchten wir ein umfassendes Aktionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland starten. Dieses Programm umfaßt drei Punkte:

1) Gesundheitswesen
2) Erziehungswesen
3) Soziales

Gesundheitswesen:

1. Eine energische Desinfektionskampagne in den Elendsvierteln der Städte Angolas, um Würmer, Ratten, Mücken, Fliegen usw. zu vernichten.
2. Einrichtung von kleinen, ambulanten Sanitätsstationen in den Armenvierteln, in Zusammenarbeit mit der OAMSA (Organisation medizinisch-sozialer Hilfe in Angola) und mit der SAM.
   Errichtung und Ausstattung eines Zentralkrankenhauses im Fertigbaustil im dichtbesiedelten Teil der "Musseques", das den Namen "HOSPITAL SOLIDARIEDADE/JUVENTUDE ALÊMA" erhalten könnte.
3. Durchführung einer massiven Impfaktion gegen Cholera, Pocken, Tuberkulose und Wundstarrkrampf. Dieses Impfprogramm könnte gut von Einheiten der SAM und der OAMSA ausgeführt werden.
4. Kostenlose Verteilung von Lebensmitteln und Vitaminen an die Kinder und von Medikamenten an die Kranken.

Erziehungswesen:

Große, allgemeine Alphabetisierungskampagne mit:

1. Eröffnung von kleinen Schulposten überall dort, wo keine existieren.
2. Ausrüstung dieser Posten mit Bleistiften (1 000 000), Heften

(100 000), Kugelschreibern (100 000), Vervielfältigungsapparaten (50), Schreibmaschinen (50) und Tafeln (100).

3. Einrichtungen von kleinen Kantinen zur Milchausteilung an die Kinder im schulpflichtigen Alter.
4. Kleine Druckereien zur Herstellung von Alphabetisierungslehrbüchern und Schulbüchern.
5. Filmkameras, Filmprojektoren und Fotolabors.

Soziales:

Hierbei denken wir hauptsächlich an folgendes:

1. Zelte.
2. Werkzeuge für die Landwirtschaft (Schaufeln, Hacken usw.).
3. Lastwagen und Kombiwagen.
4. Decken und Kleidung.
5. Spendenaktion für die Unterbringung früherer politischer Gefangener.

Dies wäre also, was wir im Augenblick dringend benötigen. Sicher ist dieses Programm vielfältig und ehrgeizig. Aber in Anbetracht der Not und Armut unseres Volkes ist es unbedeutend! Die Anstrengungen, die wir während des Befreiungskampfes entfaltet haben, müssen wir nun für den Wiederaufbau aufbringen. Diese Anstrengungen verlangen Opfer, aber unser Volk hat seine Freiheit und sein Recht auf Leben so teuer bezahlt, daß es jetzt verdient, daß man ihm die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein zugesteht.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE "AKTION MUSSEQUES"

Wir sind sicher, daß Sie uns genau wie in der Vergangenheit nicht im Stich lassen werden und weiter für die Mission einstehen, die Sie sich gestellt haben: unsere Völker einander näherzubringen. Wir brauchen Ihre Hilfe. Helfen Sie uns beim Brückenschlag von Herz zu Herz, indem Sie zahlreich und aufopfernd an der "OPERACAO MUSSEQUES" teilnehmen.

Wir danken Ihnen schon im voraus für Ihre Hilfe!

Mit Dankbarkeit und Hochachtung
im Namen der MPLA

gez. Luis d'Almeida

Leser, die diesem Aufruf zur Unterstützung der Aktion Musseques mit einer einmaligen Geldspende oder mit Einrichtung eines Dauerauftrages nachkommen wollen, bitten wir ihre Überweisung zu richten an:

Postscheckkonto Karlsruhe,
Aktion Dritte Welt Freiburg,
Sonderkonto "Technische Hilfe"
Nr. 11 500 - 754.

Materialhinweise zum südl. Afrika

Das Organisationskomitee Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique gibt in unregelmäßigen Zeitabständen (mindestens vierteljährlich) den Gruppenrundbrief für alle am südlichen Afrika interessierten und arbeitenden Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen heraus.

In ihm sind Beiträge enthalten, die an das OK eingeschickt werden. Laut Statut, das vom entscheidenden Gremium, der Delegiertenkonferenz, verabschiedet wurde, werden alle Beiträge in unveränderter Form abgedruckt. Der Gruppenrundbrief soll gemeinsames Organ der Komitees sein, in dem sie über ihre Aktivitäten, Erfahrungen, Aktionen berichten und wichtige Informationen weitergeben.

Aus dem Inhalt des letzten Rundbriefes (Dezember 74):

- Protokoll der Delegiertenkonferenz vom Oktober 74
- Vorschläge und Vorbereitung zur Durchführung einer Zimbabwe-Kampagne
- Materialien zum Befreiungskampf in Zimbabwe
- Aktion Musseques der MPLA in Luanda - Aufruf zur Unterstützung
- Referat von R.-H. Hintze von der Frankfurter Rundschau über seine Reise nach Guinea-Bissao im September 74
- Überlegungen zu Cabora Bassa

Es ist wichtig, daß der Gruppenrundbrief eine weite Leserschaft findet. Bestellungen an: Organisationskomitee, c/o AGG, 53 Bonn, Rheinweg 34.

Die Abo-Gebühren betragen DM 10,- jährlich. Zu zahlen an: Postscheckkonto Hannover 220 641, Wolff Geisler, Bonn.

Außerdem sollten in viel stärkerem Maße die Gruppen diesen Rundbrief in ihre Arbeit mit einbeziehen und Beiträge liefern. Schickt Erfahrungsberichte, Schilderungen von Aktionen, Materialhinweise usw. dieses Jahr direkt an: Bundessekretariat der Jusos, 53 Bonn, Baunscheidtstr. 18
Stichwort: "Gruppenrundbrief des OK".

Mozambique Revolution, das offizielle Organ der FRELIMO (in englischer Sprache), ist zu beziehen über:

Afrika Komitee Berlin, c/o Ernst Kraft, 1 Berlin 41, Handjerystr. 24

"Berichte zur Unabhängigkeit Mozambiques"

25. September 1974 - 10 Jahre Volkskrieg - Eine Übersetzung der Mozambique Revolution Nr. 60 (Juli-September 74), dem offiziellen Organ der FRELIMO.

Umfang: 52 Seiten, DIN 5,
Preis: 1,20 DM.

Übersetzt und erhältlich bei:
Bochumer Aktionskreis südliches Afrika (BASA), c/o Angela Siebold, 463 Bochum, Händelstr. 14

Aus dem Inhalt:

Die Schlacht, die ohne einen einzigen Schuß gewonnen wurde; darin wird die Behandlung der portugiesischen Kriegsgefangenen durch die FRELIMO als ein wichtiges Moment für die späteren Solidarisierungsaktionen gesehen.

Es wird Zeit, auch das Bewußtsein zu entkolonialisieren; ein portugiesischer Unteroffizier schildert seine Entscheidung, eine militärische Stellung kampflos aufzugeben.

Die künftigen Aufgaben der FRELIMO; Botschaft des FRELIMO-Präsidenten Samora Machel anläßlich der Einsetzung der Übergangsregierung in Mozambique.

Waffen, die uns den Sieg brachten: entschlossener Kampf und richtige politische Linie; Botschaft von Samora Machel zum 25. September 74, dem 10. Jahrestag des bewaffneten Kampfes. Er analysiert darin die Erfolge der FRELIMO und versucht, für den zukünftigen Staat Mozambique Lehren aus dem Kampf zu ziehen.
Komitees und Organisationen, die Mozambique und die FRELIMO unterstützen, sollten diese Broschüre in ihrer Arbeit einsetzen.

ERZIEHUNG zur SOLDARITÄT

Materialien zu PAULO FREIRE`s politische Alphabetisierung

von J. Wilhelm / H. Futterlieb

Stand: Februar 1975
Umfang: ca. 4o Seiten, DM 1,4o

zu beziehen über:izrw (In=formationszentrum Dritte Welt), D-78 Freiburg, Scheffelstr. 49, Postf. 5328

Preis: 1,4o DM (incl. Porto),in Briefmarken der Best. beilegen

AUS DEM INHALTSVERZEICHNIS

Einführung in die Pädagogik und die Methode von Paulo Freire - Biographie - Arbeitshilfen - Übertragungsversuche - Tagungsberichte - Karikaturen - Primärliteratur (ca 12 Titel) - Sekundärliteratur (ca 25 Titel).

Musica Caboverdiana - Protesto e Luta

Langspielschallplatte der PAIGC mit Protest- und Kampfliedern von den Kapverdischen Inseln; für die PAIGC herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Postfach 10 33 68.

Stereo DM 15,--

Genossen und Kämpfer der PAIGC, der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissao und Kapverde, haben die Lieder auf dieser Platte zusammengestellt und für die Aufnahme eingespielt. Es sind zum Teil populäre Lieder, Volkslieder, die in Kapverde gesungen werden, wie auch Lieder, die von Mitgliedern der PAIGC selbst verfaßt wurden. Neben eher traurigen Liedern, die das Elend des Volkes unter der portugiesischen Kolonialherrschaft besingen, gibt es Lieder, die zum Kampf und zum Widerstand auffordern und Zuversicht über den Sieg des Volkes ausstrahlen. Die Lieder werden in dem für die kapverdischen Volkslieder typischen Stil aus hauptsächlich portugiesischer Tradition mit Elementen afrikanischer Rhythmen und durchweg in kreolischer Sprache gesungen. Auf einer Beilage für die Platte ist der Text der Lieder auf Portugiesisch und eine deutsche Übersetzung gedruckt, ebenso wie eine knappe Information über den Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien, der jetzt zum Sieg geführt hat.

Politisches Handbuch der PAIGC

Herausgegeben in deutscher Übersetzung vom Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Postfach 10 33 68.

70 Seiten - DM 2,80

Das "Politische Handbuch" (Manual Politico) der PAIGC wurde 1972 herausgegeben. In Frage und Antwort werden die wichtigsten Probleme des nationalen Befreiungskampfes in Guinea-Bissao und Kapverde, in den portugiesischen Kolonien und in ganz Afrika behandelt. Die Antworten bestehen in Zitaten aus Reden und Interviews von Amilcar Cabral, des Generalsekretärs der PAIGC bis 1973. Amilcar Cabral wurde am 20. Januar 1973 von einem portugiesischen Agenten hinterrücks ermordet.

Durch diese Form der Fragen und Antworten soll das "Politische Handbuch" die Reden und Schriften Amilcar Cabrals bekannt und verständlich machen. Das "Politische Handbuch" dient der PAIGC zur Schulung und Ausbildung ihrer Mitglieder, Kämpfer und Anhänger. Es dient dazu, das revolutionäre Bewußtsein der Mitglieder und Kämpfer zu vertiefen und zu festigen.

Schallplatten im TRIKONT



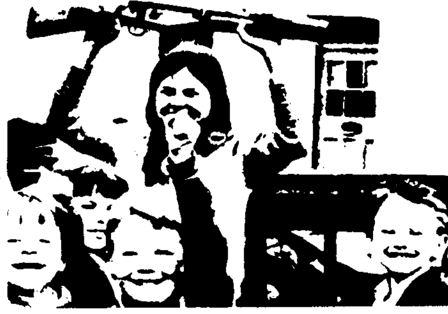
Von heute an gibt's mein Programm

Lieder von Frauengruppen aus München, Frankfurt und Darmstadt. Produziert von der FRAUENOFFENSIVE
Lieder, die die Unterdrückung und Auflehnung der Frauen schildern, wie wir sie in unserer Geschichte selbst gelebt und in Kontakt mit vielen Frauen erfahren haben ... kämpferisch und heiter ... sehnsuchtsvoll und bissig ... ironisch und selbstbewußt.
LP 33/30 Stereo
Best.Nr. L35 DM 18.--
Dazu eine amerikanische Frauenplatte: VIRGO RISING.



Volksrockbande PANTHER
Wir wollen Alles

Panther macht aggressive Rockmusik mit deutschen Texten. Ihre Form der Gegenkultur zielt auf politische Wirksamkeit.
LP 33/30
Best.Nr. L39 DM 16.--



Klaus der Fiedler
Bolle

Neue Straßenlieder von Klaus aus Köln. Aggressive Lieder von den Zuständen, unter denen wir leben müssen.
Kommt Anfang 75.
LP 33/30
Best.Nr. L41 ca. DM 15.--

Klaus der Fiedler



Arbeit macht frei

LP 33/30
Best.Nr. L40 ca. DM 20.--

Klaus der Fiedler/SSK Köln
Hey, wir sitzen auf der Straße

Im SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) organisieren sich obdachlose Jugendliche, um ihre Existenzrechte durchzusetzen. Diese Lieder sind eins ihrer Agitationsmittel.
Single 45/17
Best.Nr. S81 DM 5.--

Aus anderen Ländern:

Spanien

Lieder des spanischen Bürgerkriegs I, II / Katalonische Protestlieder

Lateinamerika

Chile: ein Volk im Kampf / Cuba Va / und andere

Italien

Bella Ciao / Avanti Popolo u.a. u.a.

USA

Talking Union (Die berühmtesten Lieder der amerikanischen Arbeiterbewegung)
The Ballads of Sacco und Vanzetti (W.Guthrie) / American Industrial Ballads (Pete Seeger) / Songs of Struggle and Protest, 1930-1950 (P.Seeger) / I hate the capitalist system (Barbara Dane) / Songs of the GI-Resistance u.a.
alles LP's



Frankreich

Nou sommes le Nouveaux Partisans (das berühmte Lied der Bewegung nach dem Mai 68) / A bas l'etat policier / Cadences Commune de Paris 1871 - Commune de Mai 68 / alles Singles

weitere Platten aus:

Deutschland, Griechenland, Algerien, Palästina, Vietnam, China, Angola, Irland.

BITTE GESAMTPROSPEKTE BESTELLEN

Trikont
8 München 80
Josephsburgstraße 16